D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Nr. 35
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

3. September 1982
Preis 1,80 DM



## Auf der Lauer bleibt der Strauß

### CDU will Haushalt nicht pauschal ablehnen

*frb.* Soll keiner sagen, die Unionsparteien hielten ihren Konservativismus nicht hoch. Vor gut 250 Jahren schrieb ein Ökonom namens Bernard de Mandeville: „Das einzige Ding, das den arbeitenden Mann fleißig machen kann, ist ein mäßiger Arbeitslohn. Ein zu geringer macht ihn je nach seinem Temperament kleinmütig oder verzweifelt, ein zu großer insolent und faul." So sei denn der sicherste Reichtum einer freien Nation eine Menge arbeitsamer Armer. Weshalb nach Utopien greifen, wo das alte doch so nah? Der gute Mandeville sprach in ehrlichen, knappen Worten, was sich in den Programmen von CDU/CSU als bloß versteckter Leitgedanke wiederfindet.

Neumodisch heißt das, die Privatinitiative beleben, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen; Hindernisse beseitigen, die die Entfaltung der Wirtschaft einschränken; leistungsgerechtes Steuersystem; Entlastung der Unternehmen von Abgaben; Mieten, die den Wohnungsbau wieder rentabel machen; Löhne, die den Unternehmen wieder Investitionen erlauben; Sanierung der öffentlichen Haushalte durch Kürzung der Sozialausgaben und Erhöhung der Investitionsausgaben. Kurzum: Alle müssen in ihren Ansprüchen zurückstecken, damit die Ansprüche „der Wirtschaft" – was ein verschämter Ausdruck für „des Kapitals" ist – bedient werden können.

Werden wir mal konkret und nehmen Franz Josef Strauß. Die Bayerische Staatsregierung ist die aufrechteste der Unionsgeführten. Sie hat beschlossen, das Steueränderungsgesetz 1983 im Bundesrat *kompromißlos* abzulehnen. „Ich halte an sich diskussionswürdige Vorschläge und Einzelmaßnahmen schon deshalb für unbrauchbar, weil sie in eine falsche Gesamtkonzeption eingebettet sind", schreibt Strauß. Diese lasse nicht einmal den Versuch einer *sozialen Ausgewogenheit* erkennen, sondern sei *ausschließlich ideologisch geprägt*. Das psychologische Klima werde belastet.

„Sozial unausgewogen", das ist eine neue Strauß'sche Begriffsschöpfung dafür, daß die bereits getätigten Operationen nach CDU/CSU-Meinung nicht den oben genannten Ansprüchen der herrschenden Sozialordnung entsprechen. Besser kanns nur werden, wenn es Unternehmern, Geldverleihern, Kapitalanlegern und allen anderen Privateigentümern gut geht. Wenn das keine „Ideologie" ist! Doch sehen wir näher zu.

Strauß weiter: „Diese sozial unausgewogene und ideologisch geprägte Zielrichtung zeigt sich besonders bei der vorgesehenen Kappung des Ehegatten-Splittings." Das lehnen alle Unions-Regierungen ab. Weit müssen ihre Absichten reichen, wenn die Ablehnung im Detail so schroff ist.

Die Bundesregierung hat als Ersatz für die geforderte Ergänzungsabgabe auf höhere und hohe Einkommen angeboten, wenigstens den Steuervorteil, der für Einverdiener-Ehepaare aus dem „Splitting" folgt, auf 10000 DM im Jahr höchstens zu begrenzen. Das trifft gut 150000 Ehepaare mit einem Jahreseinkommen so um die 100000 Mark und darüber, Abteilungsleiter, Geschäftsführer, Vorstände, Spitzenpolitiker usw. also. Eben auf solche Leute aber kann die herrschende Sozialordnung nicht verzichten, denn ihr Einkommen ist groß genug, damit es sich teilweise in Kapital verwandle, sei es, daß sie es im eigenen Betrieb investieren oder am Kapitalmarkt anlegen. Deshalb paßt Strauß die Maßnahme nicht in die Richtung, obwohl sie harmlos genug ist. Großverdiener dürfen nicht angetastet, sondern müssen gestopft werden, während gleichzeitig der Sozialhilfeempfänger, der Arbeitslose und Kranke vor den Verlockungen des Mißbrauchs öffentlicher Leistungen geschützt werden muß.

Wie aber kann die CDU/CSU für dieses reaktionäre Programm Mehrheiten gewinnen? Macht sich doch Strauß, sobald man näher hinsieht, bloß für eine winzige Mehrheit von reichen Leuten stark. Bleiben wir beim Beispiel, denn das Splitting begünstigt hohe Einkommen. Johannes Rau spart durch seine Heirat runde 14000 Mark Steuern im Jahr, während der Splitting-Vorteil für den Durchschnittsverdiener den zehnten Teil dessen ausmacht. Aber die Tatsache, daß Millionen von Lohnabhängigen *auch* von dem Splitting-Vorteil was haben, ja unter dem Druck der Krise vielfach darauf angewiesen sind, reicht den Unionspolitikern, eine Forderung schmackhaft zu machen, die in ihrer *Gesamtwirkung* die progressive Besteuerung untergräbt und eine Umverteilung zugunsten hoher Einkommen bedeutet.

Es genügt nicht, Strauß, Dregger und Konsorten zu brandmarken, es ist viel mehr Anstrengung notwendig, ihnen auf die Schliche zu kommen und ihre Bauernfängerei bloßzulegen. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß sie an Erfahrungen vieler ansetzen und sie *benutzen*, während wir sie *aufklären* müssen. Davon darf die „Fundamentalopposition", was nur heißen kann, Selbständigkeit gegenüber allen bürgerlichen Parteien, nicht abhalten, wie sie schon hindert, eine Politik der Aktionseinheit gegenüber den SPD-kontrollierten Wählern zu entwickeln.

Die CDU/CSU scheint heute gewaltig stark, was sogar Helmut Kohl ein gewisses Selbstvertrauen gibt. Doch in Wirklichkeit ist sie viel schwächer, als in den allseits zugesprochenen 50% Zustimmung zu ihrem reaktionären Programm zum Ausdruck kommt.

So macht das die CDU/CSU überall. In sicherer Gewißheit, daß die Arbeitslosigkeit doch immer wieder die gleichen trifft, will sie das Arbeitslosengeld kürzen. In der Gewißheit, daß viele auch mit ihrer Wohnung zufrieden sind, fordert sie höhere Mieten.

Die Unionspolitiker sind sich in der Linie einig, geteilter Ansicht sind sie in der Frage, mit welcher Brutalität sie diese Linie durchzusetzen vermögen. Denn die Variante Strauß ist 1980 gescheitert, das bleibt ein Faktum, *diese* Mehrheit hat sich nicht verschoben. Stoltenberg und Albrecht sind Realisten genug, das in Rechnung zu stellen; darum drehen sich die ewigen Personalquerelen.

Strauß wollte die völlige Ablehnung des Regierungshaushaltes im Bundesrat, das CDU-Präsidium aber hat entschieden, die Vorlage nicht rundweg abzulehnen. Das läßt die CDU nicht vom Ruf nach einer Wende abbringen, aber es zeigt doch die Grenzen, die *jeder* Regierung gesetzt sind, also auch einer CDU-Regierung gesetzt wären.



Hartnäckigen und ständigen Widerstand gibt es gegen den Bau einer Panzertrasse bei Garlstedt. *Bild:* Festnahme des Alternativen Stadrats von Osterholz bei der „deutsch-amerikanischen Schützenparade", einer der Widerstandsaktionen. *(s. Seite 5)*

## Machtprobe bestanden – aber nicht gewonnen

### „Solidarität" muß sich nun auf einen langen Widerstand einrichten

G.K. Noch sind die Nachrichten über die Ereignisse des 31. August – dem Jahrestag des Danziger Abkommens von 1980 – bruchstückhaft, und das werden sie wahrscheinlich bleiben. Soviel ist wohl sicher: in *ganz* Polen ist es, allen Einschüchterungs- oder auch Beschwichtigungsversuchen des Regimes zum Trotz und auch entgegen den Mahnungen des Klerus, zu Massendemonstrationen nach Arbeitsschluß gekommen. In Warschau, Danzig, Krakau und Breslau (Wroclaw) gingen die Kämpfe bis in die Nacht hinein und erfaßten die meisten Stadtviertel.

In Lubin bei Liegnitz in Niederschlesien hat die Miliz in die Menge geschossen und zwei Demonstranten getötet, weitere schwer verletzt. Erneut ist also Blut geflossen.

Die Provisorische Landeskommission der „Solidarität", die aus dem Untergrund zu den Demonstrationen aufgerufen hatte, war sich darüber klar gewesen, daß die Demonstrationen diesmal Blut kosten konnten, da das Regime mit dem Rücken an der Wand steht. Zbigniew Bujak, der Vorsitzende des Warschauer Regionalverbands, hat die Überlegungen der Landeskommission in der Untergrundzeitung „Tygodnik Masowsze" offen erörtert:

Erfolgreiche Demonstrationen würden unter den jetzigen Umständen die vorläufig „letzte Chance" sein, die Militärregierung zu Verhandlungen zu zwingen. Wenn es gelinge, sich auf der Straße zu behaupten – und dazu sollten sich die Demonstranten diesmal auch auf aktive Gegenwehr gegen die Miliztruppen vorbereiten –, dann werde das Regime es gerade nicht wagen zu schießen, sondern könne gezwungen werden, einen politischen Ausweg aus der Krise zu suchen.

In diese Überlegungen der Landeskommission im Untergrund sind offenbar auch eine Reihe von Argumenten derjenigen eingegangen, die (wie Jacek Kuron z.B.) darauf gedrängt haben, daß der Widerstand nun zu großen, geschlossenen Aktionen kommen müsse. Bujak schreibt: „Demonstrationen (gemeint sind hier spontane Demonstrationen von Jugendlichen, G.K.) wird es in jedem Fall geben, und sie werden vom Regime niedergeschlagen werden. Diese Demonstrationen sind gefährlicher als solche, die organisiert und im ganzen Land einheitlich geführt sind, denn dabei werden die Ordnungskräfte zerstreut." Aus diesem Grunde also habe sich die Gewerkschaftsführung selbst an die Spitze gesetzt.

Bujak hat die Alternativen nüchtern genannt: „Wenn es sich herausstellt, daß die Menschen keine Angst haben und sich selbst so organisieren, daß sie jeden Versuch, die Demonstration zu zerschlagen, verhindern, werden wir die radikale Politik fortsetzen, mit der wir Druck auf die staatlichen Stellen ausüben wollen ... Wenn andererseits die staatlichen Stellen mit der Demonstration fertigwerden, würde dies bedeuten, daß wir nicht in der Lage sind zu radikalen Formen des Widerstandes zu greifen und von Massenaktionen Abstand nehmen müssen. Dann würde uns nur langfristig angelegter Widerstand als Möglichkeit bleiben ...". (Zit. aus Taz, 31.8.)

Wie es aussieht, hat der 31. August die angestrebte Wende in der blockierten innenpolitischen Lage *nicht* gebracht. Die Gewerkschaft hat die Machtprobe zwar bestanden – aber nicht gewonnen. Das Regime seinerseits hat die Demonstrationen durch wildes Umsichschlagen mit zehntausenden Milizionären zwar zerstreuen, aber nicht zerschlagen können. Die „Solidarität" wird sich also auf den langen, dornigen Weg zur Bildung einer regelrechten Untergrundgesellschaft begeben müssen, wie Z. Bujak sie früher bereits skizziert hat. Hilfskassen für die Verfolgten und Entlassenen, ein eigenständiges Informationswesen, ein unabhängiges Bildungswesen mit „Fliegenden Kursen" und „Arbeiteruniversitäten", Boykott der „Kulissenorganisationen" des Regimes, seiner Zeitungen, seiner Fernsehsendungen sind die eine Seite; die andere Seite ist eine gezielte „organische Arbeit" der Mitglieder der Untergrundbewegung in bestimmten offiziellen Institutionen, in denen sie eine legale Arbeit machen können für die Selbsterhaltung der Nation und für das Fernziel einer „selbstverwalteten Republik", wie es im Programm der Gewerkschaft proklamiert wurde.

Auf diesem Weg werden die Berührungspunkte mit der Katholischen Kirche eher wieder stärker zum Tragen kommen. Die Landeskommission der Gewerkschaft hatte sich, einigen Informationen zufolge, beim Primas Glemp wegen dessen allzu weitgehenden Kompromißangeboten an das Regime beschwert. Auf dem national-religiösen Massenmeeting zum 600. Jahrestag der „Schwarzen Madonna" in Tschenstochau hatte Glemp denn auch, unter dem frenetischen Beifall der Pilger, deutlicher als vorher die Forderungen nach Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung aller Gefangenen und Wiederherstellung der Solidarność bekräftigt. Die Bischofskonferenz hat sich noch deutlicher ausgedrückt – zugleich aber von den Demonstrationen am 31. August abgeraten. Die Gewerkschaftsführung hat auch nach dieser Seite hin ihre Unabhängigkeit bewiesen.

Wie immer: Jaruzelski ist von der sowjetischen Führung bei einem Blitzbesuch auf der Krim noch einmal klar auf die gewaltsame Niederschlagung der „Konterrevolution" vergattert worden. Das Regime will seinen Zermürbungskrieg gegen das eigene Volk bis zur äußersten Konsequenz fortsetzen und schließt selbst jeden Kompromiß aus. Im August konnte ein Drittel der Lebensmittelmarken – also der knapp rationierten Lebensmittel – nicht eingelöst werden, weil die Leute sie nicht mehr kaufen konnten. Ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung ist nach offiziellen Angaben unter die Elendsgrenze gerutscht. Während dessen haben zum ersten Mal seit dem 13. Dezember wieder gemeinsame polnisch-sowjetische Manöver stattgefunden, jetzt direkt vor den Toren Warschaus. Eine Wirtschaftsreform wolle die Solidarność-Führung noch immer als Bedingung eines Kompromisses? höhnte kürzlich das Zentralorgan „Trybuna Ludu". Das sei lächerlich. Die Wirtschaftsreform sei seit Jahresbeginn in Kraft und zeige nun die ersten Ergebnisse. Die „sozialistische Erneuerung" sei in vollem Gange ...

# Halbwahrheiten sind auch Lügen, auch wenn sie christlich sind

*Von Friedemann Bleicher*

Jüngst haben wir uns wieder mal eine entschiedene Polemik im Arbeiterkampf eingehandelt, weil wir zwei Artikel abgedruckt haben, in denen ich aus prinzipiellen gesellschaftspolitischen Gründen für die Beseitigung des sogenannten Ehegatten-Splittings eingetreten war. Der Genosse im Arbeiterkampf weist darauf hin, „daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise immer mehr Frauen in den Haushalt zurückzwingt, und damit in vielen Fällen die materielle Existenzsicherung von den Steuerbegünstigungen des Ehegatten-Splitting *abhängt!*" Und weil in unserer westdeutschen Linken Meinungsunterschiede nicht ausgetragen werden dürfen, ohne mit einer scharfen Abgrenzung zu enden, folgert er: „An dieser Frage begegnen wir wieder der Arroganz innerhalb der Linken, unter dem Stichwort der Gleichberechtigung der erwerbstätigen Frau ihren Stempel von ‚Emanzipation' alle und jedem aufzudrücken, ohne die objektiven Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen sich ihre Forderungen auswirken würden."

Nun hat sich in die Debatte um das Splitting auch Franz Josef Strauß in seinem Brief an die Ministerpräsidenten-Kollegen der CDU eingeschaltet. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Kappung des Splitting-Vorteils ist ihm Hauptbeweis für die „sozial unausgewogene und ideologisch geprägte Zielrichtung" der Operation '83. Er sieht das Wesen der Ehe gefährdet.

In die gleiche Kerbe hatte schon im Juni die „Union der leitenden Angestellten" geschlagen. Wer die Axt an das Ehegatten-Splitting lege, dokumentiere seine Feindschaft gegenüber der nicht mitverdienenden Hausfrau und Mutter.

Mit dem Hinweis auf diese Stellungnahmen soll kein Urteil in der Sache selbst ersetzt werden; sie sollten aber doch als Aufforderung wirken, eingefahrene Vorstellungen erneut zu überprüfen. Mir scheint der Fall nämlich typisch dafür zu sein, wie die CDU ihre Politik macht. Da werden einige Tatsachen herausgepickt, die nur die halbe Wahrheit sind, und damit Interessen aller behauptet, die in Wirklichkeit bloß Interessen weniger sind. Für *alle* werden Daten gesetzt – nämlich ein materieller Anreiz im Steuersystem –, die sie zu einem bestimmten Verhalten bewegen und sie in eine bestimmte Richtung pressen.

Steuerpolitik darf sowenig das Geheimnis einiger Fachleute bleiben, wie die Rentenpolitik usw. auch. Es geht allemal um Gesellschaftspolitik, gerade wenn dies verhüllt ist.

Strauß schreibt: „Daß der Gesetzgeber den Ehegatten das gemeinsame Einkommen je zur Hälfte zurechnet, entspricht dem Wesen der Ehe." Das zum Beispiel ist eine Unwahrheit, weil das „Wesen der Ehe" längst nicht mehr darin besteht, daß der Ehemann erwerbstätig ist und die Kohlen beischafft, während die Ehefrau die Hausarbeit macht. Und es ist eine schlichte Verdrehung der Tatsachen, daß die Frauen die freie Wahl zwischen Hausfrauentätigkeit und Erwerbstätigkeit hätten. Das Einkommen setzt dieser Freiheit Schranken, die auch durch das Steuerrecht nicht beseitigt werden können. Durch das Splitting werden bloß die Einkommensunterschiede zwischen denen vor und denen hinter der Schranke verschärft.

Was Strauß mit solchen der Wirklichkeit nur halb entsprechenden Begründungen schmackhaft machen will, sagt er auch: „Die geplante Maßnahme ist ein gezielter Schlag gegen die traditionelle Familie, in der der Ehemann einer Erwerbstätigkeit nachgeht und sich die Ehefrau um Haushalt und Kinder kümmert." Wer dieses Familien-Ideal für zukunftsträchtig hält, für den sind die 40 Mrd. DM Splitting-Subvention gut angelegt.

Bestimmt muß sich die Hausarbeit im Einkommen niederschlagen, und auch das Problem des Autors im Arbeiterkampf ist ein tatsächliches, weshalb ja Strauß auch landen kann. Aber der Splitting-Vorteil ist eine rückschrittliche Lösung. Erstens, weil damit die traditionelle Rollenverteilung und Abhängigkeit festgeschrieben wird; zweitens, weil so unweigerlich die finanzielle Berücksichtigung der Hausarbeit mit der Höhe des Erwerbseinkommens des Ehemanns steigt, was Strauß geflissentlich verschweigt.

# Die Winkelzüge eines Verwaltungsgerichtshofs

## Der hessische VGH hebt Baustopp an Startbahn West auf / BUND kündigt Verfassungsbeschwerde an

*gkr.* Seit Dienstag dieser Woche wird an der Unterführung für die Okrifteler Straße an der Startbahn West wieder gebaut. Gerade vier Wochen ist es nun her, daß die 4. Kammer des Verwaltungsgerichts Frankfurt die Bauarbeiten an dieser Straße in einem Eilverfahren gestoppt hatte (vgl. KVZ 30, S. 3). Der BUND hatte schon im März dagegen geklagt, daß der hessische Wirtschaftsminister Hoffie einer anderen Führung der Okrifteler Straße als ursprünglich geplant zugestimmt hatte, ohne ein Planänderungsverfahren. Der Minister, getreu der Devise, diese Startbahn muß unter allen Bedingungen gebaut werden, wollte das Ergebnis der Klage nicht abwarten und hatte deshalb die sofortige Vollziehbarkeit seiner Genehmigung angeordnet, worauf auch schleunigst mit dem Bau begonnen wurde. Das Eilverfahren hatte nun nichts anderes im Sinn, als die Bauarbeiten zu stoppen, bis das eigentliche Verfahren entschieden ist. Und entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hatte die Frankfurter Strafkammer kein Beschwerderecht gegen ihr Urteil im Eilverfahren zugelassen.

Aber im Zweiten Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs, der schon in allen bisherigen Verfahren, die in Sachen Startbahn bisher bei ihm gelandet waren, die Linie der Landesregierung vertrat, fanden sich willige Richter. In einem ersten Schritt erklärten sie ein Beschwerderecht für zulässig. Beschwerdeführerin sei die FAG und die sei (obwohl sie ja in Staatshand ist) nicht einer Behörde gleichzustellen, sie müsse daher ein Beschwerderecht haben. Schon allein dieser Schritt wird eine Verfassungsbeschwerde des BUND nach sich ziehen. Nachdem das Beschwerderecht anerkannt war, stellte der Verwaltungsgerichtshof fest, daß der BUND zwar bei der Planfeststellung ein „Mitwirkungsrecht" habe, wenn er aber nicht gehört würde, könne er deshalb noch lange nicht dagegen klagen. Und da einmal in Fahrt, wird das erst vor kurzem in Hessen in Kraft gesetzte Verbandsklagerecht hierfür auch noch suspendiert. Da die Behörde bisher ein Ergänzungsplanfeststellungsverfahren „unterlassen" habe und eine „Unterlassung" nun keinen Eingriff in Natur und Landschaft verursachen könne, habe der BUND als Naturschutzorganisation auch kein Verbandsklagerecht. Denn das gäbe es eben nur bei Eingriffen in Natur und Landschaft.

Der Zirkelschluß ist perfekt: Dagegen, daß er nicht beteiligt wurde, weil kein Planfeststellungsverfahren durchgeführt wurde, darf der BUND nicht klagen, und weil kein Planfeststellungsverfahren, kann er auch nicht gegen die Eingriffe in den Wasserhaushalt klagen. Dies kann durchaus auf eine Klage des BUND gegen wasserrechtliche Genehmigungen Auswirkungen haben. Nun spielt sich dies ja erst im Bereich des Eilverfahrens ab. Das eigentliche Hauptverfahren, die Anfechtung der ministeriellen Verfügung, wird erst noch vor Gerichten verhandelt, zunächst vor der 4. Kammer des Frankfurter Verwaltungsgerichts.

Sollte diese wiederum dem BUND recht geben, so müßte sie es gegen dies Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs tun, denn danach hat der BUND ja gar kein Klagerecht. Das Urteil würde sofort kassiert.

„Der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel hat jetzt die Rechtsauffassung des hessischen Wirtschaftsministers Hoffie (FDP) bestätigt", so jubelte die „FAZ" nach dem Urteil. Mitnichten. Der VGH hat sich zur Sache selber überhaupt nicht geäußert, nach dem Motto: wo kein Kläger ist, da ist kein Richter, nachdem er dem BUND das Klagerecht abgesprochen hat.

Das ganze ein gerichtliches Possenspiel? Man könnte es fast so ansehen, aber das erfaßt nicht die ganze Wahrheit. Sicherlich ist erneut eines deutlich geworden: Daß man bei der Verhinderung des Startbahnbaus nicht seine Hoffnung auf die Gerichte setzen kann. Noch alle positiven Urteile für die Gegner der Startbahn sind in höheren Ebenen wieder kassiert worden. Aber man kann wohl weiter gehen: das gerichtliche Hin und Her in Fragen der Startbahn ist nichts mehr und nichts weniger als ein schwacher Abklatsch der politischen Widersprüche innerhalb der Bevölkerung Hessens über den Bau der Startbahn, von denen immerhin laut den letzten Umfragen zur Hessenwahl etwa gleich viele gegen wie für den Bau der Startbahn sind. Da fällt dann schließlich auch bei den Herren Ministern ihr so lange mühsam hochgehaltenes Bild von der Unabhängigkeit der Gerichte. Hessens Innenminister Gries hat sich jüngst in heftigster Richterschelte gegen die 4. Kammer des Frankfurter Verwaltungsgerichts geübt. Er habe kein Vertrauen mehr in die Unabhängigkeit des Gerichts. Rechtsbeugung warf er dem Gericht vor: „Das ist eine solche Fülle von Rechtsmängeln, daß es zum Himmel stinkt." Das Gericht hatte nicht nur für den vorläufigen Stopp beim Bau der Okrifteler Straße gesorgt, sondern z.B. die Räumung der Holzkirche im Hüttendorf untersagt und verschiedentlich Demonstrationen entgegen dem Verbot Wallmanns zugelassen. Just zur selben Zeit wird von einigen auch ein Richter für befangen erklärt: Seine Frau habe in Prozessen als Rechtsanwältin Startbahngegner verteidigt. Massive Pressionen gegen ein nicht ganz so willfähriges Gericht.




### Drastische Geldstrafen für Startbahngegner

*kvz.* Zu Geldstrafen von 1800 bis 3000 DM verurteilte ein Frankfurter Schöffengericht drei Startbahngegner, die am 15. November des vergangenen Jahres, als die große Demonstration zum Flughafengebäude durchgeführt wurde, ihre Autos quergestellt haben sollen, um den Verkehr zu blockieren. Trotz eklatanter Widersprüche in den Aussagen der Polizei hielten Richter und Schöffen an dem Anklagevorwurf fest, wobei noch nicht einmal klar wurde, ob die drei tatsächlich Verursacher des Staus waren, ob sie nicht selber darin steckengeblieben waren oder ob sich der Stau nicht später gebildet hatte. Aber egal, wie widersprüchlich die Zeugenaussagen waren, der Richter stellte den Polizisten einen Blankoscheck aus: „Polizeibeamte haben kein Interesse am Ausgang des Verfahrens. Vielmehr haben die Beamten wahrscheinlich anderes im Kopf, als willkürlich Leute festzunehmen." Die Angeklagten selber hatten angegeben, sie seien mit Pannen liegengeblieben, und legten dafür Rechnungen und Zeugenaussagen vor.

### DS fordern zur Wahl der GRÜNEN auf

*kvz/bed.* Die Demokratischen Sozialisten in Hessen haben sich mit knapper Mehrheit auf ihrer Landesversammlung am 15.8. dazu durchgerungen, für die kommenden Landtagswahlen in Hessen die Wahl der Partei DIE GRÜNEN zu empfehlen. Dies sei eine wirksame Stimme gegen die etablierten Parteien. Einschränkend heißt es in der entsprechenden Entschließung allerdings auch, die hessischen GRÜNEN hätten „mit ihrem arroganten und bornierten Verhalten in der Diskussion um ein breites Wahlbündnis ein erschreckendes Beispiel politischer Ignoranz und Kleinkariertheit geliefert". Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Schaffung von Arbeitsplätzen und gewerkschaftlichen Fragen hätten sie falsche Perspektiven. Was die Entschließung verschweigt, ist, daß es den DS bei dem angestrebten linken Alternativ-Wahlbündnis mit der Zeit bloß noch darum ging, aus dem Wahlprogramm alles fernzuhalten, was die DKP verstören könnte. Dick streichen die DS jetzt ihren Parteicharakter heraus: „Die Initiative Demokratische Sozialisten ist die im Aufbau befindliche künftige sozialistische Partei. Ihre Gründung wird noch 1982 erfolgen. Bei den nächsten Bundestagswahlen sind wir dabei." Daß die DS sich als Organisation zusammenschließen, ist ihr gutes Recht, daß sich sich aber gleich zu *der* sozialistischen *Partei*, mit der in künftigen Wahlen zu rechnen sei, ernennen, schafft bloß falsche Gräben.

### Billige Nazi-Propaganda

*kvz.* Ein ganzes Nest von Neonazis hat sich in Hannoversch-Münden an einer Schule gesammelt. Gegen den Lehrer Heiner Luthardt wurde ein Verfahren eingeleitet, sein Gehalt für zwei Jahre um ein Zehntel gekürzt. Der Deutsch- und Französisch-Lehrer hatte im Oktober 1977 einer 15-jährigen Schülerin, die die Nazi-Verbrechen verharmlosendes Buch gegeben, mit ausdrücklichem Hinweis, wo sie etwas über die „6-Millionen-Legende" und die „Gaskammer-Lüge" erfahren könne. Beides sind zentrale Punkte der Versuche von Neo-Nazis, die Verbrechen unter Hitler zu verharmlosen. Als der Lehrer von Kollegen wegen seiner auch anderweitig bekannt gewordenen Propaganda zur Rechenschaft gezogen wurde, verteidigte ihn sowohl der Direktor, selber an dem Rechtfertigungsbuch „Ein anderer Hitler" beteiligt, wie auch ein weiterer Kollege, ehemals Angehöriger der Waffen-SS. Warum Luthardt mit einer so geringen Strafe davon kam, die Suspendierung wurde mittlerweile aufgehoben, begründete das Gericht damit: man könne nicht den Schluß ziehen, er habe eine Überzeugung, die sich gegen die FDGO richte.

### Die „innere Sicherheit" der CDU

*kvz.* für sein Engagement in Sachen „Innere Sicherheit", will heißen, für einen weiteren Ausbau des Staates zum Polizeistaat, ist Schleswig-Holsteins Innenminister Barschel spätestens seit den großen Brokdorfdemonstrationen bekannt. Jetzt hat er, sicherlich kompetent, namens der CDU „Thesen für die Innere Sicherheit der BRD" vorgetragen. „Die neuen Thesen der CDU zur Sicherheitspolitik zielen auf eine Veränderung des geistespolitischen Klimas ab", so hat er hervorgehoben. Vermummungsverbot und Verbot passiver Bewaffnung (die mehrmalige Kontrolle von Demonstranten noch vor dem Eintreffen am Demonstrationsort, wie dies z.B. bei der PLO-Solidaritätsdemonstration in Frankfurt geschehen war, soll zum System und ausgebaut werden), eine Verschärfung des Landfriedensbruchsparagraphen, durch die jeder strafbar wird, der sich nicht unverzüglich aus der „gewalttätigen" Demonstration entfernt, stärkere Berücksichtigung der Sicherheitsbedürfnisse des Staates im Datenschutz und Gewährleistung von Amtshilfe der einzelnen Sicherheitsorgane untereinander – mit anderen Worten volle Freiheit für BKA-Computer unter Ausschaltung der minimalen heute vorhandenen Kontrollmöglichkeiten – das sind Barschels und die CDU Vorstellungen für die Entwicklungsrichtung dieses Polizeistaates. Fürwahr eine Veränderung des „geistespolitischen Klimas": der Untertan muß gefördert werden. Nur so erhält die CDU ihre „innere Sicherheit", regieren = herrschen zu können.

*mine · Termine · Termine · Termine · Te*

**September**

- **4. Gorleben.** Großdemonstration am Baugelände
  **Düsseldorf.** Demonstration der „Kirche von unten" und anderen Organisationen, unterstützt von Friedensinitiativen anläßlich des Katholikentags
- **5. Nürnberg.** 9. ordentlicher Gewerkschaftstag der NGG, bis 10.9.
- **6. Würgassen.** 3. bundesweites Atommülltreffen, bis 10.9.
  **Malente.** Seminar „alternative Wirtschaftskonzepte/Ökologische Ökonomie", bis 10.9.
- **7. Frankfurt.** 8. internationales Kinderfilmfestival, von Kommunalem Kino und Hessischem Rundfunk, bis 17.9.
- **9. Duisburg.** Kongreß und Aktionskonferenz zum „sauren Regen", bis 11.9.
- **11. Bochum.** Veranstaltung „Künstler für den Frieden", Ruhrstadion
- **12. Dortmund.** Veranstaltung des „Forums Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung"
- **13. Wien.** Internationale Kernenergiekonferenz der IAEO
- **14. Frankfurt.** Beratung von IG Metall-Vorstand und Beirat und Bevollmächtigten zum Haushalt
- **18. Marienberg (Bayern).** Demonstrationen der BI Umweltschutz Rosenheim gegen das geplante AKW
  **Wiesbaden.** Großdemonstration in Wiesbaden gegen Atom-, Beton- und Rüstungspolitik als Abschluß der Umweltstafette

*mine · Termine · Termine · Termine · Te*

# Das Sanierungskonzept für die Olympia-Werke – Auswirkungen auf Ostfriesland

*ner.* Die AEG-Tochter Olympiawerke AG will, um den Betrieb zu sanieren, ihre beiden Zweigwerke Leer und Norden abstoßen. Leer (z.Zt. rund 750 Beschäftigte) soll geschlossen und Norden (rund 200 Beschäftigte) verkauft werden. 240 der derzeitigen Leeraner Beschäftigten sollen einen Arbeitsplatz im Stammwerk Wilhelmshaven angeboten bekommen. Glaubt man diesen Aussagen der Betriebsleitung zunächst, so würden demnächst auf jeden Fall 500 Beschäftigte arbeitslos. Aber, wer soll Olympia-Norden kaufen und die Belegschaft übernehmen? Von einem Interessenten ist bisher noch nicht einmal die Rede.

Außerdem sieht das Sanierungskonzept der Betriebsleitung 900 Entlassungen insgesamt vor. Das sind zahlenmäßig ziemlich genau die beiden Belegschaften. Warum sollte Olympia in Wilhelmshaven Leute entlassen, nur um sie aus einem anderen Zweigwerk wieder einzustellen? Man kann davon ausgehen, daß die Arbeitslosigkeit die beiden ostfriesischen Arbeitsamtsbezirke Leer und Emden treffen wird, Leer wahrscheinlich mit 700, Emden mit 200 Arbeitslosen. Für Leer würde das zur Zeit eine Steigerung der Arbeitslosigkeit von 2% auf 18,5% bedeuten. Diese Zahl ist auf den Sommer bezogen. Sowieso muß man für den Winter auch ohne Olympia-Schließung mit über 20% rechnen, in manchen Ortschaften ist bereits jeder vierte arbeitslos.
beitslos.




In der den ostfriesischen Raum beherrschenden Ostfriesenzeitung wird zwar über die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit lamentiert aber zugleich Verständnis für die Sanierungspläne zu erwecken versucht, indem die Gefahr eines Konkurses an die Wand gemalt wird. Dieser Unsinn wird von der Betriebsleitung in Wilhelmshaven ausgestreut und ist als Manöver zu verstehen, um einerseits mit Sachzwängen argumentieren zu können, andererseits die Belegschaft zu spalten.

Zunächst aber zu den Tatsachen. Im letzten Jahr hatte Olympia eine Umsatzsteigerung von 12%, im nächsten Jahr könnte es schon möglich sein, wieder Gewinne zu verzeichnen (so der Olympia-Betriebsleiter). Weil von der derzeitigen inneren Lage der Olympia-Werke ein Konkurs daher schlecht erklärt werden kann, wird auf die mögliche Zahlungsunfähigkeit des AEG-Konzerns hingewiesen. Dabei wird geflissentlich außer acht gelassen, daß Olympia nur noch zu 60% zu AEG-Telefunken gehört, 40% gehören bereits Bosch.

In der FAZ z.B. wird der Fall Olympia ganz anders bewertet. Nämlich als erhaltenswerter Teil des Konzerns im Gegensatz etwa zu Neff oder Zanker. Aber, mit großem „feurio"-Gezeter kann natürlich einiges durchgesetzt werden, vor allem wenn der örtliche Meinungsmacher mitspielt, und zur Spaltung der Belegschaft sind die Behauptungen allemal gut.

So ist man bei der IG Metall in Leer z.B. etwas betroffen über das ausgesprochen geringe Interesse der Belegschaft in Wilhelmshaven am Schicksal der Zweigwerke in Leer und Norden. Womöglich, so wird vermutet, besteht dort die Meinung, wenn schon einer über die Klinge springen müsse, dann lieber die anderen. Eine schnelle und genaue Darlegung der wirklichen wirtschaftlichen Lage des Betriebes durch die Gewerkschaften könnte vielleicht einige Mißverständnisse in der Hinsicht beseitigen.

Die Beschäftigten in Leer dagegen sind in letzter Zeit offenbar entschlossen, ihr Schicksal mehr in die eigene Hand zu nehmen, nachdem dies bis vor kurzem auch dort noch nicht durchgängig der Fall war. Vor einigen Tagen sperrte die Belegschaft für mehrere Stunden die Brücken der beiden Flüsse, an denen die Stadt liegt, so daß der Fernverkehr nach Nordholland blockiert war und außerdem die Bundesstraße aus dem ostfriesischen Raum nach Nordrhein-Westfalen. Diese Aktion war für die Leeraner Belegschaft wichtig, um die eigene Kampfkraft zu erkennen und weiteres vorzubereiten – und sie braucht diese Kampfkraft, denn die Lage dort ist keineswegs rosig. Mittlerweile kann dieser Betrieb durch einfache Austrocknung binnen Jahresfrist stillgelegt werden. Die modernsten Maschinen, mit denen neuartige Büromaschinen produziert werden könnten, sind bereits ausgelagert. Was könnten, sind bereits ausgelagert. Was dort noch produziert wird, bezieht sich praktisch auf ausgelaufene oder auf auslaufende Serien. Eine hinhaltende Zusage der Betriebsleitung, bei Olympia-Leer moderne Maschinen aufzustellen, um damit die neuen elektronischen Schreibmaschinen herstellen zu lassen, wurde nicht eingehalten.

Eine einfache Forderung nach Erhalt der Arbeitsplätze in Leer – und das ist die Schwierigkeit, mit der Belegschaft und Gewerkschaft zu kämpfen haben – würde tatsächlich nicht ausreichen, um die Schließung des Werkes zu verhindern. Es müßte schon eine Forderung sein, in der die Erhaltung der Arbeitsplätze mit der Verlagerung „zukunftsträchtiger Technologie" in das Zweigwerk verbunden wird.

Die Werkschließungen in Leer und Norden werden für die gesamte Region eine starke Belastung, sowohl was den Anstieg der Arbeitslosigkeit betrifft, Emden hat in der Regel allenfalls 2% weniger Arbeitslose als Leer, als auch die sinkenden Steuereinnahmen, die sich in den Haushalten der Kommunen sicher stark bemerkbar machen. Zusätzlich befindet sich in Emden noch ein Eisenschwammwerk mit etwa 200 Beschäftigten im Konkurs.

Aus dem bereits erwähnten Kommentar ist allerdings wenig Beunruhigung über Reaktionen der Bevölkerung herauszulesen. Es wird vielmehr darüber diskutiert, ob Olympia mit dem Sanierungskonzept zu retten sei, wenn ja, dann sei das leider kein Trost für die Leeraner Belegschaft.

Ist die Vermutung berechtigt, diese Schließung werde hingenommen, wie so vieles in den letzten Jahren hingenommen wurde, die Belegschaftsmitglieder stammen hauptsächlich aus ländlichen Gebieten, zum großen Teil sind es Frauen, deren Männer ebenfalls arbeiten?

Man muß damit rechnen, daß der größte Teil dieser Frauen sich ins Haus zurückziehen und die schlechte Haushaltslage in der Familie durch verstärkten Gemüseanbau und andere Selbsthilfe im eigenen Haus und Garten zu lindern versucht wird. Diejenigen, denen diese Möglichkeiten nicht offenstehen, meist Männer, junge Frauen ohne Familie, Ausländer, werden große Schwierigkeiten haben, selbst im weiteren Umkreis ihres Wohnorts wieder Arbeit zu finden.

Über kurz oder lang findet man sie wahrscheinlich in der in Ostfriesland ohnehin großen Gruppe der Pendler wieder, die im Ruhrgebiet, in Hannover, Hamburg oder Bremen arbeiten und nur an Wochenenden regelmäßig oder unregelmäßig nach Hause kommen. Diese Gruppe von Arbeitern, bisher hauptsächlich Bauarbeiter, ist durch Haus- und Grundbesitz an den Wohnort gebunden. Die Häuser werden in der Regel so finanziert, daß mit Belastungen durch Kreditrückzahlungen und Zinsen bis an das Ende des aktiven Arbeiterlebens zu rechnen ist. Wer in einer solchen Lage also von Ostfriesland wechselt, müßte als erstes sein Häuschen verkaufen – aber an wen, wenn eine große Anzahl anderer in den gleichen Schwierigkeiten steckt und es kaum Anreize gibt, gerade in dieses Gebiet zu ziehen und Arbeit zu suchen.

Junge Leute, die durch Haus- und Grundbesitz nicht gebunden sind, wandern mit der Zeit ab, denn neue Industrien siedeln sich in diesem Raum nicht an, und alte Wirtschaftszweige, von denen noch vor 25 Jahren nicht wenige lebten (z.B. Fischerei) sind zerstört. So kommt es allerdings auch, daß durch eine Schließung der Werke höchstwahrscheinlich kaum Zuliefererbetriebe aus der Region in die Klemme kommen würden, jedenfalls ist darüber nichts bekannt.

Würde die Schließung der Olympia-Zweigwerke gelingen, so wäre dies ein weiterer Schritt, aus Ostfriesland ein Reservoir billigster Arbeitskräfte zu machen. Schon heute liegen die Effektivlöhne hier durchschnittlich etwa 2 bis 4 DM unter den vergleichbaren Löhnen in Bremen oder Hamburg. Hier werden bereits wieder für Aushilfsverkäuferinnen 4,50 DM pro Stunde angeboten.

Erstmals scheint jetzt die langanhaltende hohe Arbeitslosigkeit in Verbindung mit nur nominellen Lohnerhöhungen und tatsächlichen Senkungen in den letzten Jahren auf den Einzelhandelsmarkt durchzuschlagen. Jedenfalls haben sich einer soeben gebildeten „Notgemeinschaft für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Olympia", der neben Gewerkschaftern auch Politiker aller bürgerlichen Parteien angehören, sogar Einzelhändler angeschlossen. Offenbar wird von dieser Seite befürchtet, der durch eine Schließung hervorgerufene Kaufkraftschwund werde in Verbindung mit dem bereits vorhandenen, durch hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne bedingten, die Geschäfte derart verschlechtern, daß mit Konkursen und Geschäftsaufgaben in größerem Ausmaß zu rechnen sei. Überschlagsweise käme man im ersten Jahr nach der Schließung auf einen Kaufkraftschwund von 3,5 bis 4 Mio. DM aus einem Einzugsgebiet mit etwa 150000 Einwohnern. Keine sehr große Summe also, ganz offensichtlich gehen die Geschäfte jetzt schon recht schlecht.

Die Gewerkschaft wäre jedoch schlecht beraten, wenn sie zugunsten dieses Bündnisses die Möglichkeiten weiterer Aktivitäten zurückstellen würde, nur um die „Notgemeinschaft" nicht zu gefährden. Überlegungen derart würden nur dazu führen, daß man sich in die Abhängigkeit der am wenigsten fortschrittlichen Kräfte dieses Bündnisses begeben würde. Wenig hilfreich ist in diesem Zusammenhang, daß keine Vereinbarung der „Notgemeinschaft" über ihre Grundlage vorhanden ist. Gerade weil diese „Notgemeinschaft" bei vielen Gewerkschaftern nicht unumstritten ist, sollte die Gewerkschaftsspitze ein Interesse an möglichst viel Öffentlichkeit in diesem Bündnis haben.

# AEG-Sanierung . . .

**Die AEG-Sanierung geht weiter. Nach dem positiven Gutachten der „Treuarbeit" über das Sanierungskonzept für die AEG steht die Bundesregierung der 1,1 Mrd. DM-Bürgschaft für die AEG nicht mehr ablehnend gegenüber. Die CDU-Mehrheit der Länder hat beschlossen, daß die Länder davon einen 30%-Anteil übernehmen wollen.**
**Für die Betroffenen zeichnen sich die Auswirkungen der Sanierung erst ab. Ganze Regionen drohen wirtschaftlich zu veröden. Jeder 5. Erwerbstätige ist dort ohne Arbeit. Aber auch die Bereiche, in denen die bisherige wirtschaftliche Lage noch nicht so schlecht war, sind mit einem Mal voll von einer erheblichen wirtschaftlichen Schwächung bedroht. Mühsam kommt in den Orten erst jetzt die Debatte über Gegenkonzepte in Gang. Die Vorschläge, die diskutiert werden, sind noch nicht sehr konkret – meist wird eine Bundesintervention in der einen oder anderen Form verlangt, an den Orten stimmt die CDU dann auch zu.**

*Zanker, Tübingen*

*Zanker, Tübingen*

# Produktion bis zur endgültigen Stillegung – oder Alternativ-Produktion?

*kvz.* In Tübingen wird bei Zanker wieder gearbeitet. Die baden-württembergische Landesregierung hatte dazu einen Überbrückungskredit von 5 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Dies genügte, um die Produktion wieder aufzunehmen. Absehbar war allerdings, wann die 5 Millionen bei 1 Million Lohn- und 500000 DM Materialkosten pro Woche verbraucht gewesen wären; denn die AEG hatte die Tübinger Vertriebszentrale für Zanker- und Linde-Geräte, die nicht zu Zanker, sondern zu AEG gehört, ohne Geld gelassen und damit den normalen Vertrieb blockiert. Es kam zu Stockungen und Haldenproduktion bei den Produktionsbetrieben. Als neue Vertriebswege organisiert worden waren, beispielsweise Direktlieferung an Siemens, wurde Frankfurt weich und gab eine Abnahmegarantie und der Vertrieb in Tübingen konnte auch wieder arbeiten. Das bedeutet jedoch noch kein „grünes Licht" für ein Weiterbestehen der Zanker-Werke. „Wir haben uns entschlossen, ein Stück Weges gemeinsam zu gehen!" erklärte der Vergleichsverwalter. AEG hält weiter an der Schließung von Zanker, so wie es im Sanierungskonzept steht, fest.

Aber wie gehts weiter? Auf einer großen Veranstaltung in der Tübinger Hepper-Halle (siehe Bild) bewegten sich die Stellungnahmen zwischen „nur eine entscheidende politische Veränderung kann helfen, nicht ein Kredit von 5 Millionen", so der Zanker-BR Nino Montagna, und auf der anderen Seite der CDU-Landtagsabgeordnete G. Weng: „Die Chance einer Übernahme durch einen anderen Betrieb darf nicht durch einen Streik vermindert oder verhindert werden. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!" Den „Weg" ins „Kreuz" des Bundestagsabgeordneten Todenhöfer fand nach der Veranstaltung ein jugendlicher Fuß. Das Resultat: „Prellungen an der Wirbelsäule mit schmerzhaften Ausstrahlungen zur Niere."



In der Frage der Stillegung ist die Initiative jedoch weitgehend wieder an die Landesregierung und den Vergleichsverwalter übergegangen. Sie verfolgen das Konzept, möglichst früh Zanker, wie auch die Neff-Werke in Bretten, aus dem AEG-Verband herauszubrechen und an einen anderen Kapitalisten zu verscherbeln. Bisher ist bekannt, daß der schwedische Haushaltsgeräte-Konzern „Elektrolux" Interesse gezeigt hat. Aber hat der nicht auch nur die Beseitigung eines Konkurrenten im Auge? Droht nicht auch von ihm die Schließung des Werkes oder ein großer Teil davon?

Bisher liegt die Arbeitslosenquote im Kreis Tübingen bei 4,8%. Allein durch die Zanker-Stillegung würde diese Marke mit einem Sprung auf 6,2% raufschnellen. Dies hätte Folgen für die gesamte Bevölkerung des Gebiets. Nicht nur die Lohnabhängigen und ihre Familien – auch die kleinen Kapitalisten würden dies spüren. Die örtliche CDU hat sich deshalb auch ins Geschirr gelegt. Sie hat ein 10-Punkte Programm aufgestellt, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, Zanker und den Zanker-Linde-Vertrieb finanziell flüssig zu halten, damit Produktion und Vertrieb aufrechterhalten werden können. Zanker soll aus dem AEG-Konzern ausgegliedert werden. Ein Gutachten des Arbeitskreises Innovation der Universität Tübingen, der IHK, der Forschungskommission des Landes und des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, soll die Möglichkeit einer Anschluß- oder Alternativproduktion prüfen. Ähnliches fordern auch die Grünen, jedoch soll, wenn es nach ihnen geht, die Möglichkeit der Alternativproduktion ein unabhängiges Wirtschaftsteam geklärt werden.

# Leserbriefe

## „Guerilla-Pathos oder Realpolitik" – Th. Mehlen auf Abwegen

*Zum Artikel „Und nach dem Abzug der PLO?" in KVZ 33/82*

Gen. Mehlen schreibt in KVZ 33, Seite 1:

„Die PLO hatte die ganze Zeit darum gekämpft, möglichst weitgehende und günstige Bedingungen für einen Abzug zu erzielen. Man muß sagen, daß dies der PLO letztlich nicht gelungen ist." Ohne auf die Kriegsziele von Begin/Sharon/Shamir einzugehen, die diesen völkermörderischen Krieg begonnen haben, ist keinerlei vernünftige Einschätzung der aktuellen Lage im Libanon und insbesondere der Lage der PLO nach Zustandekommen der von US-Habib vermittelten Übereinkunft möglich. Merkwürdig, daß thm. davon gar nichts schreibt. Meines Erachtens wollten die Zionisten durch ihre Aggression in einem kurzen, brutalen Schlag die Streitkräfte der PLO im Libanon militärisch vernichten, die politische Struktur der PLO im Libanon liquidieren und die PLO insgesamt aus dem Libanon vertreiben. Auf dieser Basis hofften die Zionisten, günstige Bedingungen für eine Annexion der Westbank zu haben sowie für die Einsetzung einer libanesischen Marionettenregierung, die faktisch die Rolle der Verwaltung einer neuen Provinz von Eretz Israel (Groß-Israel) spielt. Die PLO führte, von einigen fortschrittlichen libanesischen Kräften abgesehen, *allein* einen Verteidigungskrieg, in dem es ihr darum ging, diese Ziele weitestgehend zu durchkreuzen. Es ging nicht um „günstige Bedingungen für einen Abzug", sondern um die Verteidigung militärischer Positionen im Südlibanon, um die Sicherung der jetzt im Libanon befindlichen politischen Strukturen, um die Selbstverwaltungsrechte der 500000 Palästinenser in libanesischen Flüchtlingslagern entsprechend dem Kairoer Abkommen

stinenser in libanesischen Flüchtlingslagern entsprechend dem Kairoer Abkommen

samt Zusätzen von 1978, um die Rettung möglichst vieler Menschen – Kämpfer und Zivilisten – und um die Verstärkung der internationalen Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts im Zuge einer politischen Gegenoffensive.

Was ist nun wem „gelungen"? Zweifellos hat die PLO militärisch eine Niederlage erlitten: ihre südlibanesischen Basen gingen verloren und einige tausend Kämpfer wurden gefangen (denen Israel übrigens immer noch nicht die Behandlung nach der Genfer Konvention zugebilligt hat!). Aber einige tausend PLO-Kämpfer konnten sich nach Beirut zurückziehen und dort eine Verteidigung organisieren, die den vermeintlich kurzen Vernichtungsschlag zum längsten Nahostkrieg machte. Die brutalen israelischen Bombardements von Westbeirut haben z.B. auch den Kommentator der Süddeutschen Zeitung (21.8.) zur Erkenntnis gebracht, daß nicht etwa eine Schonung der Zivilbevölkerung, hinter der sich die PLO angeblich versteckte, die israelische Armee an der Einnahme Westbeiruts hinderte, sondern die Furcht vor den hohen eigenen Verlusten, die dieser Kampf gekostet hätte. Wenn jetzt die Verteidiger von Westbeirut abziehen, geordnet, Zeichen einer Niederlage aber nicht der Zerschlagung, die Sharon wollte, dann darf man auch nicht übersehen, daß nach wie vor palästinensische Kämpfer in der Bekaa-Ebene stehen und in Nordlibanon. Gerade weil Israel die Vertreibung sämtlicher militärischer Kräfte der PLO aus dem Libanon noch nicht erreicht hat, besteht die Gefahr weiterer israelischer Vorstöße nach Norden ...

Die politische Beurteilung kann sich jedoch nicht auf die Analyse der militärischen Lage beschränken. Th. Mehlen geht von der internationalen Isolierung der PLO aus. Das erscheint mir als eine sehr kühne Vereinfachung. Weder die Tatsache, daß die PLO militärisch allein stand, noch die gegenwärtige vielfache politische Spaltung zwischen den arabischen Staaten, rechtfertigen eine solche Behauptung. ...

Nach PLO-Berichten benutzt Israel seine Besetzung des Südlibanon, um die dortigen Flüchtlingslager zu zerstören und die Bewohner zu vertreiben. Viele Berichte gibt es, daß die rechtsgerichteten Christen jetzt am liebsten alle Palästinenser loswürden, Gemayel hat sich so geäußert. Tatsächlich könnte man dann von einer Liquidierung der politischen Strukturen der PLO im Libanon reden, wenn die Rechte der Selbstverwaltung in den Flüchtlingslagern beseitigt würden. Gegenwärtig sieht es so aus, als hätten die Zionisten und libanesischen Rechten dieses Ziel keineswegs erreicht. Kann das durch eine gegebenenfalls modifizierte Erneuerung des Kairoer Abkommens verhindert werden, dann wiegt das meines Erachtens schwerer als der Abzug der PLO-Führung aus Beirut. Die im Südlibanon vertriebenen Palästinenser könnten sich neu organisieren. 500000 selbst sich organisierende Palästinenser im Libanon, die nicht, wie vor 1968 Freiwild für die libanesische Regierung sind, wären auch ein wichtiges politisches Hindernis für die Verwandlung des ganzen Libanon in eine Dependance von Tel Aviv. Ich halte es für falsch, wenn Th. Mehlen angesichts des Abzugs aus Beirut diese Front des Kampfes gar nicht erwähnt. Solange an dieser Front die Entscheidung nicht gegen die PLO gefallen ist, und dafür gibt es bisher keinen Hinweis, hat Mehlen unrecht, wenn er behauptet, die PLO habe „ihre Basis im Libanon nicht mehr zur Verfügung". Ihre Basis im Libanon war schon die ganzen letzten Jahre doch nicht in erster Linie ihre militärische Präsenz, sondern ihre politische Präsenz in den Lagern, die Tatsache, daß über die Lagerselbstverwaltung die palästinensische Identität verteidigt und entwickelt werden konnte. Kurz: Ich bezweifle, daß die Zionisten, trotz ihrer militärischen Erfolge und der damit verbundenen Schwächung der PLO, bisher in politischer Hinsicht mit dem Ergebnis ihrer Invasion zufrieden sein können; wesentliche Ziele haben sie nicht erreicht. Damit sind die Bedingungen für den weiteren Kampf um das palästinensische Selbstbestimmungsrecht günstiger, als thm. vermuten läßt.

Ich stimme thm. zu, wenn er schreibt, daß die PLO jetzt ihre Strategie überprüfen muß. Nach dem Schwarzen September 1970 brauchte die PLO etwa ein Jahr zur Reorganisation, um sich den veränderten Kampfbedingungen anzupassen. Ich glaube, daß die PLO heute nicht so viel Zeit hat, wenn sie sich im bevorstehenden Kampf gegen die Annexion der Westbank nicht überrollen lassen will. Tatsache ist jedoch auch, daß die PLO heute in der Westbank stärker

rollen lassen will. Tatsache ist jedoch auch, daß die PLO heute in der Westbank stärker

ist als noch vor ein paar Jahren. Die palästinensischen Bürgermeister haben gerade während der Libanon-Invasion bekräftigt, daß die PLO für alle Palästinenser spricht. Von daher verstehe ich übrigens auch nicht, wogegen sich Mehlens Skepsis gegenüber der Fähigkeit der „Palästinenser in den besetzten Gebieten selber" zu „wirksamen Initiativen" eigentlich richtet. Geht es darum, ob sie erneut so breit und massiv mobilisieren können wie im Frühjahr oder geht es darum, ob sie eher ohne PLO erfolgreich sein können? ...

Die Andeutungen von Gen. Mehlen über seine Vorstellungen von der zukünftigen Strategie der PLO finde ich sehr befremdlich. Zunächst einmal – woher nimmt er die Behauptung, bisher sei die PLO-Strategie auf der „alten Hoffnung" aufgebaut gewesen, „eine geeinte Armee aller arabischen Staaten werde eines Tages Israel liquidieren", das sei jetzt „an den Nagel" zu hängen, „*also*" müsse sich die PLO eine politische Strategie überlegen? Ich bezweifle, daß irgendein ernstzunehmender palästinensischer Führer, geschweige denn die PLO als Ganzes, bisher von solchen Vorstellungen ausgegangen ist ... Falsch scheint mir auch, wenn thm. impliziert, bisher sei der bewaffnete Kampf die Hauptkampfform der PLO gewesen – an der Libanongrenze gab es vor der zionistischen Invasion immerhin ein Jahr lang Waffenruhe. Was soll es heißen, wenn Gen. Mehlen jetzt die „Unterstützung eines politischen Kampfes ohne Guerilla-Pathos" empfiehlt? (Mal davon abgesehen, daß in unseren Kreisen ohnehin ein starkes Bedürfnis da ist, bloß nicht – wieder – pathetisch zu werden). Vor allem, was hat vielleicht falsches Pathos hier wirklich mit dem bewaffneten Kampf der PLO zu tun? Ich sehe keinen Grund zur stillschweigenden Distanzierung – denn das macht thm. meines Erachtens – von der Berechtigung und Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes der PLO. Auch in einer neuen Gesamtstrategie wird die PLO darauf nicht verzichten können.

Welche Widersprüche zwischen den USA und Israel sollen ausgenutzt werden, wenn sie sich, wie thm. schreibt, einig sind, daß sie keinen palästinensischen Staat wollen? Daß der US-Imperialismus diese letzte Aggression Israels bezahlt und in ihren strategischen Zielen unterstützt hat, während sich Habib dann vor Ort bemühte, zu verhindern, daß Begins Zionisten mit ihrem beschränkt chauvinistischen Blickfeld Methoden anwendet, die vom Standpunkt einer Welt- und Supermacht eher den Erfolg der Operation vermindert hätten durch „unnötiges" Zerschlagen einiges Porzellans und Schädigung anderer US-Interessen, eben z.B. in der arabischen Welt, dies alles kann man natürlich auch unter dem Aspekt US-israelischer Widersprüche beschreiben. Wenn dabei jedoch, wie bei thm., nur die Feststellung übrig bleibt, daß sich die USA „nicht besonders fähig bzw. willig gezeigt" hätten, auf Israel Druck auszuüben, das ist doch etwas stark! Beziehungsweise? Wenn sie willig gewesen wären, wenn!, wären sie schon fähig gewesen. Die ganze schöne Differenziertheit der Betrachtung, zu der thm. fähig ist, wird einem arg verleidet, wenn sie nur unter dem Preis zu haben ist, daß dann vor lauter Bäumen der Wald verschwindet.

Wem wirklich „an der palästinensischen

Wem wirklich „an der palästinensischen Sache gelegen ist", dem hat dieser Artikel nichts genützt. Die Angst thm.'s vor der Resignation in der Solidaritätsbewegung scheint auch eher aus der Einseitigkeit seiner eigenen Auffassung von der Lage zu entspringen. Da hilft es dann auch wenig, wenn sozusagen zur Bekräftigung, für diejenigen, die sich vielleicht sonst nicht zur Solidarität entschließen könnten, hinzugefügt wird, es gehe ja auch um den Weltfrieden ... *Reinhard B., Heidelberg*

## Enthält unser Bild vom palästinensischen Kampf Fehler?

*Zu einigen Thesen des Genossen Mehlen in der KVZ.*

Genosse Mehlen polemisiert vor allem gegen die PLO-Forderung nach einem demokratischen, weltlichen Staat in ganz Palästina, in dem Christen, Juden und Moslems nur verschiedene Religionen wären (KVZ Nr. 30 und folgende). Diese Polemik ist reichlich wirr und widersprüchlich. Nicht kritisiert wurden dagegen die PLO-Ziele bezüglich der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse: Wie soll das geraubte Land aufgeteilt und bewirtschaftet werden? Was geschieht mit den Industriebetrieben und Banken? Was mit den ausländischen Besitzrechten in Israel? Wie soll sich ein Palästina-Staat gegenüber weiteren jüdischen Zuwanderern z.B. aus der UdSSR verhalten? Wie werden von der PLO die Kämpfe der Araber in Israel mit den sozialen Zielen verbunden? Wie wirkt sich die Orientierung der PLO an der Außenpolitik der UdSSR auf die arabischen Bündnispartner aus? Warum wollen die Arabischen Staaten nur ungern die PLO-Kämpfer aufnehmen?

Solche Fragen scheinen mir viel kritischere Punkte für die Solidaritätsbewegung mit den Palästinensern zu sein als die Frage des einheitlichen, weltlichen Palästina-Staates. Zum letzteren: Genosse Mehlen verbindet das Problem der jüdischen Nation mit dem Recht auf eigenstaatliche Existenz oder zumindest besondere politische Rechte innerhalb eines Palästina-Staates. Ich halte die Frage, ob die Juden in Isreal eine Nation sind oder nicht für erstens umstritten und zweitens für belanglos. Warum umstritten? 1977 waren mehr als die Hälfte (52%) der israelischen Juden außerhalb Israels geboren (n. Fischer-Welt-Almanach '81). Die Staats- oder Kultursprache Neu-Hebräisch ist nicht die Muttersprache der jüdischen Bevölkerung. Die vorherrschende Beweisführung für die Existenz einer jüdischen Nation beruft sich nicht auf historische Tatbestände, sondern auf theologische Dogmen.

Aber selbst vorausgesetzt, die Juden in Israel seien eine Nation geworden, daraus folgt doch keineswegs die Notwendigkeit einer besonderen staatlichen Existenz. Nur selten decken sich die Staatsgrenzen der rund 170 Staaten auf der Welt mit den Lebensräumen der Völker und Nationen. Und besondere (Übergangs-)Rechte für die Juden mit ihrer Nationalität zu begründen, verwischt den Tatbestand, daß es sich hier um ein soziales und wirtschaftliches Problem handelt. Oder zerbricht sich in Zimbabwe jemand den Kopf, ob die kolonialistischen Siedler etwa eine eigene Nation geworden sind?

Das PLO-Ziel eines areligiösen, weltlichen Staates in Palästina ist keineswegs die Wurzel der Krise der PLO. Genosse Mehlen diffamiert dieses Ziel als Orientierung „an einem frühliberalen Modell, das nur Privatsubjekte kennt, die in ihrem Privatleben einem beliebig austauschbaren Glauben anhängen." (KVZ 30, S. 9) Welche Konfusion entsteht, wenn man den weltlichen Staat in Gegensatz zur sozialen Emanzipation der Menschen setzt! Treten wir in der BRD nicht auch für die völlige Trennung von Staat und Kirche ein? In dem Artikel „Zur Judenfrage" setzte sich K. Marx durchaus für die Emanzipation des Staats von jeder Religion ein. Er polemisiert aber dagegen, diese politische Emanzipation gleichzusetzen mit der menschlichen Emanzipation. Diese Emanzipation muß aber nicht nur die Staatlichkeit, sondern auch die Religiosität überwinden. Genosse Mehlen hat Recht, wenn er die Forderung nach einem weltlichen Palästina-Staat als bürgerlich-revolutionäre Forderung hinstellt. Damit verliert sie aber keineswegs ihre Berechtigung angesichts der anachronistischen Vermischung von Staat und Kirche in Israel. Diese Forderung dient durchaus auch der Emanzipation der Juden und kann von linken Juden unterstützt werden.

Wenn andererseits die wirtschaftlichen und sozialen Ziele des PLO-Programms, über die Genosse Mehlen in seinen seitenlangen Ergüssen kaum eine Zeile verschwendet, auf „Sozialismus" ausgehen, auf eine rasche Enteignung der kolonialistischen Siedler – und was dann? –, dann sehe ich eher darin eine Fessel für eine erfolgreiche Politik der PLO. (Vgl. dazu den Artikel „Ein neuer Internationalismus – aber welcher?" in KVZ Nr. 33) Die Frage der nächsten wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzung mag auch eine Rolle spielen bei der Beurteilung der arabischen Länder durch die PLO und ihrer Einschätzung der Rolle der Sowjetunion in der Welt. Die PLO gehört gegenwärtig zu den Kräften in der Welt, die die UdSSR lauthals als „natürlichen Verbündeten" der unterentwickelten Länder feiern. *W. Fuchsenberger, Köln*

Die Bedürfnisse des Kleinkindes reduziert

## Die Bedürfnisse des Kleinkindes reduziert

*Betr.: Leserbrief von Beate, Heidelberg, in KVZ 33*

Beate schreibt, daß die Überlegungen Hilde Simons über Hausarbeit ihren eigenen Erfahrungen nicht standhielten. Das bleibt ihr unbenommen. Ich halte die Kritik dennoch für falsch und darüberhinaus für wenig nützlich.

Zu der Auffassung, Kollektiverziehung sei bei Säuglingen unmöglich: erstens dürfte eine erneute Lektüre des Artikels von H. Simon etwaige Befürchtungen, es sollten Säuglinge um der dogmatischen Reinheit willen ihren Eltern, bes. Müttern entrissen werden, entkräften. Zweitens scheint mir die für Beate neue Erfahrung des Muttersein ihr Blickfeld erheblich einzuschränken. Sie erhebt ja den Anspruch, von den Bedürfnissen des Kindes auszugehen. Die Aussage aber, ein fünf Monate altes Kind sei *unfähig*, mit seiner Umgebung etwas anzufangen, widerspricht diesem Anspruch total. Die Bedürfnisse eines Säuglings bestehen nicht nur darin, auf eine bestimmte Art Nahrung aufzunehmen, auch wenn er daher seinen Namen hat, und liebkost zu werden, sie bestehen ebenso darin, die Umwelt zu erfahren und zu begreifen. Wie zum Teufel soll denn ein Kind „um so früher selbständig werden", wenn es bis zu einem Alter von drei bis vier Jahren im wesentlichen nur die Zuneigung der Mutter kennenlernen und Vertrauen zu *ihr* schöpfen konnte. Der Prozeß des Begreifens der Umwelt, die Fähigkeit, sich in dieser Umwelt immer sicherer bewegen zu können, körperlich wie geistig, wird meinen Erfahrungen zufolge durch das Zusammensein mit anderen Kindern beschleunigt. Das Beispiel eines Kindes, das halt schon krabbelt oder läuft oder Türme baut, reizt eben. Und das ist nur ein positiver Aspekt der Erziehung von Kindern in und durch Gruppen. Die Erfahrung als Eltern, daß auch ein halbjähriges Kind sich freuen oder etwas lernen oder überhaupt irgendetwas machen kann, ohne daß man selbst anwesend ist, muß dabei nicht unbedingt schmerzen.

Das von Beate angedeutete Verhältnis Mutter – Kind – Rest der Welt enthält zwei sich gegenseitig bedingende Mängel. Zum einen kann ein wesentliches Ziel von Erziehung, nämlich das Kind zu befähigen, sich in der Gesellschaft zu bewegen, kaum erreicht werden, wenn die Lösung dieser Aufgabe vorwiegend dem von den gesellschaftlichen Erfahrungen am meisten isolierten Personenkreis, den Nur-Müttern und Nur-Hausfrauen vorbehalten bleibt. Zum anderen – und darauf weist Hilde Simon zurecht hin – bleibt die Emanzipation der Frau solange Illusion, wie vermeintliche Notwendigkeiten sie in diese Isolation pressen und in ihr verharren lassen. Ohne gleich in Schubladen einordnen zu wollen, sollte doch die Affinität dieser „neuen Mütterlichkeit" zu dem Frauenbild des Faschismus oder – in jüngster Zeit verstärkt propagiert – der christdemokratischen Reaktion zu denken geben.

Für Beates Bemerkungen zu der Kritik an der 18-Monate-Forderung der GRÜNEN – abgesehen davon, daß sie den Inhalt dieser Kritik bestenfalls am Rande zur Kenntnis nimmt – gilt das ganz besonders. Nicht, daß ich der weitverbreiteten Art von Kindertagesstätten, -gärten o.ä. Bahn brechen wollte. Aber die sog. traditionelle Rollenverteilung läßt sich in der Tat nur überwinden bei u.a. „Ausweitung des öffentlichen Angebots an Erziehungseinrichtungen mit Rechten für die Eltern und Förderung selbstverwalteter, freier Initiativen". Ich bin fest davon überzeugt, daß entsprechende Aktivitäten auch auf positives Interesse der Beschäftigten in öffentlichen wie konfessionellen Erziehungseinrichtungen stoßen werden und halte die Diskussion über unsere Vorstellungen von Kindererziehung für unbedingt notwendig. Letztendlich: Beates Versuch, einen Zusammenhang herzustellen zwischen Arbeitsauffassung der „Erzieherinnen" (interessant hier die Geschlechtsbestimmung) und dem Charakter besagter Einrichtungen als Aufbewahrungsstätten halte ich – gelinde gesagt – für eine Unverschämtheit. Nicht die Jobmentalität dieser Kollegen/-innen bringt doch die miserablen Zustände im bundesdeutschen Bildungswesen hervor, sondern umgekehrt wird ein Schuh daraus. *Kurt D., Westberlin*

# Auseinandersetzung auch in katholischer Kirche um Frage des Friedens

## Für Samstag ruft die „Initiative Kirche von unten“ zu einer Demonstration „Kehrt um – entrüstet Euch“ auf

*gkr.* „Kehrt um – entrüstet euch“, das ist das Motto, unter dem am Samstag die „Initiative Kirche von unten“ (IKvu), zusammen mit Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und dem Interkirchlichen Friedensrat der Niederlande gegen die Kriegsgefahr demonstrieren will. 100000 Teilnehmer erwartet die IKvu, die auch verschiedene andere Veranstaltungen neben dem offiziellen Katholikentag in Düsseldorf durchführt, bei dieser Demonstration. Nach der Demonstration während des Kirchentags in Hamburg die zweite große Demonstration bei zentralen kirchlichen Veranstaltungen, und beidesmal sahen sich die offiziellen Veranstalter zu einer Reaktion, zur Durchführung eigener Großkundgebungen zum Thema Frieden, veranlaßt. In Hamburg war es die Diskussion mit Hans Apel, in Düsseldorf soll es am Vorabend der Demonstration eine Veranstaltung mit Schmidt und Kohl im Rheinstadion geben.

Ohne Zweifel ist dies nur die Spitze des Eisbergs dessen, was innerhalb der Kirchen über die Verantwortung der Kirchen oder der Christen für den Frieden diskutiert wird. Es sei hier nur an die entschiedene Stellungnahme des „Reformierten Bundes“, eines Teils der evangelischen Kirche, gegen die „problematische ‚Ausgewogenheit‘, Zweideutigkeit und Unentschlossenheit gegen jegliche Kriegsvorbereitung in der Evangelischen Kirche in Deutschland“ erinnert. Dabei hatte dieser Diskussionsprozeß innerhalb der katholischen Kirche später eingesetzt als in der protestantischen. Noch in den fünfziger Jahren unterstützte die katholische Kirche die Wiederbewaffnung in der BRD fast geschlossen. Und auch heute sind die offiziellen Stellungnahmen der katholischen Kirche, sei es der Zentralrat der Katholiken, sei es Kardinal Höffner, Vorsitzender der Bischofskonferenz, noch am stärksten der traditionellen Sicherheitsdoktrin verhaftet.

Über diese Linie gibt es innerhalb der katholischen Kirche eine Diskussion. Daran beteiligt sind z.B. „Pax Christi“ und der BDKJ, der Bund der katholischen Jugend. Dennoch, mit der Initiative Kirche von unten wollten diese den Aufruf zur Demonstration nicht unterschreiben. Als mehr oder weniger offizielle Einrichtungen der Kirche, mit begrenztem Einfluß, waren und sind sie Repressionen ausgesetzt, die dies verhinderten.

Die IKvu, ein Zusammenschluß von 46 kirchlichen Gruppen, nach dem letzten Katholikentag aus dem „Katholikentag von unten“ entstanden, beruft sich auf die Reformvorstellungen des 2. vatikanischen Konzils, auf die in dessen Folge in der BRD durchgeführte Synode der Bistümer der BRD und deren Beschluß „Unsere Hoffnung“ sowie auf die Erfahrungen der Kirche in Lateinamerika und auf einige Entwicklungen in der katholischen Kirche der USA, z.B. auf die Bischöfe Hunthausen und Matthiesen (von Amarillo/Texas), was sich auch in den Einladungen zur Schlußkundgebung der Demonstration ausdrückt (Matthiesen, Ernesto Cardenal, Philip Berrigan).

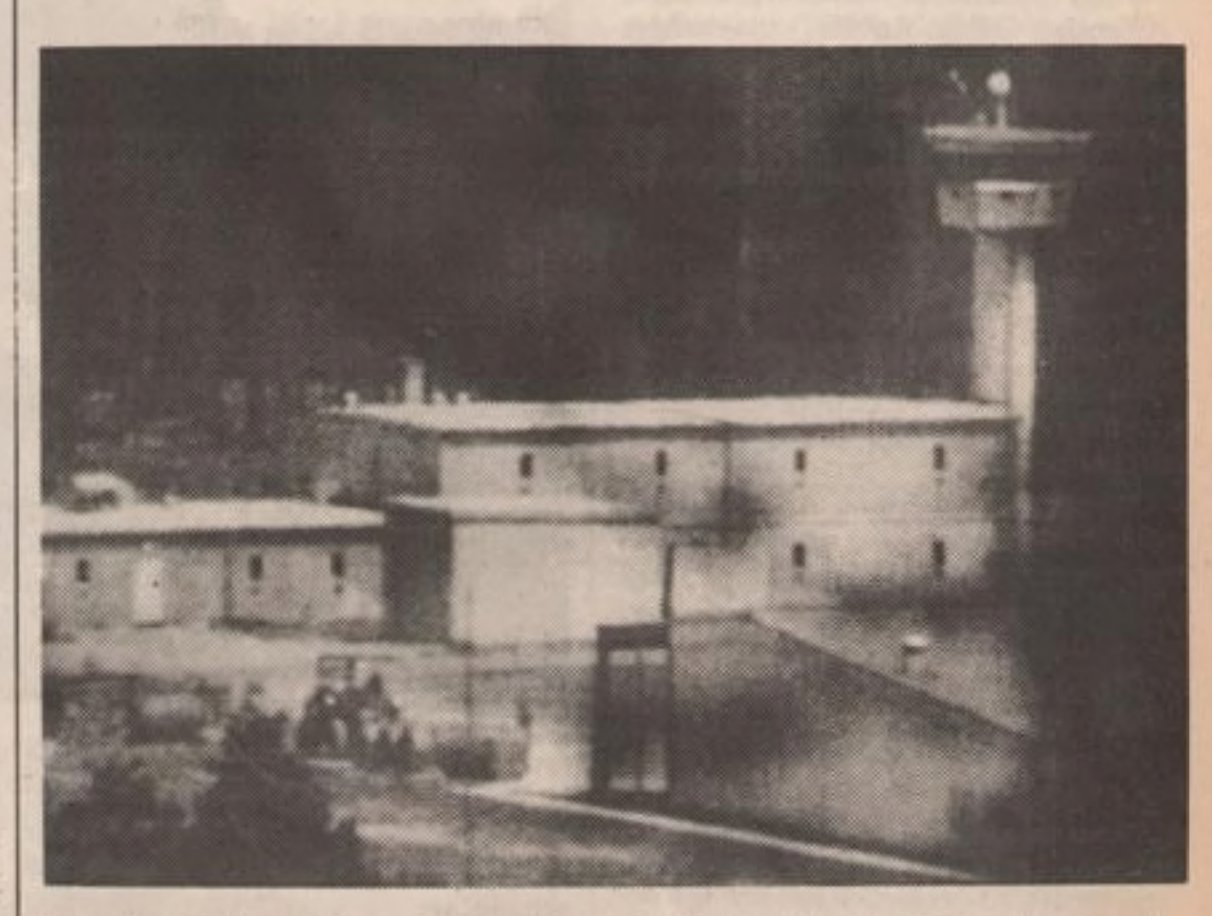
Ohne Zweifel haben christliche Kräfte innerhalb der Friedensbewegung in den vergangenen Jahren bei deren Herausbildung wesentlichen Anteil gehabt. Ohne den Kirchentag in Hamburg wäre die Demonstration am 10. Oktober in Bonn schwer verständlich. Organisationen wie Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste oder Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden waren wesentlich an der Organisierung der Demonstration in Bonn am 10.10. beteiligt. Pfarrer Heinrich Albertz oder die Theologin Dorothee Sölle oder Uta Ranke-Heinemann spielen eine nicht unwesentliche Rolle, die ESG ist bei der Organisierung der Demonstration am 10. Juni gegen den Reagan-Besuch an vorderster Front gestanden. Offensichtlich spielen sich innerhalb der Kirche eben ähnliche Prozesse wie in der gesamten Gesellschaft ab. Auch das ist wenig erstaunlich.

Dennoch oder gerade deswegen ist eine kritische Auseinandersetzung angebracht. „Wir Christen glauben an den Gott Jesu Christi, der auf der Seite der Armen, Unterdrückten und Machtlosen steht und uns zur Umkehr, d.h. zur Parteinahme für diese Menschen ruft. Diese Parteilichkeit des Evangeliums macht uns fähig, alle gesellschaftlichen Verhältnisse von ihren Opfern her zu betrachten und an deren Seite zu treten, auf Feindbilder zu verzichten und Sicherheitsängste abzubauen. Im Zusammenhang der Friedensbewegung heißt dies vor allem, Rüstung und Militarismus zu bekämpfen, weil sie die Vernichtung der gesamten Menschheit immer wahrscheinlicher machen; weil sie durch die hohen Kosten Millionen von Menschen verhungern lassen; weil sie die bestehenden Unrechtsstrukturen zementieren.“ So heißt es im Aufruf der IKvu zur Demonstration zum 4. September während des Katholikentages.

Wer aber sind diese Armen? Sind es Sozialhilfeempfänger, sind es Arbeiter, sind nicht diejenigen, die dies sagen, selber „Arme“? Oder sind damit die Länder der Dritten Welt gemeint, auf die ja wohl in erster Linie die Aussage mit dem Verhungern gemünzt ist? Man könnte dieselbe Frage in bezug auf die „Unterdrückten“ und die „Machtlosen“ stellen. Ja natürlich, sie sind es im jeweils konkreten Fall schon. Aber ihre Stärke macht doch nicht aus, daß sich die Christen, vielleicht gar als Außenstehende, an ihre Seite stellen. Ihre Stärke macht doch aus, daß die Arbeiter die produzierende Klasse sind, daß die Staaten der Dritten Welt die meisten Menschen dieser Erde und die meisten Rohstoffe in ihrem Territorium haben. Ihre Stärke liegt darin, dies jeweils zur Geltung zu bringen, ihre Einheit herzustellen. Haben nicht gerade die Länder der Dritten Welt durch die Befreiungskämpfe vom Imperialismus in den vergangenen 20, 30 Jahren viel mehr gegen einen drohenden Weltkrieg getan als die Menschen in den Metropolen, den USA, der SU, in Europa? Da ist es sicher nützlich, wenn Christen sie unterstützen, aber dadurch kann ihre Befreiung nicht erreicht werden. In vielen Ländern, z.B. in Polen, in Lateinamerika, mag die Kirche einen bedeutenden Rahmen abgeben, innerhalb dessen die Menschen gegenüber der herrschenden Obrigkeit gewisse Bewegungsfreiheit haben. Nur, sofern und was sie durchsetzen können, hängt von ihrer Einheit und damit jeweils auch Stärke ab. Hat die Solidarność nicht gerade als Kampfeinheit, als sie sich bewegen konnte und auch heute noch, immer wieder auf die Betriebe gesehen? Worauf es mir ankommt, ist, daß nicht die Parteilichkeit mit Opfern die Möglichkeit einer Änderung schafft, sondern die Erkenntnis der Klassenverhältnisse und damit auch der Stärke der Unterdrückten.

Nun denn, möchte man sagen, immerhin sind die Forderungen, auf die der Aufruf orientiert, doch richtig: „Wir fordern ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt, noch gelagert, noch verwendet werden. Wir treten ein für die Ächtung aller atomaren bakteriologischen und chemischen Waffen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn daneben ein Prozeß der politischen und militärischen Entflechtung der Blöcke in Europa stattfindet. Frieden in Europa drückt sich durch drei Fähigkeiten aus: niedriges Niveau der Bewaffnung; Verwirklichung der Menschenrechte; Selbstbestimmung der Völker.“ Man kann zustimmen. Nur: Über Gründe, warum sich die Militärblöcke so waffenstarrend gegenüberstehen, sagt der Aufruf nichts. Ist es ein Rüstungswettlauf? Aber über die Widersprüche zwischen USA und den europäischen Staaten, die z.B. Bewegung in die Nato bringen können, klärt dies nicht auf. Oder über die Interessen der Sowjetunion: Den Reaktionären auch in der Kirche wird es mit dem Argument „Afghanistan“ damit über Gebühr leicht gemacht.

Und nicht alle Kräfte, die für eine Veränderung mobilisiert werden können, werden erreicht. Nein, es geht dabei nicht darum, dies Engagement der „Initiative Kirche von unten“ oder anderer kirchlicher Kreise gering zu achten. Aber es steht die Frage, ob die moralischen Beweggründe für eine Lösung der zugrundeliegenden Konflikte ausreichen.



*kvz.* Vor wenigen Tagen erst wurden neue Beweise für das Vorhandensein des Giftgaslagers bei Fischbach in Rheinland-Pfalz vorgelegt, in Form von Fotografien. Nun liegt auch die Klageschrift für eine Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht vor. Sie soll demnächst, wenn einige betroffene Bürger – darunter die Oberbürgermeister von Pirmasens und Zweibrücken – unterschrieben haben, eingereicht werden. Die Betroffenen, vor allem auch der Vorsitzende des DGB von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, werfen der Bundesregierung Verstoß gegen Grundgesetz Artikel 2 Abs. 2 vor, der einem jeden das „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ garantiere. Die BRD habe auf Produktion, Lagerung und Einsatz von chemischen Waffen verzichtet, zudem seien C-Waffen zur Verteidigung nicht geeignet, aber ein solcher Krieg sei nach dem Grundgesetz nur erlaubt. Darüberhinaus seien noch nicht einmal die zum Schutz vor Katastrophen notwendigen Vorsichtsmaßnahmen eingeleitet worden. Das sind einige der erhobenen Vorwürfe. Mittlerweile sind auch in anderen Bundesländern chemische Kampfstoffe ausgemacht, so z.B. im Viernheimer Wald. Auch hier will die hessische Landesregierung nichts bestätigen.

Wald. Auch hier will die hessische Landesregierung nichts bestätigen.

# Widerstand gegen Panzertrasse in Garlstedt

## Stand der Auseinandersetzungen um die US-Militärbahn

*kvz.Bremen/OHZ.* Die bremische Anti-Kriegsbewegung hat einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf den Widerstand gegen den seit 4 Jahren geplanten Bau der US-Panzertrasse von der US-Kaserne in Garlstedt an das Schienennetz gelegt. Die Trasse soll 9 km Länge umfassen und durchschneidet auf einer Fläche von 5 km mal 20 m einen Naherholungswald. Die Zerschneidung landwirtschaftlicher Fläche und Nutzwege müßte ebenfalls in Kauf genommen werden. Die Empörung bei den Grünen und Naturschützern ist so groß, daß nahezu jede Woche Leserbriefe an die Lokalpresse geschrieben werden.

Zur Bedeutung der Trasse für die US-Streitkräfte wäre zu bemerken: Sie sind in Norddeutschland in Bremerhaven mit 4500 GI's stationiert, in Garlstedt (bei Bremen) seit 1978 mit 6500. In umliegenden Außenstellen sind 4000 US-Angehörige beschäftigt.

Das Planungsverfahren, das 1979 abgeschlossen zu sein schien, mußte mit Rücksicht auf jetzt breiter werdende Proteste wieder aufgerollt werden. Als einzige bedeutende, aber außenstehende Kraft hatte sich seinerzeit die bremische Landesregierung aus Gründen des Naturschutzes gegen den Trassenbau ausgesprochen. Alles schien in Ordnung zu sein, der sich bis dahin gebildete Widerstand konnte mit einer Handbewegung abgetan werden.

Anders wurde die Lage nach den niedersächsischen Kommunalwahlen. Die Stadtratswahlen in Osterholz brachten jetzt einen CDU-Bürgermeister, und Grüne, Alternative und Unabhängige wurden gewählt. Der Rat faßte jetzt ein Votum gegen den Trassenbau, und zwar als verantwortlicher Planungsbeteiligter.

Dies zwang die niedersächsische Landesregierung nunmehr, das Verfahren selber in die Hand zu nehmen. Sie hatte vor den Landtagswahlen im März d.J. noch verlauten lassen: Ist der Bau politisch nicht durchsetzbar, muß auch politisch analog zu Gorleben entschieden werden (CDU-Fraktionsvorsitzender Brandes). Nach den Wahlen beseitigte der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff alle formellen Schranken, die einem Baubeginn hätten entgegenstehen können. Als gescheitert mußte er allerdings seinen Versuch bewerten, den örtlichen Stadtrat (Osterholz) für seine Position zu gewinnen. Dieser hatte um eine Neuaufnahme des Verfahrens gebeten, was ihm ‚unter der Voraussetzung‘ versprochen wurde, daß „neue Tatsachen“ rechtspolitischer Art vorgetragen werden würden.

Eine dreistündige Erörterung in Hannover wurde angesetzt. Möcklinghoff, ergänzt durch „Experten“ verschiedener Ressorts, saß dem Osterholzer Stadtrat gegenüber. Von seiten der Stadt trug der Stadtdirektor die Argumente vor, ein Typ, der sich vor 4 Jahren verbissen für die US-Truppenansiedlung eingesetzt hatte. Seine Ratskollegen schwiegen. Sie waren um gar keinen Preis zu einer Änderung ihres Standpunktes zu bewegen. Hätten sie sich einmal von einem dürren „Ja“ zur Trasse 1979 zu einem schlichten „Nein“ durchgerungen, so wär keinesfalls ein zweites Mal mit einem Meinungswechsel zu rechnen.

Nachdem Möcklinghoff erkennen mußte, daß bei ihm nichts mehr zu holen war, warf er dem Stadtdirektor vor: „Wenn Sie so weitermachen, tragen Sie die Verantwortung dafür, wenn es am Ort nicht zur Befriedung kommt“.

Die bisherigen Geschehnisse des Widerstandes sprechen dafür, daß Innenminister Möcklinghoff zumindest in seinen prognostischen Analysen Recht hatte. Eine „deutsch-amerikanische“ Schützenparade zur Feier der Waffenbruderschaft wurde abgehalten. Dabei ging eine Hundertschaft Polizei mit äußerster Brutalität gegen Demonstranten vor. Bei dieser Gelegenheit nahm die Polizei ein Stadtratsmitglied der Alternativen Liste fest.

Als Bundespräsident Carstens vor einigen Wochen mit dem NATO-Oberbefehlshaber Kroesen die abgeriegelte US-Kaserne in Garlstedt besuchte, hatten einige Tage zuvor 100 Polizisten (!) 9 Camper in einem nahegelegenen Wald unter Begleitung von Hubschraubereinsatz festgehalten und die Identität festgestellt. Die Hysterie stieg um ein weiteres, als knapp eine Woche *nach* dem Carstens-Besuch ein Brandanschlag auf einen Militärhubschrauber auf dem schwerbewachten Kasernengelände nicht verhindert werden konnte. Menschenleben wurden außer dem des Täters dabei nicht gefährdet.

Von der Breite her fand der politische Widerstand am Ostermontag seinen größten Ausdruck in einer Demonstration vor dem Kasernengelände mit 7000 – 10000 Teilnehmern. Die Behörden formulierten ihre politische Sprachlosigkeit mit „türkischen“ Sanktionsmethoden. Ein Organisator der Demonstration wurde zu einem halben Jahr Freiheitsstrafe verurteilt, da 100 Ordner nicht gestellt worden sein sollen.

## Veranstaltungen

*Arbeitsgruppen:*

**Fragen der Friedensbewegung**
*Beginn: Samstag, 4.9.1982, 14.00 Uhr*
*Ende: Sonntag, 5.9.1982, gegen 16.00 Uhr*

**Bildungswesen**
*Beginn: Samstag, 4.9.1982, 14.00 Uhr*
*Ende: Sonntag, 5.9.1982, gegen 16.00 Uhr*

**Anmeldung bis spätestens 14 Tage vorher!**

**Wohnungspolitik**
Wegen verschiedener Terminschwierigkeiten wurde der für das letzte Wochenende vorgesehene Termin neu festgesetzt; bitte die Anmeldung nicht vergessen.
*Beginn: Samstag, 25. September, 14 Uhr*
*Ende: Sonntag, 26.9., nachmittags*

Die Arbeitsgruppen und Seminare finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231.
Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

**Kommunistische Volkszeitung**

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

**Redaktion.** Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)



# Der „Palme-Bericht“

Sensationell an diesem „Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit“ (ICDSI – Independent Commission on Disarmament and Security Issues)* sind weniger Bestandsaufnahme und Analyse, die etwa die Hälfte des Berichts ausmachen – davon ist das meiste schon bekannt aus einschlägigen Diskussionen in der Friedensbewegung, Forschungsergebnissen der Friedensforschung (beispielsweise den Rüstungsjahrbüchern des SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute) oder Einzelveröffentlichungen (wie z.B. dem jüngsten Buch von Jonathan Schell „Das Schicksal der Erde“ über die Folgen eines Atomkrieges, das in der BRD eine extrem hohe Startauflage erzielte). Sensationell ist allenfalls die Zusammensetzung der Kommission aus Politikern unterschiedlichster Herkunft (Georgij Arbatov, ZK-Mitglied der KPdSU; Egon Bahr, ehemaliger Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit; Jozef Cyrankiewicz, ehemaliger polnischer Ministerpräsident; Alfonso Garcia-Robles, ehemaliger mexikanischer Außenminister; General Olusegun Obasanjo, ehemaliger nigerianischer Staatschef; Salim Salim, Außenminister Tansanias; Joop den Uyl, ehemaliger niederländischer Ministerpräsident; Cyrus Vance, ehemaliger US-Außenminister, um nur einige zu nennen) und daß sie sich auf gemeinsame Ergebnisse verständigen konnten.

Beachtenswert sind vor allem Ausgangspunkt und Vorschläge dieser Kommission, die ihre Arbeiten zwischen September 1980 und April 1982 durchführte. Ausgangspunkt ist, daß kein Land als einzelnes Sicherheit im Atomzeitalter je wird erringen können:

„Nationale Grenzen sind keine undurchdringlichen Schutzschilde mehr – falls sie es jemals waren – deren Durchbrechung sich mit Hilfe der Streitkräfte verhindern ließe. Eine Bevölkerung kann sich nicht mehr hinter nationalen Grenzen verschanzen, Streitkräfte aufstellen und sich von der übrigen Welt abkapseln, um in Sicherheit zu leben. Dies ist zum Teil dadurch bedingt, daß die große wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der internationalen Völkergemeinschaft und die modernen Kommunikations- und Transportmittel uns sozusagen als global Beteiligte mit allen Ereignissen verbinden. Zugespitzt formuliert, spiegelt unsere gegenseitige Abhängigkeit die entscheidende technologische Wahrheit der heutigen Zeit: Gegen Flugkörper, die mit nuklearen Gefechtsköpfen bestückt sind, gibt es keine wirksamen Abwehrmaßnahmen; es existieren heute keine, und es dürften auch in absehbarer Zeit keine entwickelt werden.“ (S. 21)

„Einen Krieg zu vermeiden, besonders einen Atomkrieg, gründet sich folglich auf gemeinsame Verantwortung. Die Völker der Welt sind in ihrer Sicherheit, ja sogar in ihrer bloßen Existenz von einander abhängig. Gleichermaßen für den Osten wie für den Westen hängt die Vermeidung einer nuklearen Katastrophe von der gegenseitigen Anerkennung des Bedürfnisses nach friedlichen Beziehungen, nationaler Zurückhaltung und einem Abbau des Wettrüstens ab. Doch wenn die Ost-West-Beziehungen stabilisiert und dauerhaft gemacht werden sollen, müssen auch regionale Konflikte in der Dritten Welt gelöst und zumindest ihre Ausweitung zu offenen Kampfhandlungen vermieden und die Gefahr eines konkurrierenden Eingreifens der Großmächte entsprechend verringert werden. In tieferem Sinne hängt die internationale Sicherheit auch vom Ausgleich der bestehenden scharfen Gegensätze in den grundlegenden Lebensbedingungen in verschiedenen Teilen der Welt ab.“ (S.23)

„Der dringende Wunsch der Völker, sich Vorteile gegenüber anderen zu verschaffen und Sicherheit auf Kosten anderer zu erlangen, ist der Motor, der den konkurrierenden Erwerb von Rüstungsgütern vorantreibt und die Welt auf einen Atomkrieg zusteuern läßt. Auf eine Politik, die sich einen Vorteil zu verschaffen versucht – sei es durch die Anhäufung von Rüstungsgütern oder durch Aushandeln einseitiger Überlegenheit, sei es, was am gefährlichsten ist, durch Ausübung militärischer Gewalt – sollte ein für allemal verzichtet werden. Zurückhaltung muß zur Losung aller Staaten werden: Zurückhaltung aus Achtung vor dem Recht anderer auf Sicherheit, aber auch in der eigennützigen Erkenntnis, daß Sicherheit nur durch gemeinsames Handeln erreicht werden kann.“ (S. 25)

„Das Opfer, das die Militarisierung der Dritten Welt auferlegt, unterscheidet sich qualitativ von dem der reicheren Länder. In einem Entwicklungsland stellt die Entscheidung, ein weiteres Bataillon aufzustellen oder ein Kriegsschiff anzuschaffen, mehr als nur eine Budgetfrage dar; sie führt zu oft zu erheblichen Entbehrungen für die ärmeren Mitglieder der betreffenden Gesellschaft. In dieser Situation zielt das Problem der meisten Entwicklungsländer nicht so sehr auf eine Abrüstung als vielmehr darauf, die totale Vereinnahmung durch die herrschende Militärstruktur zu vermeiden und Sicherheit auf anderem Wege zu suchen, insbesondere durch Mitwirkung an einem effektiven internationalen Sicherheitssystem, bei dem die Belastung, die Welt für alle sicher zu machen, auch von allen getragen wird. Für diese Nationen wie auch für den Rest der internationalen Völkergemeinschaft verkörpert die Rückkehr zur UN-Charta keinen weit zurückliegenden Idealismus, sondern eine zwingende praktische Notwendigkeit.“ (S. 19)

Dies ist bewußt lange aus dem einleitenden Kapitel zitiert, weil sich in diesen Sätzen das Ergebnis der gesamten Analyse komprimiert wiederfindet. Der (in manchem Ohr vielleicht etwas formelhaft nachklingende) melodramatische Unterton ist durchaus gerechtfertigt, selbst der im letzten Zitat befindliche Verweis auf die lahmend erscheinende UN-Organisation. Aber ausgehend von dieser Vorstellung nur gemeinsam zu schaffender Sicherheit wurden die Vorschläge entwickelt. Dabei wurde von dem Prinzip ausgegangen, daß unterschiedliche Probleme unterschiedlicher Lösungen bedürfen: „Nur wenige Mittel zur Rüstungsbegrenzung und Annäherung an die Abrüstung sind von allgemeiner Relevanz; noch weniger Mittel lassen sich zu einem gegebenen Zeitpunkt in allen Teilen der Welt anwenden. Es empfiehlt sich daher, einen aus verschiedenen Bausteinen bestehenden Ansatz zur Rüstungsbegrenzung und zur Verwirklichung echter Sicherheit zu verfolgen.“ (S. 117)

Solche Bausteine kurz- und mittelfristiger Maßnahmen für verschiedene Baugruppen wurden in einem Aktionsprogramm zusammengefaßt und in einem Kapitel „Vorschläge und Empfehlungen“ erläutert. Bei den Baugruppen, die sich im einzelnen natürlich überschneiden, handelt es sich um folgende: A) Strategische Nuklearwaffen, vor allem der USA und der Sowjetunion, dabei vor allem die qualitativen Aspekte, B) Gefechtsfeld Europa, vor allem konventionelle und nukleare Bewaffnung, C) Vertrauensbildende Maßnahmen allgemein, D) Stärkung der Rolle der UN, Schaffung eines geeigneten Instrumentariums, E) Regionale Bestrebungen (Konferenzen, Friedenszonen usw.), F) Abrüstung und Entwicklung – wirtschaftliche Sicherheit. Verschiedene äußerst labile Gleichgewichte zur Kenntnis nehmend ist der Bericht mit Patentrezepten (einzelnen Maßnahmen, die die ganze Lösung beinhalten) sehr vorsichtig, ja sparsam. Dies betrifft auch einen Aspekt, der von ihr explizit gar nicht diskutiert wird, von dem aber zum Schluß noch mal die Rede sein muß.

Hier aber jetzt die Vorschläge im Einzelnen, wobei der Gesamteindruck eines „Wunschzettels“ nicht darüber hinwegtäuschen sollte, daß die Vorschläge verschiedene Regionen und auch verschiedene Ebenen betreffen, sowie auch im Einzelnen machbar erscheinen, da sie an keiner Stelle zum „großen Schlag gegen die Rüstung allgemein“ ausholen, beispielsweise durch extrem einseitige Maßnahmen, obwohl ein solcher „großer Schlag“ natürlich letztlich intendiert ist.

A *Sofort:* Abkommen über alle Probleme des SALT II-Vertrages von 1979, die noch der Klärung oder Korrektur bedürfen. – Aufrechterhaltung des Vertrages über die Begrenzung von Raketensystemen gegen ballistische Flugkörper (ABM-Anti-Ballistic-Missiles-Vertrag) von 1972. – Abkommen über ein umfassendes Atomtestverbot (Comprehensive Test Ban Treaty). – Abkommen über ein Verbot von Anti-Satelliten-Waffentests (anti-satellite-activities – ASAT) und die Demontage bereits existierender Systeme. – Eröffnung von Verhandlungen über ein Verbot der Stationierung von Anti-Satellitenwaffen. – Wiederaufnahme sowjetisch-amerikanischer Gespräche über einen Abrüstungsvertrag für chemische Waffen. – Abkommen über konsultative Verfahren zur Lösung von Problemen im Zusammenhang mit dem Genfer Protokoll von 1925, das den Einsatz chemischer Waffen verbietet, sowie der Konvention über biologische Kriegsführung von 1975. – Breitere Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages (Non-Proliferation Treaty – NPT, „Atomsperrvertrag“). – Eröffnung von Gesprächen zwischen waffenexportierenden und waffenimportierenden Staaten über Richtlinien, die den Transfer konventioneller Waffen regeln;

*Später:* Sowjetisch-amerikanisches Abkommen über grundlegende zusätzliche Reduzierungen strategischer Offensivkräfte und über ihre qualitative Begrenzung. – Abkommen über ein Totalverbot der Stationierung von Anti-Satelliten-Waffen (ASAT). – Abschluß eines umfassenden Abrüstungsvertrages für chemische Waffen, der ein Verbot der Produktion und Lagerung all dieser Waffen sowie die Vernichtung vorhandener Lager und Produktionseinrichtungen umfaßt. – Internationale Konvention über das Verbot jeglicher geheimer Entwicklung und Erprobung der Molekularbiologie und verwandter Fachgebiete für militärische Anwendung. – Weltweite Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages (NPT). – Abkommen über die Internationalisierung besonders heikler Teile des Kernbrennstoffkreislaufs. – Abkommen über die Richtlinien für Liefer- und Empfängerstaaten im Handel mit konventionellen Waffen.

B *Sofort:* Abschluß eines ersten Vertrages zur Regelung beidseitiger Truppenreduzierungen in Mitteleuropa durch eine Außenministerkonferenz. – Eröffnung von Gesprächen über die Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Mitteleuropa. – Keine Stationierung von miniaturisierten Atomwaffen (mini-nukes) und Waffen mit erhöhter Strahlenwirkung (Neutronenbomben) in Europa. – Sowjetisch-amerikanisches Abkommen über ein ungefähres Gleichgewicht atomarer Mittelstreckenwaffen auf einem Niveau, daß die NATO auf die Einleitung einer neuen Ära atomarer Mittelstreckenraketen in Europa verzichtet. – Sowjetisch-amerikanisches Abkommen über ein Verbot der vorgeschobenen Stationierung neuer atomarer Kurzstrecken-Waffensysteme, die in Europa dieselben Ziele bedrohen könnten wie atomare weitreichende Mittelstreckensysteme. – Abkommen über die Errichtung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa;

*Später:* Abkommen über gleiche Höchststärken für NATO und Warschauer Pakt in bezug auf bereits reduzierte konventionelle Streitkräfte in Mitteleuropa. – Im Zusammenhang mit dem Gleichgewicht konventioneller Truppen die Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Europa, die zunächst in Mitteleuropa beginnt und sich schließlich von der Nord- bis zur Südflanke der beiden Bündnisse erstreckt. – Abkommen über grundlegende Reduzierungen atomarer Gefechtsfeldwaffen in Europa. – Aufnahme von Verhandlungen über die Reduzierung der noch verbleibenden Atomwaffen in Europa einschließlich der mehrfach – konventionell und nuklear – einsetzbaren Flugzeuge;

C *Sofort:* Breite Befürwortung der Resolution der UN-Vollversammlung, die die Berichterstattung über Militärausgaben an die Vereinten Nationen nach festgelegten Richtlinien vorsieht;

*Später:* Weltweite Unterzeichnung der von der UN-Vollversammlung verabschiedeten Resolution, die die Berichterstattung über Militärausgaben an die Vereinten Nationen nach festgelegten Richtlinien vorsieht;

D Um die Fähigkeit des Sicherheitsrates zur Vorbeugung von Konflikten zu stärken, wird folgendes vorgeschlagen: Der Generalsekretär sollte dem Sicherheitsrat in regelmäßigen Abständen über das Jahr verteilt Bericht erstatten. Zusätzlich sollte er auf Außenministerebene dem Sicherheitsrat einen jährlichen Bericht über die „Lage der internationalen Gemeinschaft“ geben. – Der Sicherheitsrat sollte von Zeit zu Zeit außerhalb des UN-Hauptquartiers zusammentreten. – Ein erster Schritt zur Herstellung kollektiver Sicherheit sollte bei Grenzkonflikten innerhalb der Dritten Welt unternommen werden. Dabei sind Verfahren zur Tatsachenermittlung, zur militärischen Beobachtung sowie zur Entsendung von UN-Truppen miteinzubeziehen. Das Vorgehen sollte basieren auf der Hilfe für die Dritte Welt, einer politischen Übereinkunft (Konkordat) zwischen den Veto-Mächten und auf der Verfügbarkeit von Bereitschaftstruppen. – Verbesserung der Möglichkeiten der UN zur Friedenserhaltung durch die Annahme einheitlicher Ausbildungsvorschriften; Unterstützung der Länder der Dritten Welt bei der Ausbildung und materiellen Ausrüstung; regionale Abmachungen über Sicherheitstruppen; Lagerung von Ausrüstung und Bestimmung von Spezialverbänden. – Abkommen über angemessene Konsolidierungsverfahren zur Friedenssicherung und kollektive Sicherheitsmaßnahmen mit einbezogener Selbstregulierung;

E *Sofort:* Vereinbarung der Einberufung einer Konferenz über Vertrauen und Sicherheit schaffende Maßnahmen und über die Abrüstung in Europa – Regionale Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit, die die ökonomische Sicherheit und die Verringerung regionaler Kosten von Militärausgaben erörtern;

*Später:* Abkommen über eine „zweite Generation“ Vertrauen und Sicherheit schaffender Maßnahmen in Europa. – Einberufung regionaler Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit: – Schaffung von Friedenszonen. – Schaffung atomwaffenfreier Zonen;

F *Sofort:* Initiierung einer größeren Kampagne zur Erweiterung des öffentlichen Bewußtseins über die Gefahren des militärischen Wettlaufs einschließlich der Gefahren für die ökonomische Sicherheit. – Ausarbeitung spezieller nationaler Pläne zur Freigabe von Ressourcen aus dem Verteidigungsetat für die Entwicklungshilfe;

*Später:* Grundlegende Reduzierung der Rüstungsausgaben in entwickelten und unterentwickelten Ländern, Freigabe von Ressourcen für nationale Bedürfnisse und Entwicklungshilfe. – Umstellung eines großen Anteils wissenschaftlicher und technologischer Forschungen und Bemühungen von militärischen auf zivile Zwecke.

Dazu noch einige Bemerkungen:

1. Die Maßnahmen zur Stärkung der UN wie auch die „regionalen“ Vorschläge zielen – sofern sie sich nicht explizit auf Europa beziehen – auf die Sicherheit der Region der Dritten Welt, wo regionale Zusammenarbeit, die Schaffung von Friedenszonen oder auch von atomwaffenfreien Zonen andere und z.T. bessere Ansatzpunkte finden. Dies ist einleuchtend insbesondere für den Vorschlag der atomwaffenfreien Zone, insofern dort eben noch keine Kernwaffen sind. Entsprechend ist dort die Praxis in diesen Dingen auch zumindest ansatzweise entwickelt (vgl. etwa den Vertrag von Tlatelolco über die atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika oder die Zusammenarbeit innerhalb der OAU). Für ein Gebilde wie Europa, wo sich zwei Militärblöcke gegenüberstehen, der Ost-West-Gegensatz schon im Vorhandensein aller Sorten Waffen und Truppen seinen sichtbarsten Ausdruck findet, scheint der Kommission schrittweises – en detail ausgeführtes – Vorgehen angebracht. Andererseits könnte man fragen, wieso die Maßnahmen zur Stärkung der UN nur auf die Dritte Welt zielen. Hierzu wird folgendes ausgeführt: „Theoretisch kann es keinen Einwand gegen einen globalen Ansatz geben. Die Praktizierbarkeit indessen stellt andere Anforderungen. Streitigkeiten außerhalb der Dritten Welt involvieren ausnahmslos Länder der NATO oder des Warschauer Pakts. Der Ost-West-Konflikt hat in der Vergangenheit die Entwicklung internationaler kollektiver Sicherheit verhindert. Er gefährdet diese auch weiterhin ... Das als wichtigstes Element zur Erleichterung einer internationalen Regelung kollektiver Sicherheit vorgeschlagene Konkordat würde vermutlich nicht zustandekommen, wenn die Vorschläge anfangs globale Reichweite hätten. Es handelt sich hier um einen jener Fälle, wo manches Vorteilhafte ungetan bleiben könnte, ließe man zu, daß das Beste zum Feind des Guten wird.“ (S. 150)

2. Mit ähnlicher Methode wird auch den anderen Problemen zuleibe gerückt: das machen, was unmittelbar machbar scheint, den Brunnen abdecken, bevor das Kind reingefallen ist. Dies trifft hauptsächlich bei allen Fragen der vertikalen Verbreitung, also der qualitativen Verbesserung und Einführung neuer Systeme, zu; nach dem einigermaßen erfolgreichen Ansatz des ABM-Vertrages sollte z.B. auch die Stationierung von Anti-Satelliten-Systemen untersagt werden. Die Kommission hält bereits solche, wenn auch – am Gesamtumfang der Rüstung gemessen – kleinen Erfolge für vertrauensbildend.

3. Auch für Europa werden ähnliche – kleine – Schritte vorgeschlagen. Die vielfach geforderte atomwaffenfreie Zone rangiert hier unter der Rubrik mittel- bis langfristig. Zuvörderst wird ein konventionelles Gleichgewicht (natürlich nicht bis auf Panzer und Mann, sondern annähernd) gefordert. Begleitend aber Maßnahmen, die neuen Gefahren vorbeugen sollen: z.B. soll man sich darauf einigen, Waffen, die noch nicht stationiert sind, die aber im Falle der Stationierung die atomare Schwelle deutlich herabsetzen würden wie Mini-Nukes und Neutronenbomben, nie zu stationieren, gegebenenfalls auch klein anfangend eine von atomaren Gefechtsfeldwaffen freie Zone zu schaffen. Solches wird dann als Beginn und Möglichkeit für weitere Schritte gesehen.
gesehen.

4. Zum Schluß noch zu einem Thema, das nur beiläufig in einer Anmerkung von Egon Bahr erwähnt wird: die Bündnisverpflichtungen in Europa. Er schreibt: „Im Interesse der Stabilität und Sicherheit bleiben die Bündnisse unentbehrlich. Ihr Prinzip, die Verletzung der Grenzen eines Partners als eine Verletzung der Sicherheit aller zu betrachten, entspricht auch der Idee der gemeinsamen Sicherheit. Gemeinsame Sicherheit ist nur mit den Bündnissen und mit ihren Führungsmächten und nicht gegen oder ohne sie zu erreichen.“ (S. 199) Es entspricht der Konzeption der Kommission, überschaubare, stabile Verhältnisse zu fördern, da Gefahren aus unstabilen Verhältnissen, Grenzstreitigkeiten, Vorherrschaftsstreben und aus ökonomischen Unsicherheiten kommt. In erster Linie wirkt das Gegenüberstehen von NATO und Warschauer Pakt durch die atomare Bewaffnung ihrer Führungsmächte auf den Fortbestand der Menschheit bedrohlich. In zweiter Linie aber (und dies möglicherweise als Ursache, als Auslöser) dadurch, daß sie sich zu gern weltweit in allerhand Konflikte verwickeln lassen. Wie schreibt die Kommission: „Es ist die Aufgabe der Außenpolitik, Konflikte zu isolieren, sie aufzuteilen, einzugrenzen und zu minimalisieren – nicht aber, sie auszuweiten und zu verstärken.“ (S. 157) Geschrieben wurde dies vermutlich mit deutlichem Seitenhieb auf die Koppelung von SALT II mit Afghanistan durch die Reagan-Administration. Mir scheint es zur Kritik der gegenwärtigen Ost- und West-Block-Organisationen insgesamt passend. Daraus könnte ein weiterer Vorschlag entwickelt werden.

*H.S., Frankfurt*

* Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit. Berlin 1982, 222 Seiten, 16,80 DM. Die Seitenangaben beziehen sich auf diese Ausgabe.

# Aufruf zur Türkei-Demonstration

Arbeiter, Werktätige,

Die faschistische Militärdiktatur ist jetzt 2 Jahre an der Macht. Diese waren die dunkelsten Jahre in der Geschichte unserer Arbeiterklasse und Völker.
Das sind die blutigen 2 Jahre der faschistischen Junta:

- über 170000 Verhaftete und Inhaftierte
- mehr als 100 Revolutionäre und Demokraten wurden durch Folter ermordet
- über 700 Menschen wurden bei Operationen ermordet
- insgesamt 16 Menschen wurden hingerichtet
- gegen 4600 Angeklagte wird die Todesstrafe beantragt
- mehr als 100 Personen sind zum Tode verurteilt worden
- die Massaker gegen die kurdische Nation haben ihren Höhepunkt erreicht
- alle fortschrittlichen, revolutionären Gewerkschaften und Massenorganiationen wurden verboten
- das Streik- und Tarifrecht der Arbeiterklasse wurde aufgehoben
- Verteuerung, Arbeitslosigkeit und Inflation haben ihren Höhepunkt erreicht

## Beteiligen wir uns an der Demonstration und Kundgebung am 11. September in Frankfurt

- um die unterschiedliche Art des revolutionäre-demokratischen Kampfes unserer Arbeiterklasse und Völker in der Türkei und Türkei-Kurdistan zum Sturz des faschistischen Militär-Diktatur und zur Errichtung einer eigenen demokratischen Macht des Volkes zu unterstützen
- um gegen die von der volksfeindlichen und reaktionären Militärjunta aufgezwungenen Betrügereien wie „Verfassung", „Parlament" und „Demokratie" zu protestieren
- um gegen die kriegstreiberische Politik der faschistischen Generalsbande im Nahen Osten als Teil der Kriegstreiberei des Imperialismus im internationalen Maßstab, als Handlanger der USA bei der Bedrohung, Erpressung und Expansion zur Verstärkung ihrer Positionen in der Region zu protestieren
- um die Einheit und den gemeinsamen Kampf der in- und ausländischen Arbeiter in der BRD gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit, den Abbau der sozialen und demokratischen Rechte, die gefährlich anwachsende Ausländerfeindlichkeit, die Beschränkung des Asylrechts, die Angriffe seitens der neo-nazistischen und reaktionären Kräfte und gegen die massive Kriegsvorbereitung zu verteidigen

- Nieder mit der faschistischen Militärdiktatur!
- Es wird Rechenschaft gefordert werden für die Hinrichtungen, Folter und Massaker!
- Schluß mit der Unterdrückung und den Massakern gegen die kurdische Nation!
- Freiheit für alle antifaschistischen Inhaftierten und Generalamnestie!
- Nein zu den Schnellen Eingreiftruppen der NATO und USA!
- Nein zur aufgezwungenen Verfassung der Junta!
- Nieder mit der Ausländerfeindlichkeit!
- Es lebe der Widerstand des palästinensischen und libanesischen Volkes und die internationale Solidarität der türkischen, kurdischen und anderer Revolutionäre, die diese unterstützen!

## Demonstration: 11. September, Samstag, 10.30 Uhr, Frankfurt – Paulsplatz

Ala Rizgari, ATIF, BIRKOM (Birlik, Yolu, Cephe, Devrimci Isci, Devrimci Savas, Emekci, Iscinin Sesi, Kivilcim, Serxwebun), DIB-FAK, FIDEF, Isci Gercegi, KAWA, KOCKAK, KOMKAR, Kürt Halk Evleri, Proleter Dayanisma, Tekosin Sempatizanlari, Türkei-Komitees, BWK, Arbeiterbund, Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei, KPD, Volksfront, KB. Alternative Türkeihilfe

Die Unterstützer DIDF, Gereek

Demonstration: 11. September, Samstag, 10.30 Uhr, Frankfurt – Paulsplatz

Ala Rizgari, ATIF, BIRKOM (Birlik, Yolu, Cephe, Devrimci Isci, Devrimci Savas, Emekci, Iscinin Sesi, Kivilcim, Serxwebun), DIB-FAK, FIDEF, Isci Gercegi, KAWA, KOCKAK, KOMKAR, Kürt Halk Evleri, Proleter Dayanisma, Tekosin Sempatizanlari, Türkei-Komitees, BWK, Arbeiterbund, Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei, KPD, Volksfront, KB. Alternative Türkeihilfe

Die Unterstützer DIDF, Gereek

# Verhindert ein Militärputsch die Demokratisierung in Argentinien?

*cof.* Bis spätestens März 1984 soll Argentinien zur verfassungsmäßigen „Normalität" zurückgeführt werden, bekräftigte Staatspräsident General Bignone am Sonntag als „feste und unverrückbare Entscheidung" der Streitkräfte. Ein Termin für allgemeine Wahlen wurde noch nicht genannt. Tags zuvor aber war das Parteienstatut verkündet worden, das die Voraussetzung einer Kandidatur festlegt. Danach wird zwar keine Partei direkt ausgeschlossen, die Zulassungsbedingungen sind jedoch maßgeschneidert auf die größten Gruppierungen, die peronistische Gerechtigkeitspartei und die bürgerlichen „Radikalen" (UCR), denn anerkannt werden nur Parteien, die im Distrikt 4 Promille der Wähler als Mitglieder aufweisen; und die Kandidatur auf nationaler Ebene erfordert die Zulassung in 5 Distrikten und eine Mitgliedschaft von 2 Promille aller Wahlberechtigten. Die Parteien, nach dem Militärputsch 1976 suspendiert und seit der Amtsübernahme Bignones am 1. Juli dieses Jahres erst wieder zur politischen Betätigung berechtigt, müssen sich innerhalb von 30 Tagen konstituieren.

Ob damit die Rückkehr der Militärs in die Kasernen gesichert ist, scheint allerdings nicht gewiß, auch wenn Putschgerüchte in den letzten Tagen etwas verstummt sind. Es sind ganz unterschiedliche Entwicklungen, die zumindest im Moment eine noch reaktionärere Juntaregierung von der Tagesordnung verdrängen. Zwar regt sich unter den höheren Offiziersrängen erheblicher Widerstand gegen jeden Demokratisierungsprozeß, der als „Kapitulation nach innen" – nach verlorener Falklandschlacht – angesehen wird, und wird hier die „Bekräftigung und Durchsetzung, nötigenfalls auch mit harter Hand, der 1976 proklamierten Ziele der nationalen Reorganisation" gefordert, doch stehen einer solchen Front die Differenzen in den Streitkräften selbst entgegen. So scheiterten die Ambitionen des inzwischen abgesägten Luftwaffenchefs Lami Dozo, der – anknüpfend an einen schon älteren Gedanken Galtieris, eine Regierung der „nationalen Einheit" zu bil-

mit harter Hand, der 1976 proklamierten Ziele der nationalen Reorganisation" gefordert, doch stehen einer solchen Front die Differenzen in den Streitkräften selbst entgegen. So scheiterten die Ambitionen des inzwischen abgesägten Luftwaffenchefs Lami Dozo, der – anknüpfend an einen schon älteren Gedanken Galtieris, eine Regierung der „nationalen Einheit" zu bil-den – die 1976 verkündete Reorganisation mittels einer offiziellen Bewegung oder Partei über die angekündigten Wahlen hinaus retten wollte.

Und nach dem Malwinenkrieg und den nachfolgenden Degradierungen, Versetzungen und Beurlaubungen verschärften sich nicht nur die Ränke innerhalb der Hierarchie, zwischen Jüngeren und Älteren, sondern polarisierte sich die Armee auch politisch in Dutzende von Gruppen. Populistische und nationalistische Tendenzen, die einer Entwickung der einheimischen Industrie das Wort reden, stehen den höheren Chargen gegenüber, die, gestützt auf die alte Agraroligarchie und im Bündnis mit den Großbanken, am liberalen Konzept freier Marktwirtschaft der alten Junta festhalten wollen. Die letztgenannten Kräfte wiederum sind sich der Unterstützung des neuen Heereschefs und Promotors von Bignone, Nicolaides, bewußt, der durch die Absetzung der Kommandanten auf den Malwinen, die heute gegen die „Schreibtischgeneräle" wettern, den Populisten einen Schlag versetzte.

Einigendes Band unter den Offizieren jeder Couleur scheint allein die Ablehnung jeglicher Rechenschaft über die Menschenrechtsverletzungen, über Folter, Mord und das Schicksal der seit dem Coup vor 6 Jahren „Verschwundenen" zu sein. Doch selbst hier ist die gegenwärtige Regierung angeknackst, versprach doch der Innenminister immerhin die Freilassung der politischen Häftlinge und kündigte er die Untersuchung von 470 Fällen von Personen an, die ohne Gerichtsverfahren seit Jahren festgehalten werden. Erst 14 sollen jetzt freigelassen werden.

Haupthindernis für eine entschiedene Rechtswendung ist allerdings die katastrophale Wirtschaftslage. Neben dem Verfall der Rohstoffpreise und dem Druck wachsender Importe führte natürlich gerade der Krieg die Austeritätspolitik des gegangenen Wirtschafts- und Finanzministers Alemann zum Mißerfolg, wie andererseits der von der Junta verfolgte Weg der wirtschaftlichen „Gesundung" die Gewerkschaftsbewegung enorm anstachelte und auch den Mittelstand und die international nicht konkurrenzfähigen Unternehmen zu Gegnern machte.

An dem Versuch der Versöhnung der Interessen ist nun auch der nächste Wirtschaftminister gescheitert. Sein Programm: Zinssenkung zur Steigerung von Investition und Profit, Steuererhöhung zur Sanierung des Haushalts, „Preisabstimmung" und gemäßigte Lohnerhöhungen, Sicherung der Kreditwürdigkeit durch Geplänkel mit dem IWF, ist sowohl auf den Widerstand der Großindustrie gestoßen, die das Preiseinfrierungsprogramm aufkündigte, wie auch auf die harsche Kritik der Gewerkschaften. Infolge der Streiks im Transportgewerbe und in der Metallindustrie und der Drohung mit einem – dieser Tage großer Unterstützung sicheren – Generalstreik hat die Regierung inzwischen eine Verdoppelung des Mindestlohns von umgerechnet 62,50 auf 125 Mark in zwei Stufen beschlossen.

Mag damit der Protest etwas gemildert und die Nachfrage auf dem inneren Markt ein wenig stabilisiert sein, so sind doch die Probleme der Auslandsverschuldung, der Inflation, der Devisenknappheit und der nur zu 54% ausgelasteten industriellen Kapazitäten und damit vor allem der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung von geschätzten 11 bis 15% keineswegs gelöst.

Eine – die günstigsten Umstände vorausgesetzt – demokratische Alternative aber erforderte einen enormen Entwicklungsprozeß der linken wie der national-bürgerlichen und peronistischen Gruppierungen. Spaltungen, wie sie momentan bei Peronisten, Radikalen und auch bei der peronistischen Gewerkschaft CGT stattfinden, sind dabei sicher unvermeidlich und zur politischen Klärung vielleicht gar begrüßenswert. Aber die Zukunft des Landes hängt möglicherweise davon ab, was bei diesem Klärungsprozeß herauskommt, und da besteht nicht arg viel Hoffnung auf eine Einheitsfront, die den Spielraum für eine revolutionäre Umwälzung vergrößern würde.





Am 27. März, wenige Tage vor der Besetzung der Malwinen, fand die bis dahin größte Demonstration in Argentinien seit dem Militärputsch statt. Über 1000 Personen wurden festgenommen, darunter die gesamte Führung der CGT. Die Demonstration richtete sich gegen die für stets größere Teile des Volkes immer verheerendere Wirtschafts- und Sozialpolitik der Militärregierung. Bild: Polizei vertreibt Demonstranten aus dem Regierungsviertel von Buenos Aires.

### 12. Parteitag der KPCh eröffnet

*kvz.* Am Mittwoch begann der 12. Parteitag der KP Chinas. Der 11. hatte im August 1977 stattgefunden. Dem Parteitag liegen zur Abstimmung vor allem ein politischer Bericht und ein Abänderungsentwurf für das Statut vor. Die 1600 Delegierten werden ein neues ZK wählen. Dem Parteitag wird besondere Bedeutung beigemessen, weil er weitere Entscheidungen im internen Machtkampf bringen soll, bei dem es um die Fortführung der auf der 3. Plenartagung des 11. ZK Ende 1978 beschlossenen Grundzüge der Wirtschaftsreform geht. In China Daily vom 11.2.82 war angekündigt worden: „Wir müssen die entschlossen entfernen, die nach wie vor gegen die seit dem 3. Plenum im Dezember 1978 entwickelte Politik der Partei opponieren oder sie boykottieren, und die aus unseren Reihen ausschließen, die schwere Fehler gemacht haben und nicht mehr als Parteimitglieder qualifiziert sind." Um dies ohne verwirrende Auschluß-Prozeduren durchzusetzen, sollen, so wird vermutet, alle Mitglieder, das sind etwa 39 Millionen, nach dem 12. Parteitag einen Wideraufnahmeantrag stellen. Die Aufnahme wird dann aber nicht automatisch wieder erfolgen.

# Militärregime bilanziert soziale Lage der polnischen Jugend

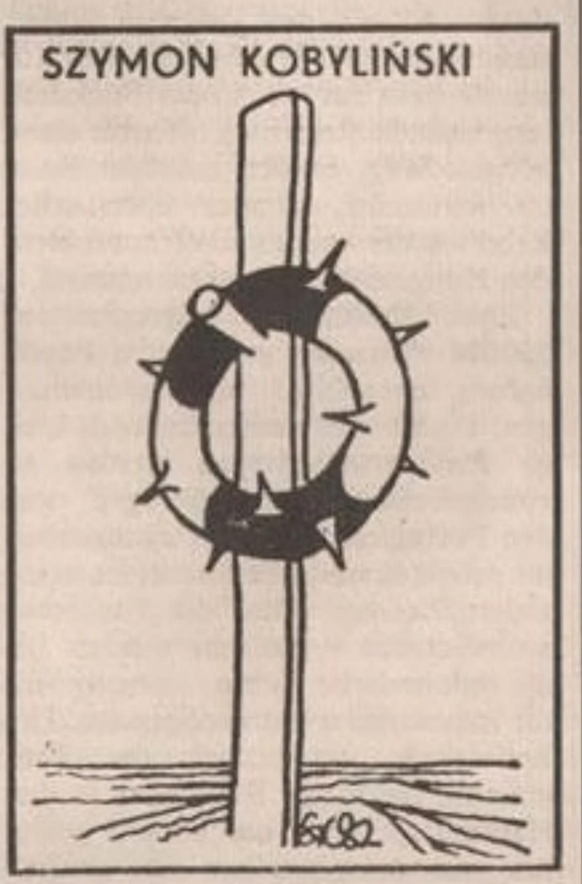
*hot.* „Wenn wir die nächsten fünf Jahre hindurch ungeheuer schwer arbeiten, dann erreichen wir die Hälfte des Lebensstandards, den wir zu Beginn der siebziger Jahre hatten. Wenn wir uns gesellschaftlich ungeheuer diszipliniert verhalten, dann erlangen wir vielleicht die Hälfte jener bürgerlichen Freiheiten, die wir zu Ende der siebziger Jahre hatten." Von den Freiheiten Anfang der 80er Jahre, als Solidarność gegründet und zugelassen worden war, ist nicht die Rede.

So düster wird in der neu unter dem Kriegsrecht erscheinenden polnischen Wochenzeitung „Tu i Teraz" (Hier und Jetzt) von offizieller Seite die Zukunft Polens beschrieben. Die heutige Jugend Polens gilt daher folgerichtig bereits als „pokolenie stracone", als verlorene Generation. Von einer „demographischen Bombe" ist in bezug auf die polnische Jugend die Rede.

Etwa ein Drittel der polnischen Gesellschaft ist jünger als 20 Jahre. Von diesem Teil der Gesellschaft geht der Großteil der Widerstands- und Protestaktionen aus, die somit schon weitgehend Züge von Jugendunruhen tragen. In den letzten Wochen sind in der polnischen Presse einige Daten über die soziale Lage der Jugend in Polen veröffentlicht worden, die diese Tatsache mit erklären. Hieraus einige Auszüge.

*Die Wohnungssituation:* Die Versorgung mit bezahlbaren Genossenschaftswohnungen ist praktisch zusammengebrochen. Viele Ehepaare mit mehreren Kindern warten heute schon seit bis zu 20 Jahren auf eine Wohnung. Auf dem freien Wohnungsmarkt, so veröffentlichte die Jugendzeitung „Sztandar Mlodych" (Banner der Jugend) kostet in Warschau eine Einzimmerwohnung mit Küche und Kohleofen 8000 Zloty im Monat; der gegenwärtige Durchschnittsverdienst liegt bei 7000 Zloty, der von Jugendlichen, sofern sie Arbeit haben, bei 5000 Zloty. Dabei wird die Miete häufig auf ein Jahr im voraus verlangt, und das wegen der hohen Inflation zum Teil in Devisen.

*Die gesundheitliche Lage:* Laut Bericht „Über die Startbedingungen in Beruf und Leben der Jugend", ebenfalls veröffentlicht in Sztandar Mlodych, beklagen sich die militärischen Rekrutierungskommissionen darüber, daß 30% jedes Jahrgangs untauglich sind und weitere 15% nur bedingt tauglich. 15% der Jugendlichen leiden unter psychischen Störungen, deren Ursachen von Fachleuten im „nervösen gesellschaftlichen Leben in Polen" vermutet werden. Ca. 500 Jugendliche erkranken jährlich an Tuberkulose, und das bei steigender Tendenz. Neben der polnischen Volksseuche Alkoholismus macht sich auch Drogenabhängigkeit breit. Die offiziellen Angaben belaufen sich auf 4000 Drogenabhängige, aber, so eine Krakauer Wochenzeitung „ebensooft hört man die Zahl 600000". Konsumiert wird hauptsächlich Selbstgemachtes, gewonnen aus unreinen und besonders gefährlichen Opiumlösungen.




*Ausbildung:* Wieder Sztandar Mlodych: 10% der Kinder schließen die achtklassige Grundschule nicht ab. „In der Regel sind das Kinder, die aus Familien mit niedrigem kulturellem Niveau und niedrigem Einkommen stammen, denen niemand bei ihren Lernschwierigkeiten hilft. (...) Die Schule steht diesen schwierigen Jugendlichen faktisch gleichgültig gegenüber. Sie überläßt sie sich selbst und beschleunigt damit nur den Prozeß, daß sie auf die schiefe Bahn geraten." „... mindestens ein Viertel der Bevölkerung ist vom Analphabetismus bedroht; diese Menschen erwartet ein ungemein schwieriger Weg durchs Leben, Kriminalität und Gefängnis."

Ferner wird konstatiert, daß 14% jedes Rekrutenjahrgangs vorbestraft sind. Darunter nehmen die Fälle von illegalem Grenzübertritt zu. Die Warschauer Tageszeitung „Zycie Warszawy" warnt die Jugendlichen über 17 Jahre vor Gefängnisstrafen von nicht unter drei Jahren für dieses „Delikt". Die meisten versuchen, über die CSSR nach Österreich zu entkommen. „Wenn man diese Angaben näher studiert, dann muß man verzweifeln", resümiert Sztandar Mlodych, denn, „sie sprechen von Erscheinungen, die dem sozialistischen Modell der Gesellschaft völlig widersprechen und die es bei uns eigentlich nicht geben dürfte."

# Die indonesischen Eroberer fassen Tritt

*Ost-Timor*

Sieben Jahre nach der indonesischen Invasion in Ost-Timor glaubt die Regierung in Djakarta, mit ihrem Programm der Indonesianisierung Erfolg zu haben. Noch immer aber ist der Funke des Widerstands nicht ausgetreten. Das weltweite Schweigen kommt der Politik Suhartos sehr entgegen.

In den vergangenen letzten vier Jahren seiner Geschichte vollbrachte das Maubere-Volk große Veränderungen auf dem Weg zu seiner Befreiung und zur Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, jener letzten Etappe, nach der alle Völker der Welt trachten und für die sie kämpfen", schrieb Abi'li-o Araújo am 9. Februar 1978 im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines sehr anschaulichen Buches über Ost-Timor.*

Bis heute, 6 Jahre nach der gewaltsamen Annexion der ehemals portugiesischen Kolonie als 27. Provinz durch Indonesien, ist es den indonesischen Besatzungstruppen zwar noch immer nicht gelungen, den Widerstand der FRETILIN in den Bergen der Insel zu brechen, aber die Hoffnung des Volkes auf ein freies und selbstbestimmtes Leben in einer „Demokratischen Republik Ost-Timor" (DROT) sind durch die Militäraktionen Indonesiens auf Jahre hinaus zerstört worden.

Nach der Invasion indonesischer Truppen 8 Tage nach der Unabhängigkeitserklärung und einen Tag, nachdem die letzten portugiesischen Truppen im Dezember 1975 das Land verlassen hatten, hatten die indonesischen Militärs einen totalen Krieg gegen die gesamte Bevölkerung entfesselt: Die Insel wurde durch eine Seeblockade so gut wie völlig von der Außenwelt abgeschnitten, Soldaten trieben die Timoresen aus ihren Bergsiedlungen in Wehrdörfer in den Küstenebenen zusammen, verwüsteten die Felder und blockierten die Nahrungsmittellieferungen. Mindestens 100000 Menschen kamen durch Krieg und Hunger um. Auf internationalen Druck hin ließ die indonesische Regierung 1979 eine Hilfsaktion für die hungernde Bevölkerung zu, doch am 15. April des vergangenen Jahres mußten die Nahrungsmittel- und Medikamentenlieferungen wieder eingestellt werden und die Helfer das Land verlassen, „offensichtlich, weil die Behörden nicht länger unerwünschte Beobachter dulden wollten" (FAZ).




Denn Ende März 1981 waren 10000 Mann zu einer „militärischen Übung" in die Region von Baucau-Laga und Lospalos eingeflogen worden, wo Stützpunkte der FRETILIN liegen, mit dem Übungsziel, „das von feindlichen Truppen besetzte Baucau zurückzuerobern". 6000 Soldaten verstärkten fortan die 12000 Mann starke Besatzungsarmee; von Juli bis September erfolgte eine weitere grausame Kampagne, um sich der verbliebenen Reste der Guerilla zu entledigen – ohne den erwarteten endgültigen Erfolg. Ein hoher indonesischer Beamter in der Hauptstadt Dili gegenüber dem Far Eastern Economic Report: „Wir wissen nicht, wie viele Mitglieder der FRETILIN sich halten konnten, denn sie kommen nicht zu uns, um darüber zu berichten." „Etwa 100" lautet seine optimistische Schätzung, aber man vermutet, daß es ebensogut 100 FRETILIN-Mitglieder sein könnten, die sich auf je 6 oder 10 weitere Kämpfer stützten können. Bis Ende dieses Jahres wollen die indonesischen Militärs mit der Guerilla nun aber wirklich fertig werden; es wird ihnen kaum gelingen.

Daß die Regierung in Djakarta die Anerkennung des *fait accompli* durch die Maubere trotz der enormen Budgetaufwendungen zur Sicherung ihrer Verwaltung und zur Umstrukturierung der Wirtschaft in einem ihr günstigen Sinn bestenfalls in der nächsten Generation gewinnen kann, davon geht sie selbst aus – und ihr ganzes Vorgehen trägt dazu erheblich bei. So bediente man sich bei der Vernichtungsaktion im letzten Jahr einer bereits in den 60er Jahren gegen islamische Rebellen auf West-Java erprobten Kampftechnik: Alle gesunden Männer zwischen 15 und 50 Jahren wurden dienstverpflichtet, nach kirchlichen Quellen zusammen rund 500000. In Zwölfergruppen wurde dieser „Zaun aus Menschenleibern" (so der Name der Operation) in die Berge getrieben, um die Guerilla zu umzingeln, Angriffe zu provozieren und zugleich als „Kugelfang" zu dienen. Nicht nur dieser Einsatz war bei den oft unterernährten Dienstverpflichteten äußerst unpopulär; zugleich mußten die Felder während der Aktion liegenbleiben, was – gepaart mit Dürre und Schädlingsbefall – zu einer weiteren Unterversorgung mit Lebensmitteln führte. 4000 sollen sich der militärischen Übermacht gebeugt haben und auf die vorgelagerte Insel Atauro „in Sicherheit" gebracht worden sein. So von einem gut Teil ihrer Unterstützer abgeschnitten, glaubt man, die Reste der FRETILIN erledigen zu können.

Die Erlaubnis der Regierung, die Bewohner von rund 30 der elendesten Lagerdörfer in überwachter Zusammensetzung und ohne das Recht auf Bewegungsfreiheit wieder im Bergland siedeln zu lassen, gibt Anlaß für unterschiedliche Interpretationen. Einige schließen daraus, daß die Militärs auch die Bergregion zunehmend unter Kontrolle haben, andere führen diese Maßnahme eher auf die mangelnde Produktivität und den passiven Widerstand in den Dörfern des schmalen Küstenstreifens zurück. In der Rücksiedlung sieht die Regierung offenbar einen billigen Weg, endlich aus dem Feuer internationaler, vor allem australischer Kritik ob der von ihr zu verantwortenden Hungersnöte herauszukommen.

Etwa 200000 der insgesamt auf 550000 Menschen geschätzten Bevölkerung leben in 150 solcher Siedlungen. Traditionell umherstreifende kleine Produktionsgruppen werden so zwangsweise zusammengezogen, was den Portugiesen in der Vergangenheit nie gelungen war. Mit bescheidenen sozialen Diensten sollen die Timoresen aufnahmebereit gemacht werden für die indonesische Kultur, insbesondere die indonesische Bahasa-Sprache. TV-Berieselung unterstützte das Programm. Die neuen Siedlungen in den Herkunftsgebieten der Bauern genießen nur demgegenüber eine gewisse Attraktivität. Beobachter aber zweifeln sowohl an einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung als auch an der beabsichtigten Befriedung. Denn nach wie vor werden die Siedlungen Teil der Militärstruktur bilden, und da das Volk unfreiwillig in Kooperativen gesperrt wird, die es nicht verlassen darf, und die gewohnte Methode der Brandrodung – wie ökologisch begründet auch immer – verboten wird, habe der Plan der Regierung, mit Hilfe von Krediten, Saatgut und Dünger bis 1989 die Selbstversorgung der Provinz zu sichern, keine große Chance.

Schließlich kommt auch der Aufbau einer indonesisch ausgerichteten Zivilverwaltung nur äußerst schleppend voran. Gouverneur ist bis jetzt ein Häuptling eines an der Grenze zu West-Timor lebenden Stammes, der sich der Indonesien-freundlichen „Apodeti" angeschlossen hatte. Die Geschäfte führen aber vier Ex-Abri-Leute, (d.i. die indonesische Armee); für niedrigere Verwaltungsämter finden sich nicht mal genügend Apodeti- oder UDT-Anhänger, was allein als Qualifikation ausreicht – die Rekrutierung scheitert u.a. an der Nichtbeherrschung der neuen Amtssprache. Fortschritte erhofft sich die Suharto-Regierung von einem engeren Arrangement mit ehemaligen UDT-Mitgliedern – ehemals pro-portugiesische besser ausgebildete Beamte, Kaffeepflanzer und Teile der chinesischen Händler sowie einige Stammesfürsten. Obwohl viele von ihnen an der Seite Indonesiens gegen die FRETILIN kämpften, hegen sie Ressentiments gegen eine vollständige Integration, vor allem, weil sie ihre aus der Verbindung mit der Kolonialmacht Portugal resultierenden Privilegien geschmälert sehen. Djakarta jedoch setzt offenbar zu

hegen sie Ressentiments gegen eine vollständige Integration, vor allem, weil sie ihre aus der Verbindung mit der Kolonialmacht Portugal resultierenden Privilegien geschmälert sehen. Djakarta jedoch setzt offenbar zu

Recht auf deren „Realitätssinn". So ist es der „Golkar" von Präsident Suharto gelungen, UDT und Apodeti aufzunehmen, und Golkar stellt seit den indonesischen Wahlen vom Mai dieses Jahres alle 4 Abgeordneten Ost-Timors im indonesischen Parlament. Neuer Gouverneur Ost-Timors soll Mario Carrascalao werden, Sohn eines Siedlers, Bruder des früheren UDT-Präsidenten, Landwirtschaftsingenieur und schon von den Portugiesen mit einer Kaffeeplantage beschenkt.

Angesichts der drohenden Ausbootung der von Anfang an für den Anschluß an Indonesien plädierenden früheren Apodeti-Mitglieder haben einige ihrer Provinzabgeordneten im letzten Jahr die indonesische Besatzung scharf angegriffen: Truppen und Offiziere benähmen sich nicht anders als Eroberer und schreckten nicht vor „Folter, Mißhandlungen, Mord und anderen unvorstellbaren Dingen" gegenüber dem Volk von Ost-Timor zurück. Die Monopolgesellschaft Denok, die allein Kaffee, Sandelholz, Kopra und Bauholz vermarktet und exportiert, wird beschuldigt, die Bauern und kleinen Plantagenbesitzer durch künstlich niedrig gehaltene Preise zu übervorteilen. Gleichzeitig verschwänden Regierungsgelder und Hilfsleistungen in den Taschen der Offiziere. Mag dahinter auch die Furcht um das Versiegen der eigenen Bereicherungsquellen stecken (bislang erhielt der Gouverneur für jedes von Denok aufgekaufte Kilo Kaffee seinen Anteil, der den Bauern vorbehalten wurde), so werden diese Berichte von Vertretern der katholischen Kirche noch weit übertroffen. Zwar gingen Teile der Priesterschaft früh mit Apodeti, doch ist der einst portugal-orientierte apostolische Administrator von Dili, Costa Lopes, zusammen mit einer Reihe von Ordensleuten und Priestern heute der schärfste Kritiker der indonesischen Vorherrschaft (der Vatikan erkennt die Annexion nicht an) – und heutzutage fast die einzig verbliebene Informationsquelle, seitdem australische Journalisten wegen ihrer kritischen Berichterstattung immer wieder ausgewiesen wurden.



Barackenlager auf der Insel Atauro. Hierhin wurden die Bewohner aus den „Unruhegebieten" der FRETILIN auf Ost-Timor zwangsausgesiedelt. Dazu der Korrespondent der „Neuen Zürcher" (21.4.1982): „Die Evakuierten sind in 57 Baracken untergebracht, die primitive Abteile für Familien aufweisen. Es gibt genügend Badestellen und in den Abendstunden *elektrisches Licht*, was in den Dörfern Indonesiens noch keineswegs selbstverständlich ist. Vier Fernsehgeräte dienen wohl in erster Linie der *‚Umerziehung'*. Die Verpflegung scheint ausreichend zu sein ... Die Gesichter der meisten Männer waren mürrisch – vermutlich eine Folge der Beschäftigungslosigkeit, der Langeweile und der Ungewißheit über die Dauer der Internierung ... Die Stimmung war *gedrückt*, aber es herrschte alles andere als die verzweifelte Atmosphäre eines Konzentrationslagers."

Indonesiens noch keineswegs selbstverständlich ist. Vier Fernsehgeräte dienen wohl in erster Linie der *‚Umerziehung'*. Die Verpflegung scheint ausreichend zu sein ... Die Gesichter der meisten Männer waren mürrisch – vermutlich eine Folge der Beschäftigungslosigkeit, der Langeweile und der Ungewißheit über die Dauer der Internierung ... Die Stimmung war *gedrückt*, aber es herrschte alles andere als die verzweifelte Atmosphäre eines Konzentrationslagers."

Während die indonesische Regierung auf den Dank der Australier rechnet, ihnen ein Kuba vor der Haustür erspart zu haben, und damit sowohl beim ehemaligen Labour-Regierungschef Whitlam wie auch beim jetzigen, Fraser, auf Verständnis stieß – die australische Regierung hat im Januar 1978 die Annexion anerkannt und lobt heute die Entwicklungsanstrengungen aus Djakarta –, halten linke Labour-Abgeordnete und Gewerkschafter, vor allem aber die Presse, das Thema im Bewußtsein. So führt ein Komitee des australischen Senats zur Zeit eine öffentliche Untersuchung über die Lage auf der Insel durch; einige Sondersitzungen sind für seinen Bericht anberaumt. Ende 1980 hatte eine australische Wochenzeitung bereits Dokumente westlicher Geheimdienste, u.a. des CIA, veröffentlicht, die der Regierung äußerst peinlich waren. Daraus geht hervor, daß Australien, während es vor der UNO die Invasion noch verurteilte, aus ökonomischen und Sicherheitsinteressen an der Seite der USA befriedigt „die Dinge ihren Lauf nehmen ließ" (die USA interessiert hier neben den engen Beziehungen zu Suharto auch die von Ost-Timor aus mögliche Kontrolle über die Sunda-Straße, den kürzesten Seeweg zwischen ihren Stützpunkten Guam im Pazifik und Diego Garcia im Indischen Ozean).

Daß das Schicksal des gepeinigten Maubere-Volks ansonsten aber so gut wie totgeschwiegen wird, hat mit dazu beigetragen, daß die bislang jährlich erfolgte Verurteilung seitens der UNO-Vollversammlung von immer weniger Staaten getragen wird. 54:42 bei 46 Enthaltungen (darunter auch die Bundesrepublik) auf der letzten Sitzung war das bisher schwächste Ergebnis. Indonesien setzte daraufhin seine Diplomaten in Trab, um vor allem unter den afrikanischen Staaten Unterstützung zu gewinnen. Es führt dabei offenbar nicht ohne Erfolg die Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der blockfreien Entwicklungsländer ins Feld – und hofft außerdem auf die Unterstützung Portugals. Ziel ist, das Thema Ost-Timor ganz von der Tagesordnung der Vereinten Nationen und damit auch in der Weltöffentlichkeit zu streichen. *cof.*

* Abilio Araújo, Ost-Timor. Die Loricos singen wieder. Von den Unabhängigkeitskriegen zur Revolution des Maubere-Volkes, Reihe Asien aktuell, Albatros-Verlag, Frankfurt 1978, ISBN 3-021975-21-2

# Blockfreiengipfel in Bagdad abgesagt – Streit um Ort der Außenministerkonferenz

In wenigen Tagen sollte, so war es im September 1979 beschlossen, in Bagdad die 7. Gipfelkonferenz der Blockfreienbewegung stattfinden. Angesichts des irakisch-iranischen Krieges und der damit für die Konferenz in Bagdad verbundenen Sicherheitsprobleme entschloß sich der irakische Staatspräsident Saddam Hussein, seine Vorstellungen, daß die Konferenz – unter welchen Umständen auch immer – stattfinden sollte, zu den Akten zu legen. Er schrieb einen Brief an die indische Ministerpräsidentin Indira Ghandi, in dem die indische Regierung gebeten wurde, die Konferenz in Neu Delhi auszurichten. Von dort kamen zustimmende Signale für den Fall, daß die anderen Mitglieder der Bewegung diesem Vorschlag zustimmen würden.

Nun muß eine Außenministerkonferenz der Blockfreienbewegung diesen Vorschlag bestätigen. Doch jetzt fehlt hier eine Einigung über den Konferenzort. Bagdad hält daran fest, daß die Außenminister sich am 2./3. September in Bagdad treffen sollen. Auf der anderen Seite fordert Kuba die Durchführung der Konferenz in Havanna.

Mit dem Blockfreiengipfel konnte damit die zweite wichtige Konferenz der Dritten Welt nicht wie geplant stattfinden. Anders aber als bei der „Organisation für Afrikanische Einheit" (OAU), die sich über die Frage der Teilnahme der Polisario gespalten hatte, scheiterte der Bagdader Gipfel allein am Iran. Denn trotz der Kritik vieler blockfreier Länder am irakischen Einfall in den Iran; trotz der Kritik, daß sich beide Länder den Bemühungen der Blockfreien um eine friedliche Lösung widersetzten, war die Mehrheit der Blockfreien gewillt, nach Bagdad zu gehen. Einer Verschiebung oder Vertagung der Konferenz wollte man nicht zustimmen. Denn das Verlangen nach einer Gipfelkonferenz und damit nach der Organisierung eines Treffens, auf dem auf höchster Ebene über die Entwicklung der krisenhaften internationalen Situation beraten werden kann, ist bei den Blockfreien groß. Deshalb widersetzten sich auch die Konferenzen des Koordinationsbüros der Blockfreien in Havanna (Anfang Juni) und Nikosia (Anfang Juli) allen Bestrebungen des Irans und Syriens, die Konferenz abzusagen.

Teheran war aber auf keinen Fall gewillt, die Konferenz durchführen zu lassen. Hätte das doch auch bedeutet, daß der „Erzfeind" Hussein für die nächsten drei Jahre den Vorsitz der Blockfreienbewegung innegehabt hätte, was seine innen- wie außenpolitische Position gestärkt hätte. Dies wurde im Iran wohl zu Recht als ein Hindernis zur Verwirklichung des Sturzes Husseins und der Proklamierung einer Islamischen Republik im Irak betrachtet.

Deshalb lehnte der Iran einen vom Irak geforderten Waffenstillstand während der Konferenz ab und gab sich nicht damit zufrieden, daß Hussein seine Bereitschaft erklärte, sich

*Fortsetzung folgende Seite*

# Ein Reader zum Palästina-Problem

## Buchbesprechung

*thm.* Neuere deutsch-sprachige Bücher zum Nahostkonflikt, die sich nicht auf apologetische Parteinahme für Israel beschränken, sondern sich um eine tiefere Analyse bemühen, sind nicht gerade häufig. Deshalb sei hier auf das 1981 erschienene Buch „Der Nahostkonflikt" hingewiesen. Es handelt sich um ein vom österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gefördertes Projekt, in dem verschiedene Beiträge zusammengefaßt sind. Zu Wort kommen Juden, Israelis und Palästinenser. Zum Schluß gibt es einen nicht sehr umfänglichen Dokumententeil und ein Interview mit Bruno Kreisky. Die Beiträge sind nicht nach ihrer Aktualität ausgesucht, sondern nach ihrem Wert für die Analyse der Lage im Nahen Osten nach 1967, vor allem natürlich um die Frage des palästinensischen Problems. Das Buch ist nicht unbedingt zum Einlesen in das Thema geeignet, sondern liefert zusätzliches Material und z.T. schwer zugängliche Texte.

In einem schon 1945 erschienen Artikel analysiert Hannah Arendt die zwei Stränge des Zionismus, wie sie in ihren unterschiedlichen Zielen in Ost- und Westeuropa entstanden sind.

Die aus dem Osten kommenden sozialistischen Zionisten wollten nur siedeln, hatten aber ansonsten keine nationalen Ziele. Sie wollten allenfalls Inseln der Vollkommenheit schaffen. Sie stellten die Kibbuzniks, die Arendt als Aristokratie der Palästina-Juden bezeichnet. Indem sie sich auf die Errichtung von Inseln des Glücks beschränkten, verzichteten sie vollständig auf die politische Führung der zionistischen Bewegung. Diese fiel an die politischen Zionisten Westeuropas. Die politischen Zionisten rekrutierten sich aus der neuen jüdischen Intelligenz Westeuropas, deren Stellung innerhalb des Judentums von Arendt ausführlich analysiert wird.

Diese politischen Zionisten seien gegenüber den osteuropäischen sozialistischen Juden keine Revolutionäre gewesen. Mit ihrer politischen Führerschaft und dem politischen Versagen der sozialistischen Zionisten wurde ein revolutionärer Weg verbaut, nämlich „... das jüdische Volk zu organisieren, um gestützt auf eine große revolutionäre Bewegung zu verhandeln ... Seither hat kein führender Zionist dem jüdischen Volk die nötige politische Willenskraft zugetraut, sich die Freiheit zu erobern, statt zur Freiheit gebracht zu werden." Stattdessen boten sich die Zionisten den Großmächten an und ignorierten die Mittelmeervölker. Das ist bis heute so geblieben.

Mit der UNO-Resolution, die den Zionismus mit Rassismus gleichsetzt, beschäftigt sich Bernhard Lewis. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der Zionismus in seiner Grundform keine rassistische Bewegung sei, sondern eine Form von Nationalismus. Die in Israel praktizierten Diskriminierungen erklären sich eben aus einem Nationalismus und nicht aus einer Rassenlehre, wie sie die Nazis praktizierten oder wie sie heute in den USA oder Südafrika aufgrund unterschiedlicher Hautfarbe vorkommt. Da Rassimus auch jeweils recht unterschiedlich definiert wird, geht der Autor auf die Bedeutung des Worts in den arabischen Ländern und in der Sowjetunion ein, die die Hauptverfechter dieser UNO-Resolution waren.




John Bunzl (Hrsg.): **Der Nahostkonflikt**, Wien 1981, DM 28,—

John Bunzl nennt Argumente gegen einen Vergleich zwischen Israel und Südafrika. Auch er geht noch einmal auf den Vergleich Zionismus-Rassismus ein und charakterisiert noch einmal die Grundzüge des Zionismus, aus denen allein schon sich der Vergleich verbiete. Er nennt die Hauptmerkmale des diskriminierenden Charakters des zionistischen Staates, z.B. das Rückkehrgesetz, nach dem nur die Juden Recht auf Rückkehr haben, oder die alten Bestimmungen der britischen Kolonialverwaltung, die ursprünglich gegen illegale jüdische Einwanderungen gedacht waren. Diese Bestimmungen wurden von den Zionisten aufrechterhalten, aber nun gegen die Palästinenser gewendet. Den Hauptunterschied zur südafrikanischen Kolonisation sieht Bunzl im folgenden: „Von der *subjektiven Motivation* her war die zionistische Bewegung nicht ausgerichtet auf die Bodenschätze oder Arbeitskräfte eines unterentwickelten Landes, sondern sie verstand sich als politische Lösung eines Problems: der jüdischen Frage. Kern dieser Motivation ist nicht das Streben nach Herrschaft über andere, sondern ‚self-rule', die Errichtung einer neuen, gesonderten eigenen Gesellschaft/Staat."

Sha'ul Zarhi übt eine Kritik an der Besetzung der Westbank und Gaza, wie sie wohl heute häufig in Israel anzutreffen ist und die noch deutlich Spuren des Zionismus in sich trägt. Er bringt einiges Material, um zu belegen, daß 1. mit der Besetzung der arabische Bevölkerungsteil gegenüber den jüdischen Israelis sprunghaft anwächst und daher der exklusive rein jüdische Charakter des Staates in Gefahr gerät. 2. Daß sich Israel ökonomisch mit der Besetzung zu viel Ballast aufädt. Diese Sorte Kritik kann die PLO durchaus nutzen, auch wenn sie grundsätzlich erst einmal zionistisch bleibt.

Jamil Hilal erläutert, wie aufgrund der Okkupation sich ein koloniales Verhältnis der besetzten Gebiete zu Israel entwickelt hat, daß die Entwicklung der Gebiete in Wirklichkeit stagniert und wie sich die Klassenverhältnisse inzwischen geändert haben. Vor allem ein Anwachsen der Lohnarbeiter ist festzustellen.

Im Teil über die Frage einer Verständigungsmöglichkeit kommen linke Israelis und Palästinenser zu Wort, darunter Uri Avneri und Hammami. Es handelt sich um in deutscher Sprache nicht ohne weiteres zugängliche Artikel und Interviews, aus der ein sehr guter Eindruck der sich annähernden Positionen der israelischen Linken und der PLO gewonnen wird.

In seinem Schlußbeitrag schreibt John Bunzl zu drei Aspekten: den Auswirkungen der iranischen Revolution auf den Nahen Osten, über die mögliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Israel und Ägypten sowie über das israelisch-amerikanische Verhältnis. Vor allem der letzte Teil ist von besonderem Interesse. Bunzl unterscheidet folgende Stadien der Beziehungen: Bis zur Gründung, 1948 – 1957, 1957 – 1967, 1967 – 1973 und seitdem. Schon in der Gründungsphase zeigen sich gewisse Muster der israelisch-amerikanischen Beziehungen. So war den USA zunächst an einer Verständigung zwischen Israel und den Arabern gelegen aufgrund ihrer Interessen an Positionen in der arabischen Welt. Als sich aber Israel militärisch durchgesetzt hatte, war es den USA auch recht und versuchten sie dies zu nutzen. Die USA wollten die arabischen Staaten in ein westliches Militärbündnis bekommen und waren daher nach 1948, auch um die alten Kolonialmächte zu beerben, zu Zugeständnissen an arabische Staaten gezwungen. Daher erreichten die amerikanisch-israelischen Widersprüche 1956 einen Höhepunkt, als die Israelis im Suezkrieg sich vom Sinai zurückziehen mußten.

Nach 1957 gewann die SU Positionen im Nahen Osten und daher wurde Israel für die USA zur Trumpfkarte. Mit den Ergebnissen des Junikrieges 1967 gewannen die USA Positionen, um von da aus die SU zurückzudrängen. Mit den besetzten Gebieten als Trumpfkarte agierten die USA und Israel mindestens bis 1973 auf praktisch gleicher Interessenlage. Nach 1973 und nachdem die SU vor allem aus Ägypten verschwinden mußte, setzten die USA immer mehr auf eine Gesamtregelung, die ihr schließlich die Hegemonie über das gesamte Gebiet sichern sollte. Damit verlor aber Israel seine exklusive und monopolistische Stellung in der amerikanischen Außenpolitik, die sich nunmehr auch den arabischen Ländern zuwenden mußte.

Bunzl ist der Auffassung, daß sich im Rahmen des Camp-David-Prozesses das amerikanische Interesse an einer Gesamtlösung vollkommen mit den ägyptischen Bestrebungen deckt. Die ägyptischen Vorstellungen waren eine Autonomie, die nach 5 Jahren zu einer Eigenstaatlichkeit der Palästinenser führen sollte. Bunzl erwähnt den Brookings-Report, der die Grundlage der Politik der Carter-Regierung bildete und in dem entweder von einem Staat oder von einem Gebilde in Föderation mit Jordanien die Rede ist. Die amerikanische Position impliziere generell den israelischen Rückzug auf die Grenzen vor 1967 und Teilnahme von anerkannten palästinensischen Vertretern an Verhandlungen. Ob Bunzl damit recht hat und wieweit die Amerikaner bereit sind, dafür Druck auf Israel auszuüben, wird sich in der nächsten Zeit noch herausstellen müssen.

# Ist ein palästinensischer Teilstaat realistisch?

**Im folgenden drucken wir einen Auszug aus einem Interview des „Arbeiterkampf" mit Dan Diner und Micha Brumlik nach. Die beiden kommen zu dem Ergebnis, daß ein derartiger Staat wahrscheinlich nicht realisierbar ist. Allerdings beschränkt sich ihre Analyse auf die Änderungen in Israel und berücksichtigt in diesem Interview nicht die Frage einer internationalen Garantie.**

*Die Arafat-Gruppe sowie andere palästinensische Organisationen wie die DFLP und auch linke Juden und linke Israelis vertreten das Konzept einer Aufteilung in zwei Staaten, einen palästinensisch-arabischen Staat und einen jüdisch-israelischen Staat. Zumindest für eine „erste Phase". Kann aber überhaupt ein halbwegs zufriedenstellendes Zusammenleben existieren, solange der Staat Israel Instrument zionistischer Politik, also Kolonisation, Vertreibung und Entrechtung ist? Ist sowas überhaupt realistisch als Perspektive?*

*Micha Brumlik:* Das sind zwei Fragen. Die eine ist, ob es ein wünschenswertes Konzept ist, die andere, ob es ein mögliches Konzept ist. Unabhängig davon, daß natürlich jeder israelische Oppositionelle für das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat eintreten muß, glaube ich, daß die materielle Basis für diesen Nationalstaat mittlerweile dahingeschwommen ist. Soweit ich die israelische Siedlungspolitik und die Integration der Wirtschaft auf der Westbank in die israelische Ökonomie und die sogenannten israelischen „Sicherheitsinteressen" verfolge. Wenn ich mir die Beschlagnahmung von Boden und Territorien ansehe, so bin ich der Meinung, daß es zu einer Freigabe von Boden im Westjordan-Land für die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates kaum kommen kann. Nicht zuletzt deswegen, weil m.E. in der israelischen Bevölkerung auf absehbare Zeit eine Sperrminorität von mindestens 50% geben wird, die gegen eine solche Rückgabe sein wird.

Also unabhängig davon, ob man das für wünschenswert hält oder nicht, glaube ich, daß die materielle Basis für dieses Konzept bereits dahin ist.

*Dan Diner:* Ich bin auch nicht sehr optimistisch über die Möglichkeiten einer palästinensischen Staatsgründung. Aber ich möchte trotzdem sagen, daß die Forderung für einen palästinensischen Staat eigentlich das Entscheidende in der israelischen Argumentation ist. Real sehe ich kaum eine Möglichkeit. Deshalb sind wir auch für – und das ist der Begriff, den wir in die Diskussion gebracht haben – einen binationalen Staat. Das heißt, daß Menschen zweier Völker, zweier Sprachgruppen, zweier Identitäten in einem Land leben und daß sie unabhängig davon, an welchem Ort sie leben, die gleichen Rechte haben und ihre eigenen nationalen kulturellen Institutionen aufrechterhalten.

*Das dürfte genauso schwierig bzw. langwierig sein.*

*Dan Diner:* Es würde in diesem Interview zu weit führen, aber die israelische Ökonomie integriert die Palästinenser als Arbeiter, sie reißt sie vom Boden weg, aber sie zieht sie ein. Es ist ja nicht so, daß die Palästinenser sozusagen außer Landes sind. Zweifellos ist die israelische Politik darauf gerichtet, sie letztendlich zu vertreiben. Von daher auch das sicherlich das Konzept von einem Palästinenser-Staat Jordanien: Das ganze hat natürlich nur einen Sinn, auf der Westbank und im Gazastreifen die Palästinenser im Falle eines Konfliktes an dieser sogenannten Ostfront in einer Nacht über den Jordan zu jagen. Das ist eigentlich das Ziel der gegenwärtigen israelischen Führung. Aber ich bezweifle, daß die gegenwärtige israelische Regierung lange diese Politik wird führen können. Denn Israel kann nicht existieren ohne die USA. Ich sehe noch keine, sagen wir mal, fundamentalen Wandlungen der Politik der USA, aber ich sehe ganz, ganz tiefe Irritationen:

Ich würde sagen, die USA haben jetzt gar keine Politik. Sie haben weder die alte Politik, Israel auf Teufel komm raus zu unterstützen, noch haben sie eine neue Politik, die von ihren imperialistischen Interessen her nötig ist, Israel wieder an die Kandarre zu nehmen. In dieser Situation von weder – noch ist Israels Kriegspolitik überhaupt erst möglich. Perspektivisch gesehen gehe ich nicht davon aus, daß wir die Existenz eines unabhängigen palästinensischen Staates im Gazastreifen und auf der Westbank erleben werden, weil er aus vielerlei Gründen nicht denkbar ist. Aber die Argumentation muß auf die Selbstbestimmung mit dem Recht der Staatsgründung hinauslaufen. Darum geht es ja heute. Jeden Tag, der ins Land geht, wird eine neue Siedlung errichtet. Das muß verhindert werden. Das kann man nur verhindern, wenn die Menschen, die dort am Ort leben, politische Rechte erhalten. Politische Rechte bedeutet eben, eine öffentliche Sphäre in Form eines Staates zu errichten. Gar keine Frage. Wenn wir deshalb sagen: Staat? Ja!, dann meinen wir, daß bestimmte politische Widerstands- oder Defensivrechte der Palästinenser erhalten werden müssen, um diesen zionistischen Kolonisationsprozeß stoppen zu können.

Wenn wir aber analytisch reden und fragen: „Ist dieser Staat möglich?", dann gehen wir davon aus, daß er vermutlich oder höchstwahrscheinlich nicht möglich ist. Das ist die analytische Ebene und das andere ist die politische Ebene.

Wenn Experten über diesen Staat reden, dann werden sie wahrscheinlich dazu kommen, daß er nicht möglich ist. Aber politische Menschen, die heute eine Bewegung antreiben, werden denjenigen, die heute den ersten Schritt auf die Straße tun, nicht sagen: „Ach, du kannst dich sofort wieder hinsetzen, das wird sowieso nicht gehen." Sondern sie werden natürlich sagen: „Selbstbestimmungsrecht den Palästinensern!" oder sogar: „Einen palästinensischen Staat!"

*Fortsetzung:*

## Blockfreiengipfel

zur Feststellung der Kriegsschuld einer internationalen Kommission zu stellen. Auch die Bezahlung der von Teheran geforderten Reparationen in Höhe von 150 Mrd. $ durch einen islamischen Fonds, wie vorgeschlagen, wurde von Iran abgelehnt. Auch gegenüber der Gipfelkonferenz der Blockfreien gaben sich die islamischen Revolutionäre nicht mit politischen Initiativen zufrieden. Sie drohten unverhüllt mit bewaffneten Aktionen gegen die Konferenz, indem sie erklärten, daß die iranische Luftwaffe zu jeder Zeit jeden Punkt Bagdads würde erreichen können. Somit sei die Sicherheit der Konferenzteilnehmer nicht gewährleistet. In Bagdad selbst organisierte eine mit dem Iran in Verbindung stehende Untergrundorganisation einen Bombenanschlag gegen ein Ministerium, bei dem über 20 Menschen starben. Die gleiche Organisation kündete für den Fall des Stattfindens der Konferenz Bombenanschläge auf das Konferenzgebäude an.

Mit dem Näherrücken der Konferenz und bei Fortdauer des iranisch-irakischen Krieges wurde deshalb immer wahrscheinlicher, daß der Iran mit seiner militanten Konferenzverhinderungsstrategie die Absage der Konferenz würde erreichen können. Dies zeichnete sich endgültig ab, als Fidel Castro, der gegenwärtige Präsident der Blockfreien, am 4. August in einem Telegramm an alle Mitgliedsländer für eine Verlegung der Konferenz auf Anfang 1983 plädierte. Gleichzeitig griff er zu einem außergewöhnlichen Schritt. Er lud für den 20./21. August zu einer Außenministerkonferenz nach Havanna ein, auf der eine endgültige Entscheidung über Zeit und Ort des 7. Gipfeltreffens getroffen werden sollte. Eigentlich hatte diese Konferenz in Bagdad stattfinden sollen, und dieser Beschluß hätte nur durch Übereinstimmung aller Beteiligten oder durch freiwilligen Verzicht Bagdads aufgehoben werden können, nicht aber durch einen einseitigen Akt Kubas.

Auf diese Weise versuchte Kuba, sich günstige Voraussetzungen für den Fall zu schaffen, daß es zu keiner Übereinkunft über die 7. Gipfelkonferenz kommen würde, denn dann hätte diese Außenministerkonferenz als Ersatzgipfel ausgegeben werden können.

Angesichts dieser kubanischen Initiative und der daraus auch sprechenden Tatsache, daß die Zahl der Bagdad-Gegner zu wachsen begann, zeigte sich Saddam Hussein flexibel. Er schrieb den bereits erwähnten Brief an Indira Ghandi und verzichtete im „Interesse der Einheit der Blockfreienbewegung" auf die Durchführung der Konferenz. Gleichzeitig wird auf Durchführung der Außenministerkonferenz im Irak bestanden.

Diesem Schritt gingen vielfältige diplomatische Aktivitäten voraus. Das Karussell der Reisediplomatie drehte sich, um zu einer Übereinkunft zu kommen, die für möglichst viele der Beteiligten annehmbar war. Im Rahmen dieser Konsultationen wurden auch „Trostpflaster" für Husseins „freiwilligen" Verzicht diskutiert. So war zuerst im Gespräch, daß der Irak, trotz des Stattfindens der Konferenz in einem anderen Land, in den Genuß der Privilegien des Gastgeberlandes kommt, also trotzdem für die nächsten drei Jahre den Vorsitz der Blockfreien übernimmt. Nachdem die 7. Gipfelkonferenz jetzt aber in Neu Delhi stattfinden wird – Indien hatte sich für die Durchführung der 8. Gipfelkonferenz beworben –, ist dies nicht mehr wahrscheinlich. Möglich erscheint jetzt aber, daß dem Irak die Durchführung der 8. Gipfelkonferenz übertragen wird.

Noch sind nicht alle notwendigen Entscheidungen getroffen. Der bisherige Verlauf der Auseinandersetzungen über die Bagdader Gipfelkonferenz zeigt aber das Bestreben der Blockfreien, zu einer Lösung zu kommen, die sie in die Lage versetzt, möglichst schnell das geplatzte Gipfeltreffen durchzuführen und damit die Aktionsfähigkeit der Bewegung zu stärken. Auch wenn der Streit über den Ort der Außenministerkonferenz noch einige Zeit andauern kann, wird es zu einem längerfristigen Aussetzen der Gipfelkonferenzen – wie in den 60er Jahren – nicht kommen. Mit den Blockfreien wird also auch in Zukunft zu rechnen sein. *fk.*

# Heuchelnde Puristen

*frb.* Stellenstreichungen, Sozialhilfekürzungen, Reallohnsenkung, Rentnerbeitrag zur Krankenversicherung – so werden die öffentlichen Haushalte saniert, was zu deutsch heißt „gesundet". In Berlin aber haben elf von zwölf Stadtbezirken ihre Haushaltsmittel für den Posten „Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege" überschritten. So steht es im jüngsten Bericht des dortigen Rechnungshofes. Da hat ein Bezirksbürgermeister 800 Einladungen zur Feier seines Sechzigsten versandt und die Geladenen für 7400 DM bewirtet. Gezahlt wurde aus Haushaltsmitteln. Abschiedsempfänge für Referenten gehen offenbar nie unter 1000 Mark aus.

Immer wieder ist es die gleiche Geschichte, jeder Prüfungsbericht der Rechnungshöfe fördert solche Schlemmereien hoher Beamte auf öffentliche Kosten zutage. Das findet dann jeweils breite Publizität, so wie der jetzige Bericht aus Berlin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" eine extra Glosse wert war. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Berichte absichtsvoll aufgebauscht und unehrlich sind. Die Verschwendung des Staatsapparats, da läßt sich für die Freunde der Marktwirtschaft nebenbei noch politisches Kapital rausschlagen. Doch die Prasserei auf den Vorstandsetagen der Unternehmen, das ist Privatsache. Darüber kommt kaum was ans Licht.

Oder wo steht, was die Vorstandsküche im Hochhaus der Deutschen Bank so alles verschluckt? Oder was bei Tagungen so gereicht wird? Nein, das sind „unstreitig betrieblich oder beruflich veranlaßte Aufwendungen", daher auch uns noch von der Steuer absetzbar. Erinnern wir noch, in welche Klagelieder die obersten Reinheitsapostel ausbrachen, als unvorsichtige Abgeordnete im Rahmen der Haushaltssanierung die steuerliche Absetzbarkeit von Bewirtungskosten beenden wollten?

# Entwicklungsländer in der Kreditfalle

Mrd. $ – 0, 10, 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110

ganze Säule: Bruttoauszahlung an Krediten im jeweiligen Jahr

1970, 1975, 1978, 1979, 1980, 1981

Tilgung alter Kredite

Zins

Netto-übertragung

Schuldendienst in % des Sozialprodukts* – 70, 75, 80, 81 – 0, 1, 2, 3, 4, 5

Schuldendienst in % des Exports* – 70, 75, 80, 81 – 0, 10, 20, 30

*Schuldendienst = Tilgung + Zins
Nur ölimportierende Entwicklungsländer

*Quelle: Weltbank; Schuldendienstquoten 1981 eigene Berechnung*

1981 haben die Industrieländer die Entwicklungsländer so richtig in ihre Krise mithineingezogen, sichtbar an den Einbrüchen in der Entwicklung des Sozialprodukts. Über zwei Punkte geschieht dies hauptsächlich. Erstens über die gesunkene Nachfrage nach Rohstoffen, weshalb die Exporteinnahmen der Entwicklungsländer drastisch schrumpfen. Zweitens sind seit 1981 die Zinszahlungen so gewaltig gestiegen, daß von den neu aufgenommenen Bruttokrediten kaum noch etwas zur Finanzierung etwa von Maschineneinkäufen in den Industrieländern übrig bleibt. Trotz der astronomischen Gesamtverschuldung haben die Entwicklungsländer von den Krediten heute einen geringeren finanziellen Nutzen als noch Mitte der 70er Jahre.

**Eine Korrektur des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1983 in NRW verlangt der dortige Städtetag.** Mit über 1 Mrd. DM würden dort die Städte zugunsten der Sanierung des Landeshaushaltes zur Kasse gebeten. Immerhin betrage die Steigerung der Landesausgaben 1983 6,5%, während die Zuweisungen an die Kommunen um 6,5% gesenkt werden.

**70% aller Haushalte sind mit Straßenlärm in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld konfrontiert.** Dies hat das Bauministerium auf eine parlamentarische Anfrage hin mitgeteilt. 22% der Haushalte bezeichneten in einer Umfrage die Belastung als „dauernd stark".

## Die Woche im Rückblick

**Nach Frankreich hat jetzt auch Großbritannien** das von den USA auch für amerikanische Tochterunternehmen im Ausland verfügte Embargo gegenüber der UdSSR durchbrochen. Die britische Regierung hatte schon vor Wochen erklärt, daß sie sich das Geschäft nicht verbieten lasse. Sie kann sich dafür auf ein entsprechendes Gesetz stützen.

**Bereits jeder sechste Bauernhof in Westdeutschland verfügt über kein Vieh mehr.** Wo es noch Viehhaltung gibt, ist sie durch zunehmende Spezialisierung gekennzeichnet. Die meisten Betriebe sind ganz auf Milchkühe konzentriert, größeres Gewicht hat nur noch die Kombination Milchkühe und Schweine. Weitgehend verschwunden sind die früheren vielseitigen Viehhalter mit den Schwerpunkten Milchkühe, Schweine und Geflügel.

**Acht der zehn größten Unternehmen der Welt sind Ölkonzerne.** Das verzeichnet die neueste Hitliste der Zeitschrift „Fortune". Exxon, die Nummer 1 dem Umsatz und dem Profit nach, hat ein Budget wie die westdeutsche Bundesregierung etwa auch. 7 der 10 größten Unternehmen haben ihren Sitz in den USA; Von den 50 größten sind 21 amerikanisch und 19 in der EG beheimatet.

# 200000 Arbeitslose auf Sozialhilfe gesetzt

## Arbeitslosengeld im Durchschnitt bloß 62% / Die meisten haben weniger als 1000 Mark

*frb.* Allerhand wird von interessierter Seite über den Mißbrauch der Arbeitslosenkasse schwadroniert und auf den Arbeitslosen herumgehackt, die bloß nicht arbeiten wollten. Solche Propaganda muß sich im Rahmen gängiger Vorurteile bewegen, kehrt das einzelne Beispiel heraus und appelliert an diese und jene individuelle Erfahrung. Eine Darstellung der Gesamtverhältnisse muß sie fürchten. So ist es kein Wunder, daß etwa die Bundesanstalt für Arbeit zwar seit Jahren die Einkommensschichtung der Arbeitslosen zweimal im Jahr ermittelt, diese Daten aber ihrer dicklichen veröffentlichten Monatsstatistik vorenthält.

Erst jetzt hat das vom DGB betriebene Wirtschaftsinstitut WSI die entsprechenden Daten veröffentlicht und auch sonst mal einiges über die Einkommenslage der Arbeitslosen zusammengetragen. Die wichtigsten Ergebnisse stellen wir im folgenden vor.

### Arbeitslosengeld unter 68%

Eigentlich soll die Arbeitslosenversicherung ja gewährleisten, daß der Arbeitslose 68% seines früheren Nettoeinkommens weiter beziehen kann – bzw. 58%, sofern er nur Arbeitslosenhilfe bekommt. Doch die Wirklichkeit ist davon weit entfernt. Das zeigt ein statistischer Vergleich wie einige systematische Überlegungen.

1981 betrug das durchschnittliche Nettoeinkommen je Beschäftigten 1844 DM, das durchschnittliche Arbeitslosengeld 948 DM. Hätte das Arbeitslosengeld 68% betragen, so hätte es bei 1250 DM liegen müssen; es lag aber 300 Mark niedriger – nämlich bei 948 DM – und belief sich damit auf bloß 51,4% statt 68% des Arbeitslohns. Die Arbeitslosenhilfe gar erreichte bloß 41,6% des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten.

So also sieht die Lage für die ganze Arbeiterklasse aus, für den einzelnen, der arbeitslos wird, sieht es etwas anders aus. Denn in diesen Verhältnissen drückt sich auch aus, daß Arbeiter und Angestellte mit niedrigerenLöhnen unter den Arbeitslosen überdurchschnittlich häufig vertreten sind. Das drückt natürlich auf den rechnerischen Durchschnitt der Arbeitslosenunterstützung.

Aber auch der einzelne Arbeitslose kommt selten auf die 68%. Unsere sozialliberalen Sparkommissare haben da in der Operation '82 noch kräftig nachgeholfen. Seither nämlich werden sämtliche einmaligen und wiederkehrenden Zuwendungen *nicht* in die Berechnung des für die Höhe der Arbeitslosenunterstützung maßgeblichen Arbeitsentgelts einbezogen. Das führt dazu, daß gut 10% des Jahreseinkommens bei der Ermittlung des Arbeitslosengeldes nicht berücksichtigt werden. Das Arbeitslosengeld erreicht dadurch im Durchschnitt nicht 68% des letzten Nettolohnes, sondern nur 62%, die Arbeitslosenhilfe nicht 58%, sondern 53%. Ganz abgesehen von den an die Dauer der Betriebszugehörigkeit gebundenen Einkommensteile oder späteren Betriebsrenten, die zum Teil oder ganz verloren gehen.

Nehmen wir als *Beispiel* das folgende letzte Monatseinkommen:

| | |
|---|---|
| 170 Std. á 14,- DM | 2380 DM |
| 10 Überstunden | 140 DM |
| + Zuschläge 25% | 35 DM |
| Weihnachtsgeld anteilig | 200 DM |
| Monatseinkommen | 2755 DM |

Doch ganz anders rechnet das Arbeitsamt, wenn es das Arbeitslosengeld ermittelt. Da wird kurzerhand von einer tariflichen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden ausgegangen, diese mit dem Stundensatz von 14 DM multipliziert und somit ein Wochenlohn von 560 DM zur Berechnungsgrundlage genommen. Überstunden, Überstundenzuschläge, 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Urlaubsgeld usw. fallen unter den Tisch, auch wenn sie tariflich abgesichert sind. Damit geht die gesetzliche Berechnung des Arbeitslosengeldes von einer Einkommensbasis aus, die systematisch unterhalb des tariflich normierten Einkommensniveau liegt.

In unserem Beispiel wird dadurch das wöchentliche Arbeitslosengeld um 60 Mark oder rund 15% gemindert.

Daß gängige Schätzungen davon ausgehen, daß 710000 Arbeitslose 1981 gar nicht registriert waren („stille Reserve") und von den registrierten Arbeitslosen auch wiederum nur rund 55% Arbeitslosengeld und weitere 13% Arbeitslosenhilfe erhielten sei bloß zusätzlich erwähnt. Auch diesbezüglich hat sichdie Lage nach der Operation '82 verschärft, weil der Kreis der Anspruchsberechtigten eingeschränkt und die Sperrzeiten verlängert wurden.

Erwähnt sei auch, daß Ausländer aus Nicht-EG-Ländern Arbeitslosengeld nur erhalten, wenn sie eine Arbeiterlaubnis vorweisen können – obwohl sie wie jeder andere Versicherungsbeiträge bezahlt haben. Und auch wenn sie eine Arbeitserlaubnis haben, wird nach Ablauf des Arbeitslosengeldanspruchs (also spätestens nach 1 Jahr) überprüft, ob aufgrund der Arbeitsmarktlage überhaupt 'Vermittlungschancen für den Ausländer bestehen. Sind sie nach Ansicht der Behörde nicht gegeben, so bekommt der Arbeitslose keine Arbeitslosenhilfe. Und das ist gegenwärtig die Regel, da der berüchtigte §19 des AFG verlangt, vorrangig deutsche Arbeitskräfte zu vermitteln. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.

### 86% bleiben unter 1200 DM

Die eingangs erwähnte Einkommensschichtung der Arbeitslosengeldbezieher haben wir in der nebenstehenden Tabelle zusammengefaßt. Darauf ergibt sich, daß

– knapp 20% aller Arbeitslosen, sowie sie überhaupt Arbeitslosengeld beziehen, weniger als 600 DM im Monat erhalten,

– rund 18% ein Arbeitslosengeld von 600 bis 800 DM,

– rund 25% ein solches von 800 bis 1000 DM und

– ein weiteres knappes Viertel zwischen 1000 und 1200 DM.

Die Hälfte hat ein Arbeitslosengeld unter 900 DM, 86% erhalten weniger als 1200 DM. Letztere Summe steckt in etwa der Pleitier Heinz Dürr aus seiner Tätigkeit als AEG-Vorstand an einem einzigen Tag netto ein.

Von all dem ist so gut wie nie die Rede, dagegen wurde eine ganze Pressemeute und ein ganzes Heer von Beamten bemüht, um den Mißstand zu beseitigen, daß einige wenige Arbeitslose über den Lohnsteuerjahresausgleich womöglich nicht in den vollen Genuß der ihnen zugedachten Kürzung ihres Jahreseinkommens kommen. Das DIW hat schon Ende letzten Jahres nachgewiesen, daß ein solcher „Vorteil" nur eintreten konnte bei kurzer Arbeitslosigkeit und bei Einkommen über 4000 DM.

**Empfänger von Arbeitslosengeld**
Schichtung nach Entgeltgruppen

| Monatsentgelt DM | Anzahl Febr. 1982 | Anteil in Prozent | Anteil kumuliert |
|---|---|---|---|
| 0– 100 | 93 | – | – |
| 100– 200 | 4506 | 0,4 | 0,4 |
| 200– 300 | 21576 | 2,0 | 2,5 |
| 300– 400 | 53552 | 5,1 | 7,5 |
| 400– 500 | 53412 | 5,0 | 12,6 |
| 500– 600 | 68783 | 6,5 | 19,1 |
| 600– 700 | 103465 | 9,8 | 28,8 |
| 700– 800 | 87273 | 8,2 | 37,1 |
| 800– 900 | 144708 | 13,7 | 50,8 |
| 900–1000 | 126219 | 11,9 | 62,7 |
| 1000–1100 | 161412 | 15,3 | 78,0 |
| 1100–1200 | 92849 | 8,8 | 86,7 |
| 1200–1300 | 44051 | 4,2 | 90,9 |
| 1300–1400 | 35005 | 3,3 | 94,2 |
| 1400–1500 | 15719 | 1,5 | 95,7 |
| 1500–1600 | 14856 | 1,4 | 97,1 |
| 1600–1700 | 8756 | 0,8 | 97,9 |
| 1700–1800 | 5143 | 0,5 | 98,4 |
| 1800–1900 | 3844 | 0,4 | 98,8 |
| 1900–2000 | 4280 | 0,4 | 99,2 |
| 2000–2100 | 8577 | 0,8 | 100,0 |
| Summe | 1058349 | 100,0 | – |

nachrichtlich: Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen im Februar 1982: 1,935 Millionen

*Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (unveröffentlichte Auszahlungsstatistik), WSI-Mitteilungen 8/1982, eigene Berechnungen*

Trotzdem ließ das den Verfechtern der politischen Wende keine Ruhe, und so wird künftig bei der Berechnung der Jahressteuer im Lohnsteuerjahresausgleich auch eine eventuelle Arbeitslosenunterstützung berücksichtigt. Dies geschieht dadurch, daß zur Ermittlung des Steuer*satzes* das Arbeitseinkommen um die Arbeitslosenunterstützung erhöht wird. Der so ermittelte Steuersatz wird dann auf das Arbeitseinkommen bezogen, um die Jahressteuer zu ermitteln.

Die WSI-Mitteilungen schreiben dazu ganz zutreffend: „Es ist schon bezeichnend, mit welchem ‚polizeilichen' Eifer gerade bei der Arbeitslosenunterstützung daran gegangen wird, zu verhindern, daß ein Bruchteil der Beschäftigungslosen eventuell etwas mehr als 68% seines Nettoeinkommens erhält – wobei allerdings in diesem wissenschaftlichen und politischen Bemühen, eine Norm (die 68%) erfüllt zu sehen, geflissentlich ‚übersehen' wird, daß andere Faktoren (Sonderzahlungen, Mehrarbeitszuschläge etc.) dazu führen, daß ein Arbeitsloser eben nicht auf 68%, sondern nur auf 62% oder weniger seines vorherigen effektiven Nettoarbeitseinkommens kommt." Bliebe zu hoffen, daß sich solche Erkenntnis auch in der Politik des DGB niederschlägt.

### 200000 unterm Existenzminimum

In der ganzen öffentlichen Diskussion wird – übrigens nicht nur von konservativer Seite aus – der Eindruck zu erwecken versucht, Armut sei hierzulande kein Problem, da ja noch keiner verhungert sei. Nimmt man allerdings die Sozialhilfeabhängigkeit als Maßstab, so sieht die Sache ganz anders aus. Untersuchungen der Universität Frankfurt und des ISO-Instituts in Köln kamen aufgrund von Umfragen zum Ergebnis, daß ein Fünftel bis ein Drittel aller Haushalte mit längerfristig Arbeitslosen unter das Existenzminimum gedrückt werden. Und nach Schätzung der Arbeiterwohlfahrt Bonn sind in diesem Jahr 200000 Arbeitslose auf Sozialhilfe angewiesen.

Wie reagieren unsere Politiker da? Sie senken die Sozialhilfe, also das offizielle Existenzminimum, womit ihre Welt wieder in Ordnung wäre.

# Startbahn West: Widerlegte Argumente

**In zwei eben erschienenen Broschüren der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main werden die stets wiederkehrenden Argumente der Startbahnbetreiber gründlich widerlegt. Weder dient die dritte Startbahn der Schaffung von Arbeitsplätzen, noch sind die verkehrspolitischen Argumente für den Flughafenausbau haltbar.**

***wen.Frankfurt.*** Sicher ist es nach den neuesten Prognosen über den Flugverkehr auf dem Rhein-Main-Flughafen, die aus der Feder der Flughafen AG selbst stammen, eine Binsenweisheit, daß weder der Flugbetrieb so ansteigen wird, daß man die Startbahn West bräuchte, noch springen dabei neue Arbeitsplätze heraus. In dieser Hinsicht bringen die beiden neuen Broschüren, die jetzt von der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West herausgegeben wurden, sicher nicht viel Neues. Trotzdem sind sie sehr lesenswert, wie auch diese Broschüren neue Bewegung in die Diskussion um die Startbahn bringen können.

In den Broschüren wird die Argumentation der Startbahnbefürworter mit allen ihren Voraussetzungen, Sachzwängen und Prognosen dargelegt und widerlegt. Die Themen Arbeitsplätze und Verkehrspolitik sind schließlich *die* Themen, auf die sich die Landesregierung immer wieder zurückzog, um an der Startbahn festzuhalten. Sicherlich

> Die Broschüren
> **Arbeitsplätze durch die Startbahn West?**
> **und**
> **Alternativkonzept für den öffentlichen Personenfernverkehr in der BRD**
> sind zu beziehen über das Umweltbüro Rhein-Main · Langgasse 40 · 6082 Mörfelden, zum Preis von jeweils 4,00 DM plus Porto.

seien die Eingriffe in die Ökologie schwerwiegend, aber es gäbe doch 1000 Arbeitsplätze pro Jahr dazu und außerdem ginge es gar nicht, das Verkehrssystem mit der Drehscheibe Frankfurt anders zu organisieren. An diesem Punkt setzen die Broschüren an.

### Startbahn West und Arbeitsplätze

Letzte Woche berichtet die Frankfurter Rundschau über Pläne der FAG, mehr als 4 Millionen Mark durch Rationalisierungsmaßnahmen einzusparen, darunter auch durch natürliche Abgänge im Personalbereich. Die FAG wird trotzdem nicht müde, ihren Ohrwurm von den 1000 Arbeitsplätzen pro Jahr durch die Startbahn aufrechtzuerhalten, und Börner reist durch Hessen und bietet das Versprechen von Arbeitsplätzen feil wie warme Würstchen. Am Beispiel der Startbahn wird gezeigt, worauf sich die Argumente gründen:

1. Den ursprünglichen Planungen lagen vollkommen utopische Annahmen und Wunschdenken zugrunde. Obwohl die Entwicklung in den letzten 10 Jahren vollkommen anders verlief, wurden weiter überhöhte Prognosen erstellt – z.T. offensichtlich mehr als Mittel zum Zweck, denn aufgrund realer Einschätzungen.

2. Wurde immer wieder der Trick versucht zu behaupten, sämtliche neuen Arbeitsplätze gingen auf das Konto der neuen Startbahn, wo doch auch ohne Startbahn das Flugaufkommen durch Großraumflugzeuge steigen kann und möglicherweise neue Arbeitsplätze nötig macht.

3. Vollkommen vernachlässigt wurde die Rationalisierung am Flughafen – die FAG stellte sich immer als Rationalisierungsoase dar. Allein dies bringt sämtliche Arbeitsplatzprognosen durcheinander.

Die Broschüre untersucht auch das Argument von den hochqualifizierten und sicheren Arbeitsplätzen am Flughafen. Es zeigt sich, daß höhere Löhne durchaus ihre Rechtfertigung haben, haben doch Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit einen hohen Anteil. Ein großer Teil der Beschäftigten reist aus Entfernungen von über 100 km an. Nach den Rationalisierungsmaßnahmen der letzten Jahre (automatische Frachtabfertigung) steigt der Anteil an einfacher, harter und schlecht bezahlter Arbeit. Soll man sich also mit solch einer Perspektive für die Startbahn einsetzen ...?

Wesentlich ist auch die Kritik an der wirtschaftspolitischen Strategie der Landesregierung. Es war gerade im November 1981 eine ungünstige Lage, als Börner das Volksbegehren in einer Regierungserklärung ablehnte und mit Exportorientierung, Wachstum und Arbeitsplätzen argumentierte und die Bewegung dagegen vor allem die Unterdrückung der Demokratie in Hessen anprangerte. Es wird gezeigt, daß der „Wachstumspfad", der beschritten werden soll, um die Karre wieder aus dem Dreck zu bekommen, kaum eine Chance hat. Selbst immanent gedacht kommen Wirtschaftsinstitute zum Ergebnis, daß Steigerungsraten von 5–6% nötig wären und Investitionssteigerungen von 12%, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Wie das gehen soll, wissen weder Börner, Dregger noch Schmidt. Auch die Strategie, v.a. in vorhandene Konzentrationen noch mehr zu investieren, verlagert nur Arbeitsplätze, wenn sie nicht noch mehr vernichtet als sie schafft.

### Vorschläge für eine alternative Verkehrspolitik

In der zweiten Broschüre wird die Frage untersucht, ob es wirklich keine andere Möglichkeit gibt, als den Flugverkehr voll auf Frankfurt zu konzentrieren. Die Kritik geht auf zwei Wegen vor.

Zum einen werden allgemein die Voraussetzungen in den Verkehrsplanungen untersucht, z.B. was denn eigentlich die sogenannten Sachzwänge sind, wodurch die Nachfrage gezielt gesteuert wird und wem die Parole von der „freien Wahl des Verkehrsmittels" dient.

Die FAG behauptet, am Flughafen ginge alles nach den Regeln von Angebot und Nachfrage zu, deswegen dürfe man auch keine dirigistischen Eingriffe treffen, wie z.B. Verlagerung von Flügen zu anderen Flughäfen oder von Kurzstreckenflügen auf die Bahn. Demgegenüber wird gezeigt, daß gezielte staatliche Eingriffe und „Dirigismus" im Verkehrswesen ganz bestimmende Faktoren sind. Daraus folgt aber auch, daß die Luftverkehrsprobleme, die angeblich nur durch die Startbahn West gelöst werden können, durch die eigene Politik der Lufthansa, der FAG und Bund und Ländern selbst entstanden sind – so etwas heißt hinterher Sachzwang. So hat die Konzentrierung der Lufthansa auf Frankfurt als Drehscheibe und Umsteigepunkt selbst dazu geführt, daß es natürlich günstiger ist, z.B. von München aus über Zürich oder von Hamburg über Amsterdam zu fliegen. Hinterher behauptet dann die LH, nur eine noch stärkere Konzentration auf Frankfurt würde dies verhindern können.

Ausführlich werden die Vor- und Nachteile zwischen Luft- und Schienenverkehr verglichen, bevor exemplarisch durchgespielt wird, welche Konsequenzen auftreten, wenn man von der Zentralisierung auf Frankfurt auf ein dezentrales Luftverkehrsnetz übergeht oder sogar den inner(west)deutschen Luftverkehr ganz einstellt. Es wird ein integriertes Verkehrssystem vorgeschlagen, in dem es ausreichend Übergangsmöglichkeiten von Luft-, Schienen und Straßenverkehr gibt – im wesentlichen heißt dies auch Überprüfung der Subventionen, die eher zugunsten der Bahn gehen sollten, wie auch nach den Kriterien Umweltfreundlichkeit und Energieeinsparung vergeben werden sollten. Mit einem dezentralen Luftverkehrsnetz ließe sich auch eher Verkehr auf die Bahn verlagern, so daß der Luftverkehr tendenziell reduziert wird.

### Entwicklung von neuen Wegen und Alternativen

Die Verfasser kommen zu dem Schluß: „Die Beschäftigungskrise kann nicht auf dem Wege immer stärkerer Konzentrationen des Wirtschaftsgeschehens auf wenige ‚Wachstumsinseln' durch Förderung weniger, kapitalintensiver Großprojekte und durch verstärkten Raubbau an der Natur und an den natürlichen Ressourcen gelöst werden. Dies ist mit Sicherheit ein Irrweg ohne Zukunftsperspektive, unter dessen negativen Auswirkungen wir letztlich alle zu leiden haben werden.

Lösungsmöglichkeiten der Beschäftigungskrise sind von verschiedenen Seiten in vielfältiger Form aufgezeigt worden (z.B. DGB, DIE GRÜNEN). Ziel einer entsprechenden Politik muß es sein, die durch die technologische Entwicklung immer werdende Arbeit möglichst gleichmäßig auf alle zu verteilen, ohne jedoch durch Kaufkraftverlust der Bevölkerung eine noch größere Wirtschaftskrise heraufzubeschwören, also Arbeitszeitverkürzung ohne Kaufkraftverlust.

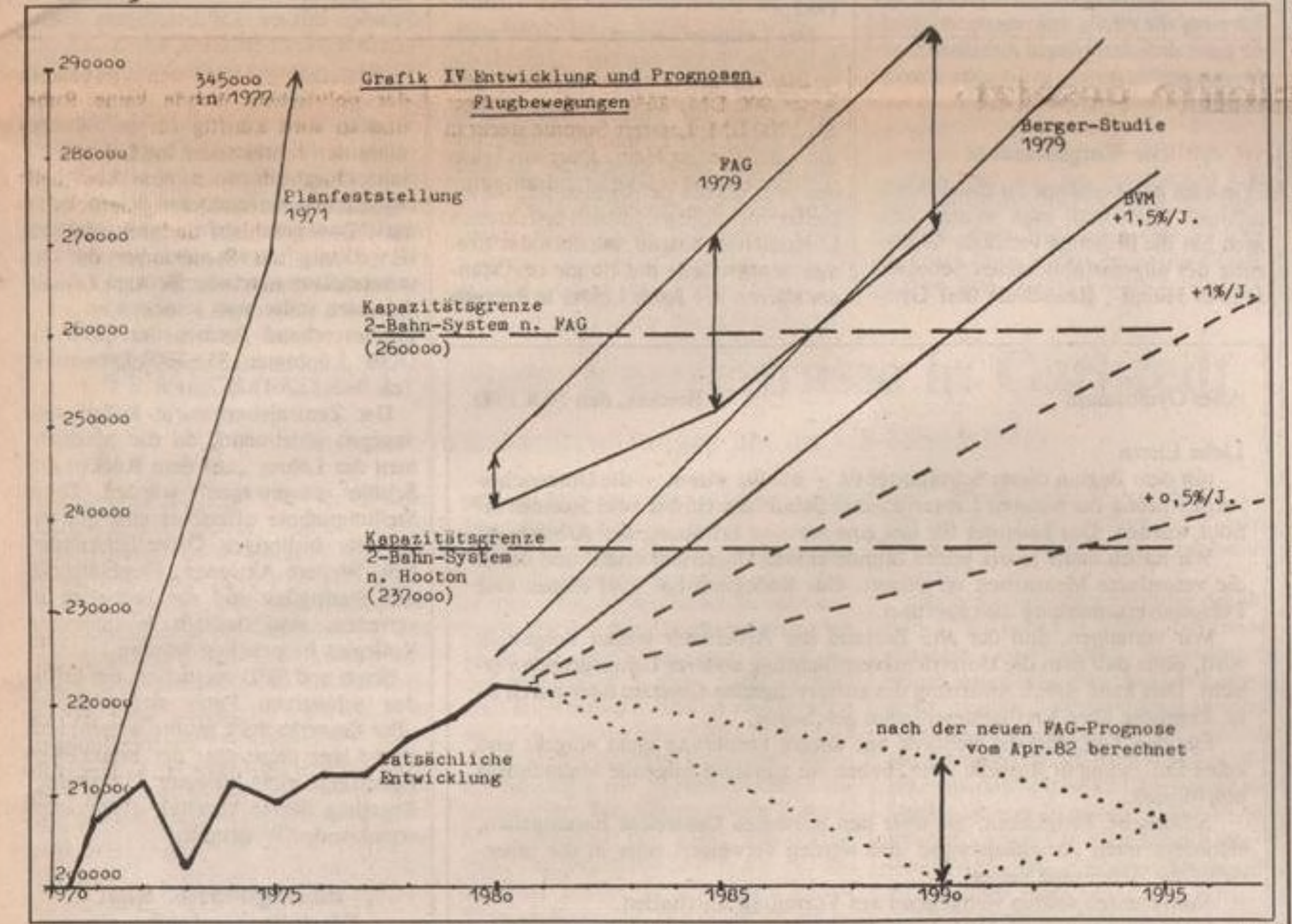
Ein weiteres Ziel muß es sein, weiteres Wachstum nur noch (oder zumindest weitgehend) in umweltschonenden Wirtschaftsbereichen zu fördern sowie den Konzentrationstrend auf kapitalintensive (und arbeitsplatzvernichtende) Großprojekte zu stoppen. Also Förderung alternativer Energieformen, rationeller Energienutzungsformen, Förderung jeglicher Energiesparmaßnahmen, Ausbau der Wärmekraftkoppelung und energiesparende Verkehrsmittel, Förderung des öffentlichen Nahverkehrs. Ebenso die konzentrierte Förderung mittelständischer arbeitsintensiver Unternehmen, Förderung von umweltschonenden Produktionstechniken sowie von Techniken zur Verhinderung bzw. Abmilderung von Umweltschäden bisheriger Produktionstechniken.

(...) Natürlich sind diese Bemerkungen sehr pauschaler Natur, sie sollen auch lediglich eine grobe Zielrichtung angeben, in der gearbeitet werden muß.

Die BRD ist eines der technisch und sozialpolitisch am weitesten fortgeschrittenen Länder der westlichen Welt; es sollte möglich sein, die technische Intelligenz unseres Volkes dafür zu nutzen, einen angemessenen Wohlstand ohne Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern. Im Interesse unseres Überlebens müssen kurzsichtige Kapitalinteressen, denen es ohne Rücksicht auf die Folgen nur um die Erzielung eines möglichst großen und schnellen Profits geht (auch wenn dies angeblich im gesamtwirtschaftlichen Interesse erfolgt), gebändigt werden. Wenn nicht anders möglich, sind zur Erreichung dieses Zieles auch tiefgreifende Eingriffe in unser bisheriges Wirtschaftssystem gerechtfertigt.

Die Frage, vor der wir stehen, heißt nicht: Arbeitsplätze *oder* Umweltschutz, sondern es geht um die Frage, wie die einfachsten, natürlichen Lebensgrundlagen gesichert werden können, um den Menschen ein Arbeiten unter menschenwürdigen Bedingungen, und langfristig sogar ein Überleben der Menschheit auf diesem Planeten zu ermöglichen."

Die Verbreitung dieser Argumente wird sicherlich auch noch kurz vor der Hessenwahl von Bedeutung sein. Selbst wenn die Landesregierung nach der Wahl (egal welche) versuchen sollte, dies totzuschweigen, so zeigen die Broschüren, daß der Widerstand gegen die Startbahn West weiterhin gerechtfertigt ist und trotz einer ungünstigen Lage nach Beginn der Betonierung fortgesetzt werden muß. In den Gewerkschaften laufen schon jetzt die Initiativen an, die vorgelegten Argumente dazu zu nutzen, das „bedingte Ja" des DGB zur Startbahn zu kippen. Rational ist es auch nicht mehr aufrechtzuerhalten. Ein Beschluß des DGB oder der ÖTV Hessen *gegen* die Startbahn könnte jetzt dem Kampf gegen die Startbahn West nochmals eine völlig neue Wende geben.




Die Grafik zeigt sowohl die utopischen FAG-Prognosen von 1971 wie Prognosen der letzten Jahre und die reale Entwicklung. Konsequenz aus den neuen FAG-Zahlen: die Flugbewegungen sinken oder stagnieren, kommen aber keineswegs an die Kapazitätsgrenzen heran.

AUFBEGEHREN · Umweltstafette durch Hessen 1982

# Aufbegehren

## Umweltstafette durch Hessen

Am letzten Samstag begann in Darmstadt die Umweltstafette durch Hessen. Es werden zwischen 30 und 50 (teilweise auch mehr) Teilnehmer sein, die per Fahrrad mit einem Motivwagen in den nächsten drei Wochen 900 km durch Hessen zurücklegen. Die Teilnehmer wechseln sich jeweils an den verschiedenen Etappen ab, einige fahren die ganze Strecke mit. Wie die Liste der Orte und der Themen zeigt, geht es darum, daß sich die Bürgerinitiativbewegung anläßlich des Wahlkampfes in die Diskussion einmischt. Motto ist: Wählt keine Atom-, Beton- und Startbahnparteien. Die Stafette soll dabei selbst keine Wahlpropaganda für eine bestimmte Partei machen; Ziel ist der Erfahrungsaustausch der Initiativen (an jedem Ort gibt es Veranstaltungen) und die Diskussion mit den Bürgern, denen die zahlreichen Umweltverbrechen in Hessen vor Augen geführt werden sollen. Die Umweltstafette endet am *18. September in Wiesbaden*, wo eine *Großdemonstration und Kundgebung ab 11 Uhr* noch einmal die Ablehnung gegen die einzelnen Projekte und die Politik von SPD, FDP und CDU zusammenfassen soll.

Die Etappen der Umweltstafette: 27.8. Darmstadt (Stadtautobahnen) / 28.8. Biblis (AKW) / 29.8. Walldorf (Startbahn) / 30.8. Wiesbaden / 31.8. Ernstbachtalsperre (geplant) / 1.9. Merenberg (WAA) / 2.9. Marburg / 3.9. Frankenberg (WAA) / 4.9. Borken (Kernkraftwerk) / 5.9. Kassel (Schnellbahntrasse) / 6.9. Eschwege (Braunkohleabbau Hoher Meißner) / 7.9. Bad Hersfeld (DB-Trasse) / 8.9. Mücke (Wasserraubbau Vogelsberg) / 9.9. Fulda (Fulda-Gap-Atomkrieg) / 10.9. Gelnhausen (Munitionslager) / 11.9. Hanau (Plutoniumlager) / 12.9. Mainhausen (Giftmülldeponie) / 13.9. Messel (Müllgrube) / 14.9. Köppern (Munitionslager) / 15.9. Königstein (Ausbau B 8) / 16. und 17.9. Frankfurt (Verkehrsprojekte – Stadtautobahnen – Bundesgartenschau) / 18.9. Wiesbaden.

Informationen gibt es über das Umweltbüro Rhein-Main, Langgasse 40, 6082 Mörfelden, Tel. 06105/24166. Finanziert wird die Stafette durch den Verkauf von Plaketten und Buttons, Spenden können auf das Konto 521981 bei der Volksbank Mörfelden überwiesen werden.

Maskottchen der Umweltstafette durch Hessen ist der Drache Kunibald, vertrieben aus dem Startbahnwald, der nun rastlos durch Hessen streift, um eine Bleibe zu finden – doch auch anderswo ist die Umwelt verseucht.

# Bremer Lehrer wehren sich gegen Mehrarbeit

## Streikaktionen gegen Anordnung von Mehrarbeit / Senator droht

*gf.Bremen.* 800 Bremer Lehrer wehren sich seit Wiederbeginn der Schule nach den Sommerferien, auf Anordnung des Senats 4 Stunden pro Woche mehr zu arbeiten – für das gleiche Geld, versteht sich. Schon über 150 von ihnen weigern sich, diese Mehrarbeit zu leisten, und es werden täglich mehr.

Man stelle sich vor: einem Teil der Belegschaft eines Betriebes wird eröffnet, sie müßten ab sofort nicht mehr 40, sondern 44 Stunden pro Woche arbeiten – für dasselbe Monatsgehalt wie vorher. Begleitet wird diese Ankündigung von dem zynischen Hinweis, man solle mal an die Arbeitslosen denken; unter ihnen gäbe es sicher viele, die froh wären, wenn sie 44 Stunden arbeiten dürften.

Gedankenspielerei? Keineswegs! Der Betrieb, das sind die Schulzentren des Sekundarbereichs I (Sek I) in Bremen (7. bis 10. Schuljahr), der betroffene Teil der Belegschaft, das sind diejenigen Lehrer, die ursprünglich mal für den Unterricht an Gymnasien, d.h. bis zum 13. Schuljahr, ausgebildet wurden und früher z.T. dort auch unterrichtet haben. Deren wöchentliche Unterrichtsverpflichtung ist zum 1. August 1982 per Gesetz *von 23 auf 25 Stunden* heraufgesetzt worden. 2 Unterrichtsstunden mehr, das bedeutet etwa 4 Stunden mehr Arbeit insgesamt, wenn man alles berücksichtigt, was man als Lehrer tun muß, bevor überhaupt Unterricht stattfinden kann bzw. nachdem der Unterricht stattgefunden hat (Unterricht planen und vorbereiten, Materialien entwickeln und zusammenstellen, Matrizen und Fotokopien erstellen, Arbeiten und Klausuren entwerfen und korrigieren, Verwaltungsarbeit, Klassenlehrer- oder Tutorentätigkeit, ...) Legt man diese Relation zugrunde, daß eine Unterrichtsstunde etwa 2 Arbeitsstunden mit sich bringt, dann kann man sich bereits ausrechnen, daß weder 23 noch 25 Unterrichtsstunden in einer 40-Stunden-Woche zu erteilen sind. Auch entsprechende wissenschaftliche Untersuchungen belegen dies: das Gutachten der Knight-Wegenstein-AG von 1973 kommt auf eine durchschnittliche Arbeitszeit von 54,4 Stunden pro Unterrichtswoche, unter Berücksichtigung der Ferien von 45,6 Stunden; das Müller-Limmroth-Gutachten von 1980 konstatiert 53,4 ohne und ebenfalls 45,6 Stunden mit Ferienberücksichtigung.

Aus diesem Grunde gibt es schon seit mehreren Jahren eine hartnäckige Auseinandersetzung zwischen den Lehrern und ihrer Gewerkschaft GEW einerseits und den Kultusministerien der Länder andererseits: die Lehrer fordern als langfristiges Ziel 20 Unterrichtsstunden pro Woche für alle Schularten und -fächer (was dann in etwa eine 40-Stunden-Woche bringen würde), die Kultusminister sind dagegen übereingekommen, den status quo zu erhalten und möglichst keine Arbeitszeitverkürzung zuzulassen. Gegen dieses Stillhalteabkommen hat es im Jahre 1979 streikähnliche Aktionen in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Hessen gegeben, die in allen Fällen zu Disziplinarmaßnahmen und Gehaltskürzungen geführt haben. 1980 haben dann in einer bundesweiten GEW-Aktion über 40000 Lehrerinnen und Lehrer Klage gegen die Arbeitszeitregelung erhoben. Diese Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Man kann sich gut vorstellen, was in einer solchen Situation der Überarbeit, wo die Forderung nach Arbeitszeit*verkürzung* die einzig angemessene ist, eine gesetzlich festgelegte Arbeitszeit*verlängerung* bedeutet: es ist eine Provokation.

### Die Vorgeschichte

Wie kam es überhaupt zu dieser Maßnahme? Dazu muß man wissen: Bremen hat die bisherige vertikale Gliederung des allgemeinbildenden Schulwesens in Haupt-, Realschule und Gymnasium ergänzt durch eine horizontale Gliederung in Primarstufe (1. bis 4. Schuljahr), Orientierungsstufe und Sekundarstufe I (5./6. und 7. bis 10.) sowie Sekundarstufe II (11. bis 13.). Zu diesen verschiedenen Schulstufen gibt es in der jetzigen Bremer Lehrerausbildung auch die „passenden" Lehrer: sie werden halt für eine der drei Stufen ausgebildet. Für diese sogenannten echten Stufenlehrer gibt es auch eine Regelung über ihre Unterrichtsverpflichtung: Primar 27, Sek I 25, Sek II 23 Stunden pro Woche.

Soweit alles klar. Aber neben den passenden gibt es noch die „unpassenden" Lehrer: die älteren mit anderen Ausbildungsgängen und die Zugänge aus anderen Bundesländern, wo ebenfalls anders ausgebildet wird. Da finden sich dann Hauptschullehrer, Grund-Haupt-Realschullehrer, Gymnasiallehrer, um nur die Hauptformen zu nennen. Alle diese treffen sich nun in den heutigen Schulzentren der Sek I. Und sie behielten dort anfangs ihre unterschiedliche Bezahlung und Arbeitszeit: die früheren Hauptschullehrer mußten 27 Stunden unterrichten, die früheren Gymnasiallehrer „nur" 23 Stunden.

1980 wurde dann die Arbeitszeit der Hauptschullehrer schrittweise auf 26 Stunden herabgesetzt.

Alle tun aber dieselbe Arbeit, sie werden größtenteils in *allen* Klassen, also bei den Hauptschülern, den Realschülern und den Gymnasiasten, eingesetzt. Ihre Schlechterstellung mochten die Hauptschullehrer verständlicherweise nicht länger mitmachen, und als alles andere nichts half, taten sie dasselbe, was auch die Frauen der Firma Heinze taten: die klagten vor Gericht auf Gleichbehandlung (zwar nicht bei der *Bezahlung*, denn die richtet sich aufgrund beamtenrechtlicher Vorschriften nach der Ausbildung; aber bei der Arbeitszeit).

Und genauso wie die Heinze-Frauen beim Bundesarbeitsgericht in Kassel, siegten auch die Lehrer beim Landesarbeitsgericht in Bremen im August 81: die Arbeitszeit müsse für alle gleich sein, wenn sie gleich eingesetzt würden.

Im September dann die Reaktion des Senats: im Entwurf eines „Gesetzes zur Regelung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrer an öffentlichen Schulen ..." tauchten die besagten 25 Stunden auf. Begründung: eine kostenneutrale Lösung; um die 1600 betroffenen Hauptschullehrer von 26 auf 25 Stunden zu bringen, müsse man die betroffenen 800 Gymnasiallehrer von 23 auf 25 Stunden hochsetzen. Wirksam werden solle diese Regelung am 1. August 1982.

Der Landesvorstand der GEW stellte in einer Erklärung fest: „Hätten die ‚Heinze-Frauen' ihren Prozeß um gleichen Lohn für Männer und Frauen nicht gegen ihre Firma, sondern gegen den Bremer Senat gewonnen, sie ständen jetzt als die Betrogenen da. Sie erhielten nicht die gerichtlich erstrittenen Lohnnachzahlungen, sondern der Bremer Senat würde die Löhne der Männer kürzen ... Jeder Lehrer in Bremen weiß: Was der Senat heute mit den Gymnasiallehrern macht, kann er morgen mit den Grundschullehrern, übermorgen an den Berufsschulen und jederzeit mit den HR-Lehrern machen. Und er wird es machen, wenn wir es nicht verhindern."

Trotz dieser Erkenntnis tat sich erst einmal gar nichts. Die Provokation steckte offenbar allen tief in den Knochen. Hinzu kam, daß es eine vergleichsweise kleine Gruppe traf, die auf viele Schulen verteilt war. Hinzu kam weiter, daß bei vielen Hauptschullehrern anfangs das Wort von der „ausgleichenden Gerechtigkeit" und auch ein bißchen klammheimliche Freude aufkam; man darf den Unmut, der zwischen Kollegen mit unterschiedlicher Belastung entstehen kann, nicht unterschätzen. Man muß dem Senat bescheinigen, daß seine Regelung taktisch nicht ungeschickt plaziert war: erweckte sie doch den Eindruck, als ermögliche die Mehrbelastung der einen Lehrergruppe die Entlastung der anderen. – Schließlich waren auch die Disziplinierungen von 1979 noch nicht vergessen.

So verging praktisch das ganze erste Halbjahr 1982 mit quälenden Debatten in Betriebsgruppen, Delegiertenversammlungen und auch in der Zeitung der Bremer GEW, der Bremer Lehrerzeitung (BLZ). Kein Vertretungsorgan kam zu konkreten Aktionsbeschlüssen.

Unterschriften wurden zusammen mit dem Philologenverband, einer Standesvertretung von Gymnasiallehrern, gesammelt, eine gemeinsame Erklärung erschien als Anzeige in den Bremer Tageszeitungen. Im Februar ergab eine Umfrage der GEW zur Streikbereitschaft unter den Betroffenen „ein zwar beachtliches, für die Ausrufung des Warnstreiks aber nicht ausreichendes Ergebnis" (BLZ 4/82). Verschiedene Aktionspapiere wurden an den Schulen diskutiert; aber immer war spürbar, daß eigentlich niemand so recht an einen Erfolg glaubte und man die Sache für gelaufen hielt. Von Streik redete niemand mehr. Die Sommerferien begannen.

### Streikbeginn

Eine Woche nach Wiederbeginn der Schule schägt eine Nachricht wie eine Bombe ein: eine kleine Gruppe von betroffenen Lehrern eines Schulzentrums weigert sich schlichtweg, die verlangte Mehrarbeit zu leisten. Die Aktion weitet sich im Nu aus. Der Landesvorstand der GEW ist kaum in der Lage, mit seinen Infos über den Stand der Aktionen auf dem laufenden zu bleiben: am 20. August sind es bereits 8 Schulen mit ca. 150 beteiligten Kollegen, am 24. 11 Schulen, am 26. 13, am 27. bereits mehr als 16. Viele Kollegien schreiben Briefe an die Eltern ihrer Schüler, in denen sie ihre Maßnahmen erklären (s. unten). Hinzu kommen Solidaritätsaktionen von nicht direkt betroffenen Kollegen der Sek II. Solidaritätsadressen gehen von anderen Gewerkschaften ein sowie von der Gesamtschülervertretung Bremen (solche Adressen sollte man schicken an: Landesverband Bremen der GEW im DGB, Löningstr. 35, 2800 Bremen 1; Tel. 0421/326182).

Der Zentralelternbeirat äußert sich dagegen ablehnend, da die Maßnahmen der Lehrer „auf dem Rücken der Schüler ausgetragen" würden. Diese Stellungnahme offenbart eine Schwäche der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit. Weitere Aktionen, Flugblätter in den Stadtteilen und vor Betrieben zu verteilen, sind deshalb in mehreren Kollegien besprochen worden.

Senat und SPD versuchen, der GEW den schwarzen Peter zuzuschieben: „Die Gewerkschaft mußte wissen, daß eine Klage angesichts der bremischen Finanzlage nicht zu einer 23-Stunden-Regelung führen konnte." (Fraktionsvorsitzender Wedemeier)

### Bildungssenator leitet Disziplinarverfahren ein

Der zuständige Bildungssenator läßt sich von den Schulleitungen alle an Verweigerungsaktionen beteiligten Kollegen nennen. Selbst das scheint aber Schwierigkeiten zu machen: „Bei 88 Lehrern sind unsere Unterlagen komplett", heißt es am 26. August. Diese 88 haben inzwischen zwei Briefe bekommen: der eine enthält eine Feststellung über die Anzahl der nichterteilten Unterrichtsstunden mit der Ankündigung eines entsprechenden Gehaltsabzugs, der andere kündigt „Vorermittlungen in einem Disziplinarverfahren wegen Verletzung von Dienstpflichten" an. Die Betroffenen sollten Stellung nehmen.

Ein wesentlicher Punkt der Debatte ist jetzt, wie man auf die angekündigten Disziplinierungen reagieren soll. Stellung nehmen wird jedenfalls keiner, denn die Gründe für die Verweigerungsaktion sind vielfach erläutert.

Der beste Schutz vor durchgreifenden Disziplinierungen ist eine Ausweitung der Aktion. Das zeichnet sich ab.

Altes Gymnasium — Bremen, den 19.8.1982

Liebe Eltern

mit dem Beginn dieses Schuljahres ist – wie Sie wissen – die Unterrichtsverpflichtung der meisten Lehrer unserer Schule um ein bis zwei Stunden erhöht worden. Das bedeutet für uns eine massive Erhöhung der Arbeitszeit.

Wir haben heute in der ersten Stunde keinen Unterricht erteilt und damit die verordnete Mehrarbeit verweigert. Das Kollegium hat statt dessen eine Personalversammlung durchgeführt.

Wir verlangen, daß der alte Zustand der Arbeitszeit wieder hergestellt wird, ohne daß man die Unterrichtsverpflichtung anderer Lehrergruppen erhöht. Dies kann durch Änderung des entsprechenden Gesetzes oder durch eine Regelung über Verfügungsstunden geschehen.

Für den Fall, daß die Behörde auf unsere Forderung nicht eingeht und keine Entlastung in Aussicht stellt, haben wir zunächst folgende Maßnahmen beschlossen:

– Schulische Tätigkeiten, die über den normalen Unterricht hinausgehen, erfordern mehr Arbeitsaufwand und werden verweigert oder in die unterrichtliche Arbeitszeit verlegt.
– Konferenzen sollten weitgehend am Vormittag stattfinden.
– Klassenarbeiten und andere schriftliche Tests, die nicht durch den Stundenplan zwingend vorgeschrieben sind, werden nicht mehr durchgeführt.
– Falls durch die erhöhte Arbeitsbelastung die rechtzeitige Korrektur der vorgeschriebenen Arbeiten und die Zensurengebung nicht zu bewältigen sind, wird die Ausfertigung von Zeugnissen verzögert.

Wir hoffen, daß Sie angesichts der behördlich verordneten Erhöhung unserer Arbeitszeit Verständnis für unseren Unmut und die von uns beschlossenen Maßnahmen haben, deren Ziel letztendlich die Verbesserung des Schulalltags für Lehrer und Schüler ist.

Mit freundlichem Gruß
die Lehrerversammlung des AG



# Belegschaft von Kaffee-Hag nimmt Kaufverhandlungen auf

*wof.* Am 30. Juni 1982 wurde das Kaffee-Hag-Werk Oldenbüttel, seit 1979 im Besitz des amerikanischen Konzerns General Food, geschlossen. Schon bei Bekanntwerden der Schließung gründeten die Belegschaftsmitglieder einen Verein, der sich zum Ziel setzte, für den Erhalt der Arbeitsplätze einzutreten. Sie wollen das hochmoderne Werk, das erst 1970 in Betrieb genommen wurde, weiterführen. Der zur Zeit gangbare, wenn auch kostspielige Weg ist der des Kaufs. General Food hingegen gab zunächst nur höhnische Repliken und nannte astronomisch hohe Kaufsummen (10 Mio. DM).

Um den Entkoffeinierungsmarkt eng zu halten, wurden die Oldenbütteler Entkoffeinierungsanlagen stillgelegt. Hier konnten zuvor andere Kaffee-Firmen (Tschibo, Eduscho), die keine eigene Anlage besitzen, entkoffeinieren. Nach der Schließung gibt es lediglich drei solcher Anlagen auf westdeutschem Boden. Der Vorstand verspricht sich Marktvorteile auf dem hart umkämpften Kaffeemarkt. Den Kaffee-Firmen andererseits käme eine Wiedereröffnung von Hag-Oldenbüttel sehr entgegen.

So nimmt es nicht Wunder, daß die Belegschaft und der Verein bereits ein Auftragskonzept für die nächsten Jahre in der Tasche haben, wenn ihnen das Werk veräußert werden sollte.

An einem Finanzierungskonzept wird noch gearbeitet. Ein solches Konzept nannte der niedersächsische Wirtschaftsminister dann auch als Voraussetzung, um „im Rahmen der bestehenden Fördermöglichkeiten zu helfen" (Schreiben vom 1.7.82). Auch in der betreffenden Gemeinde Hambergen gibt es Anzeichen dafür, mit einer kommunalen Beteiligung am Gesamtkaufpreis einzusteigen.

Der DGB verhält sich bisher kühl und zurückhaltend. Der Vorsitzende des Kreises Bremen, Erwin Schmidt, erklärte, daß der DGB nicht in der Lage sei, sich an einem Unternehmen zu beteiligen und verwies auf die zuständige IG Chemie. Die ihrerseits beobachtet interessiert die Aktivitäten ihrer Mitglieder in Oldenbüttel.

Vor einigen Tagen fanden erste lose Verkaufsverhandlungen zwischen dem Vorstand der Hag General Food AG und dem Verein sowie einem Vertreter der Gemeinde statt. Die öffentliche Kritik zwang den Vorstandschef Uwe Karsten zu Gesprächen. Offenkundig wurde nämlich, daß die schon durchgeführte Einmottung des Betriebes aus konzernstrategischen Gründen trotz guter Möglichkeiten der wirtschaftlichen Nutzung bei 11% Arbeitslosigkeit in diesem Bereich ein ausgesprochener Affront ist. Irgendeine Bereitschaft zu verkaufen oder zu verpachten hat der Konzern bislang noch nicht erklärt.

Der Verein und der Betriebsrat planen noch im September eine Fahrt zur selbstverwalteten Glashütte Süßmuth, um sich an Ort und Stelle über das dort durchgeführte Konzept der Selbstverwaltung und die bisherigen Erfahrungen zu informieren.



# Israel und die Gewerkschaften: Veränderte Beziehungen

**„Kann ... von uns nicht hingenommen werden" – schrieb der Geschäftsführer der „Freunde der israelischen Arbeiterbewegung" an eben diese Freunde und „vielleicht kann der eine oder andere aus dem Freundeskreis sich ebenfalls äußern." Es gab Krach um eine „metall"-Titelstory über Israels Krieg im Libanon. Die Metall-Redaktion sah sich genötigt, einen Gegenartikel ins Blatt zu nehmen. Gründe und Hintergründe.**

*Von Gerd Heinemann*

Nicht hingenommen werden konnte die metall-Titelstory unter der Überschrift „Vom Gejagten zum Jäger – Begin bombt ein Volk in die Flucht", die über die Vernichtung der PLO und der palästinensischen und libanesischen Bevölkerung durch Israels Krieg berichtete. Die das nicht hinnehmen wollten, der „Freundeskreis", sind locker organisierte prominente Sozialdemokraten und Gewerkschafter. G. Muhr, der stellvertretende DGB-Vorsitzende ist dabei, S. Bleicher, ebenfalls DGB-Bundesvorstand, aus dem alten DGB-Vorstand G. Schmidt, die DGB-Landesvorsitzenden des Saarlands, von Rheinland-Pfalz und Hessen, Wagner, Lehlbach und Richert, die Bundestagsvizen Renger und Leber, Bundesjustizminister Schmude, Staatssekretär R. Dreßler, die Länderchefs Rau und Koschnik aber auch CDU-Senator für Bundesangelegenheiten N. Blüm. Betrachtet man die bisherige Haltung und Berichterstattung der westdeutschen Gewerkschaften zu diesem Thema, ist der metall-Artikel gewissermaßen eine Wende. Der DGB hat bisher zum Israel-Libanonkrieg keine Erklärung abgegeben.

1967, während des 6 Tage-Kriegs, als Israel wesentliche Gebietseroberungen auf dem Sinai, der Westbank und den Golanhöhen machte, erklärte der DGB und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaft demonstrativ ihre Solidarität mit Israels Kampf: „Israel ist ein auf freier, demokratischer Grundlage ruhender Staat, in dem die demokratische Gewerkschaftsbewegung und ihre Arbeitsnehmer eine entscheidende Rolle spielen. Der DGB und seine Gewerkschaften fühlen sich daher mit der israelischen Gewerkschaftsbewegung und dem israelischen Volk in seinem jetzigen Abwehrkampf besonders eng verbunden. Um das zu demonstrieren zeichnete der DGB für 3 Mio. DM „State of Israel"-Bonds, eine Staatsanleihe zur Finanzierung von Israels Haushalt, „weil er damit seine Hoffnung in das Weiterbestehen des Staates dokumentieren wollte, der diese Anleihe zurückbezahlt".

1973, im Oktober-Krieg ruft der DGB auf, die Waffen schweigen zu lassen und „Gespräche mit dem Ziel einer dauerhaften Lösung der Probleme zwischen dem Staat Israel und den arabischen Staaten aufzunehmen". Jedoch ist zuerst von Israel („Leben und Gesundheit von Millionen arbeitenden Menschen, die an dem friedlichen Aufbau ihrer Existenz und ihres Staates mitwirkten, ist bedroht") die Rede. Palästinenser tauchen in dem Aufruf erst gar nicht auf, nur die arabischen Staaten. Der auslösende Faktor, die seit 1967 andauernde Besetzung ägyptischen Bodens, wird garnichtmal erwähnt, die Forderung nach Abzug aus den besetzten Gebieten nicht erhoben.

Natürlich gab es auch von den DGB-Positionen teilweise abweichende Auffassungen. Die „metall" druckte 1967 einen „Le Monde-Artikel" nach, in dem die israelische Bedrohung gegenüber Syrien als auslösendes Moment der Nasserischen Mobilmachung dargestellt wird und Verhandlungen zwischen den Großmächten mit dem Ziel der Verständigung zwischen Israel und den anderen Staaten im Nahen Osten gefordert werden.

In der „einheit" der IG Bergbau wird zur gleichen Zeit zweimal der Spendenaufruf „Helft Israel" propagiert, der von A. Arndt, einem sozialdemokratischen Juristen, G. Grass, dem BfG-Banker Hesselbach u.a. erstunterzeichnet ist.

Diese Spannbreite um die DGB-Position zeichnet sich auch 1973 ab. Die „einheit" läßt den Ex-Innensenator Ruhnau unter Losung „wir dürfen nicht neutral sein" die „Existenzgarantie für Israel" fordern und zitiert die Erklärung des SPD-Parteirats und -Parteivorstands: „Die SPD grüßt in dieser Stunde in solidarischer Verbundenheit ihre sozialdemokratischen Freunde in Israel, an ihrer Spitze Golda Meir." Unter dem Hinweis auf deutsche Flüchtlinge kommt Ruhnau dann zu der Forderung, die arabischen Staaten sollten die vertriebenen Palästinenser gefälligst dauerhaft integrieren. Der einheit-Chef Niggemeier fordert „sichere Grenzen" für Israel.

Die ;metall" dagegen schreibt schon: „Der Boden auf dem jetzt das Waffenmaterial der florierenden Rüstungsindustrie verschlissen wird, gehört den Palästinensern nicht weniger als den Israelis. Beide Völker haben hier ein Lebensrecht, um gleichberechtigt zu existieren." Dieses Recht fordert H. Brandt in der „metall" und die Räumung der besetzten Gebiete. Die PLO, als die Vertreterin des palästinensischen Volkes, hatte damals noch keine Chance in deutschen Gewerkschaftszeitungen.

### Ursachen und Gründe

Ganz gewiß ist die Ursache für die Pro-Israel-Haltung der Gewerkschaften (und der SPD) nicht in der Existenz einer Israel-Mafia zu finden. Auch der Druck der bürgerlichen Meinungsmacher erklärt nicht alles.

Johannes Rau hat von den besonderen Beziehungen zu Israel gesprochen, die „ohne den sozialdemokratischen Humus nicht denkbar" wären. Dieser Humus ist schon alt und geht auf die Zeit vor dem 1. und 2. Weltkrieg zurück.

Da gibt es ideologische Gemeinsamkeiten. Die sogenannte 2. Einwanderungswelle war im Gefolge der russischen Revolution von 1905 wesentlich von sozialistisch orientierten Arbeitern und Intellektuellen geprägt. Weitgehend ohne individuelles Vermögen sahen sie in der gemeinsamen Eroberung und Bearbeitung des Bodens, ihre Aufgabe. 1910 entstand der erste Kibbuzim, dem folgten rasch weitere solcher genossenschaftlichen Zusammenschlüsse, die nicht nur gemeinschaftlich produzierten, sonder auch lebten, Land durch Kauf oder Vertreibung „erwerben" und militärisch verteidigten. Starken Einfluß hatte in dieser Bewegung vor dem 1. Weltkrieg der Genossenschaftstheoretiker F. Oppenheimer, ein deutscher liberaler „Sozialist", auf den sich Bernstein bei seiner Genossenschaftstheorie stützte. Heute gibt es 232 Kibbuzim, die zusammen mit den Moschawim, bäuerlichen Einzelbetrieben mit genossenschaftlichen Zügen, rund 2/3 der landwirtschaftlichen Produktion Israels betreiben.

In der Zeit der 2. Einwanderungswelle fällt auch die Gründung der ersten gewerkschaftlichen Organisationen. Aber erst 1920 wird der Histadrut, der Gewerkschaftsbund, gegründet. Der wird Mitglied in der Amsterdamer – sozialdemokratischen – Gewerkschaftsinternationale. Der Histadrut ist keine normale Gewerkschaft, sondern daneben auch Dachorganisation von gewerkschaftlichen Unternehmen, von Organen der Selbsthilfe wie Pensions- und Krankenkassen und Erziehungseinrichtungen.

Um 1930 wird aus einer Reihe von kleinen politischen Organisationen die Mapai, die sozialdemokratische Arbeiterpartei, gegründet, die wiederum Mitglied in der II. Internationalen und heute in der Sozialistischen Internationalen ist.

Zu den politischen Bindungen an die Vorläufereinrichtungen des Staates Israel kam schon früh hinzu, daß die sozialistisch-zionistischen Pioniereinrichtungen in Deutschland als Muster für erfolgreiche Einrichtungen in Arbeiterhand galten.

Neben den offiziellen Verbindungen über die jeweiligen „Internationalen" hinaus gab es noch besondere Organe. Beispielsweise organisierte ein „sozialistisches Komitee für das arbeitende Palästina", gegründet von Leon Blum, Emile Vandervelde und den Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid, Eduard Bernstein und Paul Löbe die Auswanderungspropaganda für Palästina.

Wichtig ist aber auch die personelle Verknüpfung zwischen der deutschen und sozialistisch-zionistischen Arbeiterbewegung. Zahlreiche sozialdemokratische Mitglieder und Führer gingen als Juden, zur Zeit der faschistischen Herrschaft, nach Palästina. Fritz Naphtali, Verfasser des sozialdemokratischen Programms der „Wirtschaftsdemokratie", arbeitete in Palästina im Vorstand der Histadrut als Landwirtschafts- und Wohlfahrtsminister. Hinzu kamen Freundschaften aus der gemeinsam erlebten Verfolgung durch die Faschisten.

Nachem die Sowjetunion die Staatsgründung Israels unterstützte und im ersten Krieg 1947/48 gegen Araber und Engländer, Waffen an Israel liefern ließ, war es selbstverständlich, daß die ersten Verbindungen zwischen Westdeutschland und Israel von der Arbeiterbewegung ausgingen.

Diese Verbindung ist inzwischen recht handfest geworden. Die Bfg soll einer der größten Kreditgeber Israels sein, sie hat in Israel ein Tochterinstitut gegründet, die Israel Continental Bank, und ist zusammen mit der Industrial Service Company, die ihr ebenfalls zu 90% gehört, stark im Ex- und Importgeschäft zwischen Israel und der BRD engagiert.

Diese engen politischen und personellen Verbindungen – DGB-Landesbezirke haben Partnerschaftsabkommen mit Histadrut-Bezirken – haben hier das Bild Israels als einem sozialistisch geprägtem Arbeiterstaat geformt und verklärt. Von einem Israel, das eben diese Errungenschaften gegen eine letztlich feudal bestimmte feindliche Umwelt verteidigen müsse.

Erst der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und der PLO, die aggressive Politik Begins, zu der die sozialdemokratische Arbeiterpartei keine Alternative bot, haben zu einer Lockerung des Verhältnisses geführt. Diese Entwicklung ist in der SPD wohl schon weiter als in den Gewerkschaften.







## Erklärungen des DGB zu den Nah-Ost-Kriegen

Der Ausbruch des Krieges im Nahen Osten hat gezeigt, daß die Vereinten Nationen ihrer Verpflichtung, den Frieden zu sichern, bisher nicht gerecht wurden. Besonders die Großmächte USA und die Sowjetunion tragen vor der Welt eine unabdingbare Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens.

Die Vereinten Nationen haben Israel als unabhängigen und selbständigen Staat anerkannt. Die USA, Großbritannien und Frankreich haben darüber hinaus den Bestand des Staates Israel garantiert und haben die Verpflichtung, Israel gegen jede Aggression zu schützen.

Es besteht kein Zweifel, daß die erklärte Absicht der arabischen Staaten, den Staat Israel durch einen „heiligen Krieg" zu vernichten und seine Bürger „ins Meer zu treiben", eine Aggression darstellt. Die Drohung, einen „totalen Krieg" zu führen, erinnert an Vorgänge, die in jüngster Vergangenheit furchtbares Elend über die gesamte Welt gebracht haben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund bekräftigt seine Überzeugung, daß jedem Volk das Recht und die Mittel zu seiner freien und unabhängigen Existenz gesichert und die Freiheit der Meere gewährleistet sein müssen. Alle internationalen Konflikte müssen nach Auffassung der Arbeitnehmer ohne Anwendung von Erpressung, Drohung und Gewalt gelöst werden.

Israel ist ein auf freier, demokratischer Grundlage beruhender Staat, in dem die demokratische Gewerkschaftsbewegung und ihre Arbeitnehmer eine entscheidende Rolle spielen. Der DGB und seine Gewerkschaften fühlen sich daher mit der israelischen Gewerkschaftsbewegung und dem israelischen Volk in seinem jetzigen Abwehrkampf besonders eng verbunden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund appelliert an die Weltöffentlichkeit, die Vereinten Nationen und alle friedenswilligen Kräfte, stärksten moralischen Druck auf die Regierungen der Großmächte auszuüben, damit sie alles unternehmen, um eine sofortige Beendigung der Feindseligkeiten sowie einen gerechten, vertraglich gesicherten Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn herbeizuführen.

*Deutscher Gewerkschaftsbund,*
*Bundesvorstand,*
*Juni 1967*

### Waffen sollen schweigen

Mit großer Sorge und tiefer Betroffenheit hat der Deutsche Gewerkschaftsbund den Ausbruch des Krieges im Nahen Osten zur Kenntnis genommen. Erneut wurde Israel in einen Konflikt verwickelt, der die Gefahr einer überregionalen kriegerischen Auseinandersetzung in sich birgt. Das Leben und die Gesundheit von Millionen von arbeitenden Menschen, die an dem friedlichen Aufbau ihrer Existenz und ihres Staates aktiv mitwirken, ist bedroht.

Die Völker dieser Erde können und dürfen nicht zulassen, daß immer noch der Krieg als Mittel zur Lösung gegensätzlicher politischer Auffassungen angesehen wird. Der Deutsche Gewerkschaftsbund appelliert deshalb eindringlich an alle kriegführenden Staaten im Nahen Osten, unverzüglich die Waffen schweigen zu lassen, und Gespräche mit dem Ziel einer dauerhaften friedlichen Lösung der Probleme zwischen dem Staat Israel und den arabischen Ländern aufzunehmen. *Oktober 1973*

### Erklärung des Histadrut-Generalsekretärs

1. Die israelische Arbeiterpartei unterstützt weiterhin den Waffenstillstand an allen Frontabschnitten in Libanon und seitens aller Beteiligten.
2. Die Israelische Arbeiterpartei befürwortet die Fortsetzung der Verhandlungen mit der Zielsetzung eines Rückzuges der PLO aus Beirut nach arabischen Ländern und den Rückzug aller anderen ausländischen Streitkräfte aus dem Libanon, wenn die Sicherheit Israels nördlicher Gebiete gewährleistet worden ist.
3. Die Israelische Arbeiterpartei fordert die Einstellung der Luftangriffe auf die Wohnviertel von Beirut, die Leiden und Verluste unter der libanesischen Zivilbevölkerung verursachen. Diese Aktionen trüben das Bild Israels als einem auf humanen Werten beruhenden demokratischen Staat.
4. Die Israelische Arbeiterpartei ist der Meinung, daß die Wahlen eines neuen Präsidenten in Libanon ohne jede fremde Einmischung und ohne militärische Bedrohung stattfinden sollen.
5. Die Israelische Arbeiterpartei möchte feststellen, daß PLO eine terroristische Organisation ist, die Israel das Existenzrecht verweigert und eine Gefahr für die Sicherheit Israels sowie auch eine Bedrohung des Friedens im Nahen Osten darstellt. Die Arbeiterpartei widersetzt sich gegen irgendwelche Änderungen oder Hinzufügungen zu den UNO-Sicherheitsrat-Resolutionen 242 und 338, welche die anerkannte Grundlage für das Camp David-Abkommen und den Friedensprozeß bilden.
6. Die Israelische Arbeiterpartei glaubt, daß jetzt die Zeit gekommen ist für eine Initiatve, die zu einer Lösung der palästinensischen Frage führen soll, auf der Basis eines Kompromisses mit den Einwohnern von Judäa, Samaria und dem Gazastreifen sowie auch der aktiven Teilnahme der Regierung Jordaniens.

Ich möchte noch hinzufügen, daß die Histadrut es als ihre Pflicht betrachtet, die Welt über das Elend des libanesischen Volkes zu informieren. Wir werden in Kürze einen ausführlichen Bericht über die Greueltaten, welche die PLO gegen die libanesische Zivilbevölkerung ausgeübt hat, ohne daß dabei seitens der internationalen Völkergemeinschaft Protest erhoben wurde.

Diese Tatsachen werden für sich selbst sprechen und der Welt das wahre Antlitz dieser Terrororganisation enthüllen.

*In solidarischer Verbundenheit*
*Yerucham Meshel M.K.*
*29. Juli 1982 Histadrut Generalsekretär*

### Freunde der israelischen Arbeiterbewegung

„Liebe Freunde!
Wie angekündigt sende ich Euch die Erklärung des Präsidiums der DIG (Deutsch-Israelische Gesellschaft) und die Publikationen der ‚einheit' zur Lage im Nahen Osten zu. Inzwischen ist ein Beitrag in der Mitgliederzeitung der IG Metall erschienen (siehe Anlage), der in Form und Inhalt zu ernsten Bedenken Anlaß gibt, weil zwischen den Begin-Sharon-Politik und der der israelischen Arbeiterbewegung nicht unterschieden wird.

Darüber wurde heute in einem kleinen Kreis der FREUNDE gesprochen. Zwei Leserbriefe wurden bereits an ‚metall' geschickt, sie sind zur Kenntnisnahme ebenfalls in Abschrift beigefügt.

Außerdem wurde die ‚metall'-Redaktion heute von uns um einen Gesprächstermin gebeten, da deren Publikation so ja wohl von uns nicht hingenommen werden kann. Vielleicht kann der eine oder andere aus dem Freundeskreis sich ebenfalls äußern.

*2. August 1982*

# Lernen im Betrieb?

**Ausbildungsplatzmangel und Jugendarbeitslosigkeit verweisen deutlich auf die Krise der Berufsausbildung. Doch Kapitalistenverbände und Bundesregierung weisen eine Systemkrise weit von sich. Jetzt, in der Krise, da komme die Bewährungsstunde des „dualen Systems". Und noch immer wird die Allerweltsweisheit runtergeleiert: Berufliche Ausbildung hat im Betrieb zu geschehen! Aber ist diese Formel durch die materielle Entwicklung nicht längst überholt? Gibt es nicht eine stetige Tendenz zur Verschulung der Ausbildung, die über die engen Grenzen des vom Kapital monopolisierten Systems der Berufsausbildung hinausweist?**
**Die folgende Auseinandersetzung mit der Entwicklung der beruflichen Ausbildung am Beispiel von Industrie und Handwerk zeigt: Ein Kampf für „mehr Lehrstellen" führt nur weiter hinein in die Sackgasse der Jugendarbeitslosigkeit und der sich verschlechternden beruflichen Ausbildung. Selbst ein „Sofortprogramm" muß der objektiven Tendenz der Verschulung entsprechen.**

*Von Michael Ackermann*




In dem Artikel „Jugendarbeitslosigkeit – Zu neuen Höhen" wurde in der vorletzten KVZ die Lage der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt dargestellt und der sich verschärfende Druck auf die Berufsausbildung behandelt. Bezüglich der aktuellen Situation wurde dem Kampf um mehr Lehrstellen die Forderung nach vollschulischer Berufsausbildung entgegengehalten.

In diesem Zusammenhang werfen sich einige Fragen auf:

- Inwieweit entspricht oder widerspricht die Forderung nach vollschulischer Berufsausbildung den bisherigen Entwicklungen im herrschenden Berufsausbildungssystem?
- Ist die Forderung nach der Verschulung der Berufsausbildung in der Lage, die aktuellen Kampfbedingungen der Jugend und der Arbeiterbewegung zu verbessern;
- und, enthält diese Forderung nicht auch Elemente der umfassenden Umwälzung des beruflichen Bildungssystems, ja des gesamten Bildungswesens?

## *Die historische Entwicklung von Gegensätzlichkeiten in der Berufsausbildung*

Das Kapital entwickelt der kapitalistischen Produktionsweise entsprechend eine ganz spezifische Form der beruflichen Ausbildung bzw. der Qualifizierung der Arbeitskraft. Daß das „duale System" der Berufsausbildung heute durch eine Arbeitsteilung zwischen dem Einzelkapitalisten und dem ideellen Gesamtkapitalisten (dem Staat) geprägt ist – indem die *betriebliche* Ausbildung dem Einzelkapital überlassen bleibt, während die *überbetriebliche, schulische* Ausbildung zumeist (und in verschiedenen Formen) dem Staat anheimfällt –, hängt mit der gewaltigen Veränderung gegenüber früheren Stadien der kapitalistischen Produktionsweise zusammen, in der die Ausbildung des Arbeiters ganz unter der Herrschaft des Einzelkapitalisten stattfand.

Auf dieser Grundlage entwickelt sich auch das widersprüchliche Verhältnis zwischen Einzelkapitalist und gesamtkapitalistischen Interessen, denn es gibt heute gewaltige Interessenunterschiede zwischen den Einzelkapitalisten in Fragen der beruflichen Bildung, die aus der stofflichen Seite des Produktionsprozesses herrühren. Sozusagen der bekannte Widerspruch zwischen Industrie und Handwerk oder – was nicht der gleiche Widerspruch ist – zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb, dem der unterschiedliche Grad von Anwendung vergegenständlichter Arbeit – Maschinerie – zugrunde liegt. Aus der stofflichen Verschiedenheit der Produktion entspringt für das Kapital ein ganz unterschiedliches Bedürfnis an ausgebildeter Arbeitskraft, was seinen Ausdruck in den verschiedenartigen Formen der Berufsausbildung gefunden hat. Die historische Entwicklung des Kapitalismus hat damit auch *seine* entsprechende Form von Berufsbildern geschaffen, denen die Berufsausbildung zu folgen hat.

## *Das Beispiel von Industrie und Handwerk*

Von Ausnahmen und fließenden Übergängen abgesehen, besteht ein Gegensatz zwischen industrieller und handwerklicher Produktion. Nicht nur insofern, als die industrielle Produktion Produktion auf höherer Stufenleiter und einem höheren Grad von Arbeitsteilung betrieben wird als die handwerkliche, sondern damit auch gleichzeitig eine unterschiedliche Ausbildung der Arbeitskraft ernötigt ist. Es macht einen Unterschied für die Ausbildung der Arbeitskraft, ob sie für die Bedürfnisse industrieller Großproduktion auf der Basis fortgeschrittener Produktionstechniken ausgebildet wird, als Beispiel hier vielleicht der Werkzeugmacher, oder für den Bedarf der Kfz-Reparaturwerkstatt. Diese Unterschiedenheit drückt sich auch in den Berufsordnungen aus. Es gibt hier Berufe, die fast nur in der Industrie oder eben nur im Handwerk ausgebildet werden.

Gerade die Lehrlingsbewegung entzündete sich insofern an diesem Widerspruch, als die Ausbildung im Kleinbetrieb oder handwerklichen Beruf als rückschrittlich, entwürdigend und ausbeutend empfunden wurde. Und das zu Recht. Positiv wurde auf die Ausbildung im Großbetrieb und in Lehrwerkstätten verwiesen. Dem lag nicht nur die Auffassung, sondern auch die Tatsache zugrunde: der Großbetrieb leistet (im Vergleich, nicht absolut) eine verbesserte Qualifikation als der Kleinbetrieb – mit der Folge der höheren Mobilität der Arbeitskraft wie auch des höher gelegenen Facharbeiterlohnes.

Eine Fehlanschauung, die in damaligen Jahren oft vorherrschte, war die, daß die Ausbildung im Kleinbetrieb vor allem als „Ausbeutung" gekennzeichnet und damit die Kritik relativ einseitig geführt wurde. In Wirklichkeit war das Problem doppelt scharf: Erstens herrscht häufig direkte Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft, doch zugleich diktiert die beschränkte materielle Ausstattung eine verminderte Qualifikation. *Damit* wird aber die entscheidende Grundlage für den weiteren Lebenslauf dieser Arbeitskraft geprägt.

Alle Untersuchungen über die Wanderungsbewegungen ausgebildeter Arbeitskräfte (Facharbeiterberufe) im Handwerk und der auf die Kleinindustrie beschränkten Berufe zeichnen ein entsprechend düsteres Bild: so gut wie nie kommt es vor, daß ein industriell ausgebildeter Facharbeiter in die handwerkliche Produktion wechselt, umgekehrt wandern z.B. 20% aller ausgebildeten Facharbeiter im Handwerk als Hilfs- oder Anlernarbeiter ab in den industriellen Bereich.(1)
*(siehe Tabelle 1)*

Unter dem Schlachtruf „mehr qualifizierte Facharbeiter" schien das Kapital selbst zu Beginn bis Mitte der siebziger Jahre eine Trendwende einzuleiten, ganz geprägt von den Interessen der gewaltigen Umwälzung innerhalb des Produktionsapparates. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Krise, dem Brachliegen von Kapital, dem Stocken der Profitproduktion und der Erweiterung der industriellen Reservearmee aber kehrte sich die Entwicklung wieder um. Der Anteil der industriellen Ausbildung nimmt proportional immer mehr ab, der der handwerklichen proportional und absolut immer mehr zu. Nun folgt diese Entwicklung zwar in gewisser Weise dem Anteil der Erwerbstätigen in Industrie, Handel, Handwerk und öffentlichem Dienst, insoweit sich der Dienstleistungssektor immer mehr verstärkt, aber industriell ausgebildete Facharbeiter wandern in diesem Rahmen auch häufig in den Dienstleistungsbereich ab. Auch ansonsten wäre dies noch lange kein Argument, die Ausbildung zu verschlechtern. Somit hat sich der Widerspruch zwischen qualifizierter Ausbildung in Großbetrieben der Industrie und vergleichsweise unqualifizierter Ausbildung im Handwerk und Kleinbetrieben enorm verschärft, mit der Tendenz zur absoluten Verschlechterung. (2)

## *Woher die Tendenz zur Verschlechterung?*

Mit der Tendenz zur absoluten Verschlechterung ist aber nicht nur das zuvor Entwickelte gemeint, sondern auch folgendes: Auf der einen Seite nehmen die Produktivkraftentwicklung, die erhöhte Kooperation und die Anwendung des Maschinensystems immer mehr zu – auf der anderen Seite steht zunehmend eine Ausbildung, die den Arbeiter faktisch von dieser Entwicklung trennt und ihn in seiner Ausbildung auf handwerklichem Niveau hält, um ihn nach der Ausbildung als Anhängsel der Maschinerie in der Industrie zu vernutzen oder ihn zum Teilspezialisten innerhalb der großen Maschinensysteme zu degradieren.

Genau aus diesem Widerspruch heraus kommt es nun auch unter der Jugend teilweise zu einer Renaissance in bezug auf die handwerklichen Berufe. Das heißt, Jugendliche werden nicht nur in Berufe wie Tischler, Töpfer, Maler, Kfz-Schlosser usw. gedrängt. Sondern es gibt das reale Bedürfnis, durch *ursprüngliche, handwerkliche* Tätigkeiten der entfremdeten Arbeit, der Produktion von Nur-Teilen usw. zu entkommen.

Als negativer Gegensatz zu der handwerklichen Ausbildung, wo scheinbar noch der Gebrauchswert im Vordergrund steht, wird häufig die spezialisierte, auf bestimmte Prozesse des Maschinensystems ausgerichtete Ausbildung gesehen und abgelehnt. Diese Widersprüchlichkeit in Ausbildung und Arbeit entspringt der kapitalistischen Warenproduktion, materiell notwendig ist sie deshalb keineswegs.

## *Die Verschulung der Berufsausbildung – reale Tendenz*

Wenn sich, wie konstatiert, die Widersprüche in der Form der Berufsausbildung immer mehr verstärken, so gibt es auf der anderen Seite in der Sache der „Verschulung" der Ausbildung doch eine Aufeinanderzuentwicklung. Die Tendenz zur „Verschulung" der Ausbildung drückt sich aus in der zunehmenden Anzahl von Lehrwerkstätten (verbunden mit theoretischem Unterricht, überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Ausbildungszentren (die lehrgangsmäßig ausgerichtet sind). Während die *Tabelle 2* zeigt, daß schon 1973 in den großen Industriebetrieben Hamburgs die meisten mit Lehrwerkstätten ausgerüstet waren, hat gegenüber dem Stand von 1973 auch die Anzahl der überbetrieblichen Ausbildungsstätten enorm zugenommen. Bei dieser überbetrieblichen Ausbildungsstätte handelt es sich in ihrer Mehrzahl um Einrichtungen unter der Herrschaft der Kapitalisten und ihrer Verbände, die aber zumeist durch den Staat mitfinanziert werden.

Die Einrichtung dieser überbetrieblichen Ausbildungsstätten ist nun keineswegs dem humanistischen Interesse des Kapitals nach einer umfassenden und besseren Ausbildung geschuldet, sondern ist erfordert durch die materiellen Bedingungen der Produktion selbst.

Ein praktisches Beispiel: Der Schriftsetzer konnte noch vor zehn Jahren unproblematisch in einem 3-Mann-Betrieb ausgebildet werden. Die Erlernung und das Üben des Bleisatzes war leicht möglich, indem man ihm einen Setzkasten hinstellte und Buchstaben setzen ließ. Er „störte" den sonstigen Produktionsprozeß kaum, ja er konnte nach ein paar Monaten auch die ersten Aufträge durchführen. Mit der Entwicklung des Fotosatzes und damit verbunden des Repro-Bereiches taucht für den kleinen Betriebsbesitzer

*Tabelle 1*
**Anteil der Hilfs- oder angelernten Arbeiter unter den männlichen Erwerbspersonen des Jahres 1970 mit (ausschließlich) betrieblicher Berufsausbildung für einen Facharbeiterberuf, die im Handwerk ausgebildet wurden, aber in der Industrie beschäftigt waren, in Abhängigkeit von ausgewählten Ausbildungsberufen (in %).**

| Ausbildungsberuf Bezeichnung | Anteil der Hilfs- oder angelernten Arbeiter in % | Zahl der Fälle insgesamt |
|---|---|---|
| Metallerzeuger, Metallbearbeiter | 22 | 12000 |
| Schmiede, Schlosser, Mechaniker | 23 | 349200 |
| Elektriker | 14 | 36600 |
| Holzverarbeiter | 43 | 158800 |
| Lichtbildner, Drucker | 5 | 23000 |
| Textilherst., -verarbeiter, Handschuhmacher | 55 | 63000 |
| Lederhersteller, Leder-, Fellverarbeiter | 77 | 65200 |
| Nahrungs- und Genußmittelhersteller | 63 | 143600 |
| Körperpfleger | 73 | 20800 |
| Übrige | 25 | 644800 |
| *Insgesamt* | 37 | 1517000 |

*Tabelle 2* **Gesonderte Ausbildungsstätten für Lehrlinge**

Als Übungsplatz vorhanden (in Prozent)

| Lehrlinge in Betrieben m. | Lehrecke | Lehrwerkstatt betrieblich | Lehrwerkstatt übertrieblich | mehreres | nichts |
|---|---|---|---|---|---|
| 1 – 24 | 6 | 8 | 12 | 4 | 52 |
| 25 – 99 | 9 | 20 | 12 | 2 | 41 |
| 100 – 499 | 12 | 36 | 7 | 3 | 32 |
| 500 – 999 | 2 | 63 | 3 | 8 | 16 |
| 1000 und mehr Beschäftigte | 2 | 80 | 2 | 6 | 2 |

# Sein „letzter Vorschlag"

## Engholm und der „Ausbildungspfennig"

Im Rahmen der „Katastrophe Jugendarbeitslosigkeit" diskutierten auf Vorschlag des SPD-Abgeordneten Weißkirchen die Kultusminister von NRW, Hessen und Hamburg mit Bundesbildungsminister Engholm den „Ausbildungspfennig". Engholm erläuterte sein Angebot in der „Welt der Arbeit" (34/82):

„Wenn die Wirtschaft sich zu einer wirklich vorzeigenswerten Tat entschließt und pro Arbeitnehmer und Arbeitsstunde einen Pfennig in ihren Kammerfonds einzahlt, würde das bedeuten: Ein Handwerksbetrieb mit acht Beschäftigten zahlt pro Arbeitnehmer und Woche 40 Pfennig, insgesamt im Monat 12,80 DM. Bundesweit kämen im Jahr 400 Millionen zusammen.

Wenn die Wirtschaft diese Anstrengung auf sich nehmen würde – von Kostenbelastung kann bei so einem minimalen Betrag wirklich keiner reden –, dann wäre der Staat sicher auch bereit, die zweiten 50% der übriggebliebenen Jugendlichen zu übernehmen."

Selbstverständlich, so Engholm, sollten die Kammern das Geld selbst verwalten – ganz autonom und ohne Zwang! „Das ist mein letzter auf Freiwilligkeit und Handlungsbereitschaft der Verantwortlichen vertrauender Vorschlag, das Problem ohne größere Zwänge zu lösen."

Die Kapitalisten zeigten sich von der unterschwelligen Androhung des Zwanges nicht besonders beeindruckt. Und auch die „vorzeigenswerte Tat" fand nicht ihre Aufmerksamkeit. Vielmehr forderte der DIHT lieber zum wiederholten Male die Senkung der Ausbildungskosten.

Der Vorschlag ist denn auch wirklich das „letzte". Da zieht man noch vor einigen Monaten die Ausbildungsplatzumlage seitens der Regierung zurück, um sie auf dem Wege der „Freiwilligkeit" wieder vorzuschlagen; und dann nicht nur in einer mickrigen Form sondern zudem unter der vollständigen Verfügungsgewalt der Kammern, die von den Kapitalisten beherrscht werden. Zunehmend lächerlicher wird es, wie der Schoßhund Regierung dem Herrn Kapital seine „Angebote" unterbreitet.

ein Problem auf: wo er früher einen Setzkasten dem Auszubildenden vor die Nase setzen konnte, müßte er heute ein Fotosatzgerät zum Lernen und Üben aufstellen, zusätzliche Ausbildung im Bereich der Reproarbeiten fällt auch noch an. Aber wer hätte schon mal davon gehört, daß ein Kleinbetrieb extra Fotosatzgeräte für seine Lehrlinge aufstellt!?

Und zugleich mit dem zusätzlichen Einsatz von Maschinerie in der handwerklichen und Kleinproduktion wächst auch der Anteil der theoretischen Grundkenntnisse, die in der Ausbildung vermittelt werden müssen. Somit nimmt auch hier die Vermittlung von manuellen Fertigkeiten proportional gegenüber den theoretisch-intellektuellen Fähigkeiten und ihrer Ausbildung ab. An die Stelle von stumpfem Eintrainieren – bekannt das Beispiel vom Feilen – tritt der Prozeß vom Durchschauen und Begreifen eines bestimmten Produktionsvorganges usw.

Die beschriebene Tendenz zur Verschulung ist wie gesagt keineswegs absolut und geht nicht in Richtung breiter theoretischer Grundausbildung, flächendeckend für eine ganze Berufsgruppe usw., sondern findet weiterhin unter Verhältnissen der Spezialisierung und Abgrenzung auf jeweils *einen* Beruf statt. Und daß auch in den Lehrwerkstätten der Großbetriebe keineswegs eine über diese beschränkte Form der „Verschulung" hinausgehende theoretische und fachumgreifende Ausbildung betrieben wird, beweisen wiederum die verschiedensten Untersuchungen. (3)

Nach den angesprochenen Untersuchungen über die gewerbliche Berufsausbildung in Großbetrieben der Metallindustrie kristallisiert sich folgendes heraus:

a. In einem Teil der untersuchten Betriebe hat sich eine methodische Dreiteilung der Berufsausbildung durchgesetzt, die auch ihre entsprechende organisatorische Form findet. Der Dreiteilung in Kenntnisvermittlung entsprechen Werkschule, Lehrwerkstatt und Arbeit an Arbeitsplätzen in der Produktion. Nach den Erklärungen der Jugendlichen selbst lernen sie in der Produktion nichts, sondern bedeutet die Arbeit in der Produktion – fast immer in der letzten Phase der Ausbildung – faktisch nur die Einweisung am künftigen Arbeitsplatz.

b. Die meisten Großbetriebe sind somit von ihrer ursprünglichen Konzeption und Praxis der Berufsausbildung – anfänglich Fertigkeitsvermittlung (vor allem der Grundlagen) in der Lehrwerkstatt – dann Durchschleusen der Auszubildenden durch die Produktionsbereiche und Ausbildung in der Produktion, abgewichen. Dies aus dem Grunde, weil die verdichteten Produktionsprozesse eine Ausbildung durch Meister und Gesellen überhaupt nicht mehr zuließen.

## *Die berufliche Ausbildung löst sich immer mehr vom Produktionsprozeß*

Nimmt man nun die – zweifelsohne grob und vereinfachend und unter Vernachlässigung der Entwicklung im Bereich von Handel und Dienstleistung – dargestellte Entwicklung in der Industrie und im Handwerk zusammen, ergibt sich folgendes Bild:

Die berufliche Bildung löst sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte und entlang den Erfordernissen der Produktion immer mehr von den eigentlichen Produktionsprozessen in den Betrieben selber. Zunehmend rücken die manuellen, in der Produktion einzuübenden Ausbildungsbestandteile gegenüber den intellektuellen und funktionellen Ausbildungsbestandteilen in den Hintergrund. Die Vermittlung von mathematischen und naturwissenschaftlichen Kenntnissen, die Befähigung zum Überblicken von Produktions*prozessen* und damit die Möglichkeit, flexibler reagieren zu können, treten immer mehr in den Vordergrund.

Mit dieser Entwicklung ist aber ein Prozeß in Gang gekommen, der die Ausübung beruflicher Bildung unter dem Dache und Zugriff des Kapitals immer weniger notwendig macht. Der enge Zusammenhang zwischen Ausbildung und Produktion wird immer mehr auseinandergerissen, im Gegensatz zu ihrem Ausgangspunkt in der handwerklichen Produktion.

Damit werden aber auch die Argumente der Kapitalisten, nur unter ihrer „Obhut" könne eine gute Berufsausbildung vonstatten gehen, hinfällig. Somit schwindet für das Kapital zunehmend jedes materielle Argument für ihr weitgehend intaktes Monopol auf die Ausbildung des Arbeiters, ganz abgesehen von dem praktischen Nachweis ihrer Unfähigkeit, die aber von ihren Apologeten mit der „wirtschaftlichen Lage" und der „Unfähigkeit der Regierenden" allseits entschuldigt wird.

Mehr und mehr treten denn auch bei den Verteidigungsreden für das „duale System" solche Ausbildungs„tugenden" in den Vordergrund: Anpassungsbereitschaft, Strebsamkeit, Pünktlichkeit, Disziplin. Auf das Einbimsen solcher "Fähigkeiten" reduziert sich nämlich zunehmend – neben der Selektion für und in der Ausbildung – die berufliche Bildung unter der Herrschaft des Kapitals.

Berufliche Ausbildung befindet sich also heute *objektiv* in einem Stadium der zunehmenden Vergesellschaftung – und nur das Kapital selbst wirkt als Hemmschuh dieser Entwicklung, die es, unabhängig von seinem Willen, selber vorantreibt.

Gleichzeitig ist sicher: Die Forderung nach „verschulter" Berufsausbildung widerspricht keineswegs dem Stand der fortgeschrittenen Entwicklung, sondern entspricht ihr vielmehr.

## *Der Vergesellschaftung der beruflichen Bildung gerecht werden*

Den Erkenntnissen der genannten Entwicklung tragen DGB und vor allem die IG Metall in ihrem Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine „Sicherung der Berufsausbildung" (siehe Artikel in der KVZ 23/82, Seite 14/15) insofern Rechnung, als sie die Forcierung der Vollausbildung in der Berufsschule fordern, sowie die Belegung von freien Plätzen in Lehrwerkstätten von Großbetrieben.

Immer noch geistert aber in ihren Vorstellungen das System der Ausbildungsplatzabgabe und des Fondssystems herum, mit dem sowohl zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen als bestehende finanziert oder aufgekauft werden sollen. Aber warum an einem solchen bürokratischen Instrument festhalten, welches sowohl die Entscheidung über Quantität und Qualität der Berufsausbildung den Kapitalisten überläßt als auch das bestehende System der Berufsausbildung letztlich nur festigen hilft? Denn über einen solchen Weg wird auch aktuell die Abhängigkeit von den Kapitalisten noch weiter verstärkt.

Gegenüber solchen Vorstellungen ist es nur konsequent, die tatsächliche Vergesellschaftung der beruflichen Bildung und damit auch der Möglichkeit der intensiven Verbindung mit der allgemeinen Bildung anzustreben. So wie der Staat die unentgeltliche Schulbildung sichern muß, so wie er Ausbildungsförderung auf den verschiedenen Ebenen des Bildungswesens zahlen muß, genauso kann die berufliche Bildung durch den Staat gesichert und entsprechend Ausbildungsförderung gezahlt werden. Nur so läßt sich die berufliche Ausbildung von den engen Verwertungsinteressen des Kapitals befreien und in tatsächlich vergesellschaftete Formen führen, die der Kontrolle der Volksmassen unterliegen. Dabei geht es ja keineswegs darum, die bestehenden Lehr- und überbetrieblichen Ausbildungsstätten usw. verrotten zu lassen, sondern unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen. Das bedeutet auch nicht, die Kapitalisten von den Kosten der beruflichen Ausbildung zu befreien, sondern sie via Staatshaushalt an die Kandare zu nehmen, wie sie ja auch via Staatshaushalt die Kosten des allgemeinen Bildungswesens (anteilig) bezahlen müssen.

Es geht nicht darum, nun auch noch die berufliche Ausbildung der Staatsbürokratie zu unterstellen, sondern sie entsprechend ihrer Vergesellschaftung der Kontrolle der Volksmassen zu unterstellen.



## *Vollschulische Ausbildung – besseres Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit*

Im jetzigen Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und gegen die Verschlechterung der Ausbildung der Arbeitskraft kann die Forderung nach Vollausbildung in der Berufschule, gekoppelt mit der Ausbildung in Lehrwerkstätten und überbetrieblichen Ausbildungsstätten, auf einigen Gebieten ihre Wirkung entfalten:

● Die jetzt arbeitslosen Jugendlichen unterliegen in besonderer Weise dem Druck der Arbeitslosigkeit. Zum einen liegen sie erstmal ohne Geld auf der Straße. Die Jagd nach der Lehrstelle führt im allgemeinen zur Vereinzelung. Da der Zugang zu einer der wenigen Lehrstellen in entscheidendem Umfang von Schulabschluß und Zeugnisnote abhängig ist, wird in dieser Lehrstellenjagd nicht nur das Selbstwertgefühl untergraben und die Vorstellung vom eigenen Verschulden (schlechte Noten usw.) provoziert und ja schließlich auch beständig propagiert, sondern damit auch die Konkurrenz unter den Jugendlichen enorm geschürt. Demgegenüber schafft der Kampf um Zugang in eine Vollausbildung in Berufsschulen und kombinierten Modellen ganz andere Ausgangsvoraussetzungen. Schon in den Abgangsklassen der Hauptschulen usw. kann *gemeinsam* der Kampf für entsprechende Ausbildungsstellen geführt werden.

● Nur über den Weg der Vollausbildung in Berufsschulen usw. kann verhindert werden, daß jetzt Tausende von Jugendlichen in irgendwelche Berufe abgedrängt werden, die sie nicht nur mit äußerster Sicherheit sofort nach der Ausbildung wieder auf den Arbeitsmarkt fliegen lassen, sondern mit denen gleichzeitig schon wieder verschlechterten Bedingungen bezüglich des Verkaufs ihrer Arbeitskraft ausgesetzt werden. Damit ist natürlich kein Damm gegen die Massenarbeitslosigkeit errichtet, aber eine Schranke gegen zunehmende Herabstufung usw. auf dem Arbeitsmarkt aufgebaut.

● Mit diesem Mittel kann auch die Tendenz zur Abschiebung in berufsvorbereitende Maßnahmen bekämpft werden, aus der nur die wenigsten mit einer Chance auf anschließende Berufsausbildung herauskommen und die bislang nur die Vermittlungschancen der ausländischen Jugendlichen als *Jungarbeiter* gefördert haben. Da wo die Berufsgrundbildungsjahre (BGJ) als erstes Ausbildungsjahr anerkannt werden, kann es dann Ausgangspunkt zu einer Verschulung bzw. der Einleitung einer Berufsausbildung abgeben. Den Jugendlichen aber, die nach der Absolvierung des BGJ von den Kapitalisten nicht in eine Berufsausbildung übernommen werden, weil diese das BGJ nicht anerkennen, bietet die Vollausbildung dann auch direkt die Möglichkeit zum Einstieg ins 2. Lehrjahr in der entsprechenden Berufsschulklasse.

● Die Forderung nach schulischer Vollausbildung steht auch nicht im Widerspruch zu richtigen Forderungen, die sich in der alternativen Bewegung entwickelt haben und den Aufbau von selbstverwalteten Werk- und Ausbildungsstätten durch die Jugendlichen selbst vorsehen. Die GRÜNEN HESSEN liegen zwar in ihrem Wahlprogramm (Langzeitprogramm) richtig, wenn sie auch in Richtung dieser Forderung gehen, andererseits aber halten auch sie noch immer an der Forderung nach mehr Lehrstellen im allgemeinen und an diesem Fondsgebilde fest.

Das Problem mit dem Aufbau solcher selbstverwalteten und alternativen Produktions- und Ausbildungsstätten ist: in der jetzigen Lage werden sie nicht sofort Massenumfang annehmen können. Ansonsten müssen ja auch wohl sie mit einer theoretischen Ausbildung verbunden sein, wenn sie nicht nur in alternativem Basteln versanden sollen. Auch bei Forcierung dieser Modelle – sie würden vorläufig im wesentlichen auf den handwerklichen Bereich beschränkt bleiben, und somit muß eine solche Entwicklung in der Hauptsache durch die Möglichkeit der vollschulischen Ausbildung (dann gerade auch im industriellen Bereich) gestützt werden. Andernfalls würde eine solche politische Initiative dann auch auf ‚Randgruppen' beschränkt bleiben.

## *Der Keim einer Umwälzung der beruflichen Bildung*

Der politische Kampf für eine solche „Verschulung" der Ausbildung trägt tatsächlich den Keim einer Umwälzung der beruflichen Bildung in sich. Eine Zerschlagung der engen, berufsspezifischen Ausbildung ist am ehesten über die Veränderung der Ausbildungsgrundlagen an den Berufsschulen möglich. Über diesen Weg findet sich um so eher die Möglichkeit, die bisherigen Berufsbilder und Ausbildungsordnungen in bestimmten Grundberufen zusammenzufassen. Der politische Gegner wäre dann auch nicht mehr in zersplitterten Branchengefechten zu Zugeständnissen zu bringen, sondern einheitlich in Form der Bildungshoheit von Ländern und Bund zu finden.

Die Gewerkschaften haben sich in Sachen Durchsetzung einer besseren Berufsausbildung in letzter Zeit vom Weg des politischen Kampfes um Gesetze wegbewegt, um die Verbesserungen auf dem Wege des Tarifvertrages zu suchen. Oftmals wird von den Gewerkschaften das Beispiel des Tarifvertrages zwischen IG Bau und den Baukapitalisten ins Feld geführt, der insgesamt im ersten Jahr der Ausbildung eine Grundausbildung obligatorisch macht, dann aber auch wieder auf die spezifischen Berufe gespreizt ist. Doch sämtliche Handwerks- und Unternehmerverbände haben Breitseiten gegen den Versuch der Gewerkschaften abgeschossen, über Tarifvertrag zu einer Reform des beruflichen Bildungswesens zu kommen.

Es ist nun nicht nur äußerst zweifelhaft, ob die Kampfkraft der einzelnen Gewerkschaften in den einzelnen Branchen dazu hinreicht, solche Tarifverträge durchzusetzen, sondern es besteht zudem die Gefahr, daß das Gefälle der beruflichen Ausbildung über solche in den einzelnen Branchen ausgehandelten Tarifverträge nur noch vergrößert würde.

Das Ausweichen vor der politischen Kontroverse mit dem bürgerlichen Staat und der jetzigen Regierung spielt mittlerweile in vielen Kalkulationen der Gewerkschaftsführung eine Rolle. Sicher ist auch, daß wohl kaum auf dem Felde der Reform der Berufsausbildung *der* Durchbruch isoliert gelingen wird. Das bedeutet aber nur, daß die politischen Kräfte der Linken auch an diesem Kampfabschnitt für eine klare Positionsbildung eintreten und arbeiten müssen.

Die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung sind, was die Einbeziehung der verschiedensten Kräfte angeht, überhaupt nicht schlecht. Die GEW hatte schon vor einigen Wochen ein Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt, in dessen Mittelpunkt die Forderung nach Vollausbildung an den Berufsschulen steht. Nach ihren Angaben könnte mindestens 110000 Jugendlichen auf diesem Wege eine Berufsausbildung gesichert werden. Wobei gefragt werden muß, um was für Berufsbereiche es sich dabei handelt. Die Verbände der Berufsschullehrer haben in die gleiche Richtung argumentiert und die Bundes- und Länderregierungen aufgefordert, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

*Anmerkungen:*

1) siehe: Strukturdiskrepanzen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem im Bereich der betrieblichen Berufsausbildung für Facharbeiterberufe, in „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 2/1977, S. 255 ff.

2) Vgl. hierzu: Artikel in KVZ 8/82, S. 15

3) Brikelmann u.a., Industrielle Ausbildung und Berufsbildungsrecht, Frankfurt/Köln 1975; Fricke/Fricke, Berufsausbildung und Beschäftigungssystem. Eine empirische Analyse der Vermittlung und Verwendung von Qualifikationen in fünf Großbetrieben der Metallindustrie, Bonn-Bad Godesberg 1975 – aufgearbeitet in: Wilfried Kruse, Die Qualifikation der Arbeiterjugend. Eine Studie über die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Veränderung, Frankfurt 1976

# Eine brisante Bilanz

Die Entwicklung der Ausbildungsplätze in den einzelnen Bereichen ist gekennzeichnet durch eine ständige Verschiebung zu Gunsten der handwerklichen Ausbildungsplätze. Im wesentlichen auf Kosten von Industrie, Handel und der „freien" Berufe hat das Handwerk immer mehr Jugendliche in seine Ausbildung eingesaugt. Auch die Steigerungsrate drückt dieses Verhältnis noch einmal deutlich aus, es ist die höchste – wenn man den Bereich der Landwirtschaft einmal außer acht läßt. Ansonsten sagt die Steigerungszahl nicht viel aus, da sie sich auf das Ausgangsjahr 1974 bezieht und seit dem die Zahl der Ausbildungsstellen im allgemeinen gestiegen ist.

**Prozentuale Entwicklung der Ausbildungsplätze in den Bereichen**
In Anteilen und Steigerungsraten

| Jahr | Gesamts. in Tsd. | Industrie Ant. | Industrie St. | Handel Ant. | Handel St. | Handwerk Ant. | Handwerk St. | Landwirt. Ant. | Landwirt. St. | Ö.Dienst Ant. | Ö.Dienst St. | Sonstige* Ant. | Sonstige* St. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1974 | 1330 | 20,8 | 100 | 28,9 | 100 | 36,4 | 100 | 2,1 | 100 | 3,5 | 100 | 7,9 | 100 |
| 1975 | 1329 | 20,1 | 96 | 27,6 | 95 | 38,0 | 103 | 2,5 | 120 | 3,5 | 97 | 8,4 | 106 |
| 1976 | 1316 | 19,6 | 93 | 26,8 | 91 | 38,8 | 105 | 2,8 | 135 | 3,3 | 93 | 8,7 | 106 |
| 1977 | 1397 | 19,2 | 97 | 26,9 | 97 | 39,8 | 114 | 2,9 | 150 | 3,2 | 95 | 8,0 | 106 |
| 1978 | 1517 | 18,6 | 102 | 26,9 | 106 | 40,5 | 126 | 3,0 | 165 | 3,4 | 110 | 7,5 | 108 |
| 1979 | 1644 | 18,7 | 111 | 26,9 | 114 | 41,1 | 140 | 2,8 | 170 | 3,3 | 114 | 7,3 | 114 |
| 1980 | 1712 | 19,0 | 117 | 26,9 | 119 | 41,0 | 144 | 2,7 | 171 | 3,1 | 114 | 7,2 | 117 |

* Darunter fallen folgende Berufe: Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker. – Quelle: Jahresberichte der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, versch. Jahrg., eigene Berechnungen.

Selbst wenn man nicht jeden handwerklichen Beruf als schlecht verwerfen kann, kommt in diesem Verlauf doch zum Ausdruck, daß die industrielle Ausbildung an Bedeutung verloren hat. Diese Entwicklung bildet auch die Grundlage für die zunehmende Wanderungsbewegung von ausgebildeten Arbeitskräften vom Handwerk als Hilfs- und Anlernarbeiter in die Industrie. Nach dieser Statistik kann man mit ruhigem Gewissen prognostizieren, daß diese Entwicklung sich in den nächsten Jahren noch verstärken wird, weil die letzten Jahrgänge ja noch gar nicht ausgelernt haben. Im übrigen darf man ausgehend von diesen Zahlen auch gewisse Rückschlüsse auf die Struktur der Arbeitslosen ziehen. Da der Anteil der bis zu 25jährigen immer mehr angestiegen ist, werden vor allem die Arbeitslosen unter ihnen ansteigen, die im Handwerk ausgebildet und danach entlassen wurden.

# Der Goethe-Preisträger Jünger und die Wege der Ideologie

## *Die römischen Brunnen der Ideologie*

Andersch erwähnt in seiner „amriswiler Rede" den Vorwurf, Jünger habe junge Menschen „zu Nationalismus und Militarismus verführt". Andersch kommentiert: „Dieser Satz ruft in mir ungefähr die gleichen Reaktionen hervor wie die Bemerkung, die ich manchmal zu hören bekomme: Marx und Lenin hätten mich in meiner Jugend zum Marxismus verführt. Die Semantik dieser Formel hat etwas so Blödsinniges, daß man als Antwort nur hilflos lächeln, verlegen die Achseln zucken kann; sie enthüllt ein vollkommen ahistorisches Denken."

Andersch hat natürlich recht. Hatten wir also unrecht mit unserer Kritik an der Preisverleihung für Jünger? Doch nur, wenn Verführung die einzige Form geistiger Beeinflussung wäre. So funktioniert Ideologie aber nicht.

Nehmen wir den Satz: „Jeder ist seines Glückes Schmied." Jahrzehntelang konnten Menschen in der Aufschwungphase sich ihr Leben nach dieser Formel erklären. Das dürfte den Arbeitslosen heute schwer fallen, die sich nach den erfolgten und bevorstehenden Firmenzusammenbrüchen auf der Straße wiederfinden. Sie müßten sich ja selbst verurteilen. Ohne besondere Neigung zum Masochismus klappt das nicht lange.

In einer solchen Lage wird jeder nach neuen Mustern suchen, die ihm erklären, was er erfahren und erlebt hat. Darin liegt die Chance der Erkenntnis; es ist aber auch die Stunde der Ideologen. Sie bieten Interpretationen an, die Beruhigung in einer schwierigen und verworrenen Lage ermöglichen.

Wer nach der Ideologie greift, „verführt" sich also in gewissem Sinn selbst. Kann diese nicht zumindest einige Teilerfahrungen wenigstens vorläufig erklären, bleibt sie auf die Dauer machtlos.

Mit Jüngers Augen sehend könnte ein Arbeitsloser seine Lage als naturgegeben wahrnehmen. Vollzieht sich Geschichte doch nach Meinung des Goethepreisträgers als eine Serie von Zusammenbrüchen und Katastrophen, „in konvulsivischen Zuckungen des historischen Leibs der Menschheit", um auch einmal in seiner Art zu reden. Unschuldig an der Arbeitslosigkeit ist dann vor allem die kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Kindisch, sich vorzustellen, daß nun die Buchhandlungen in Bretten oder Bochum nach Jüngers Werken abgeklappert würden. Die Gesamtausgabe der Werke bleibt auch weiterhin das repräsentative Geschenk für den scheidenden Seniorchef.

Wer den Wegen der Ideologie nachspürt, der stößt aber auf ein ganzes System von Leitungen und Versickerungen. Wie in den römischen Schalenbrunnen plätschert ein Gedanke vom Urautor über mancherlei Journalisten, Lehrer und sonstige Vermittler bis zur aufnahmebereiten Hirnschale weit unten. Keine Verschwörungstheorie also! – Gewisse Gedanken erzeugen in einer bestimmten Situation aber etwas, was man als Verstärkungsfeld bezeichnen könnte.

Wer sich bisher halbwegs auch gedacht hat, daß es schließlich ohne Elite nicht geht, fühlt sich bestätigt, wenn einer den Preis bekommt, der das sein Leben lang gepredigt hat. Jüngers Ideen schließen sich mit anderen zusammen, die bisher nur am Rande des Bewußtseinsfeldes siedelten. Eine bestätigt die andere. So funktioniert Ideologie: sie bildet am Ende einen Block. Zwar beruht auch sie auf isolierter, zerstückelter Erfahrung; doch sie erschwert auf die Dauer, daß Erfahrungen gemacht oder zugelassen werden, die der ideologisch vorgegebenen Sichtweise widersprechen. Knäuel und Knoten entstehen in den Köpfen. Wer dagegen vorgehen will, der kommt nicht umhin, sie auseinanderzupulen.

Das wollen wir jetzt an einem unscheinbaren Beispiel tun.

## *Die Wasser der untersten Schale*

Gertrud Höhler, die A. Dregger bekanntlich für den Posten des Wissenschaftsministers angeheuert hat, schreibt in ihrem Buch: „Die Anspruchsgesellschaft": „Einer Autorität zu gefallen, von ihr gelobt zu werden, ist die unverzichtbare Nahrung für Eigenliebe und Selbstwertgefühl. Freilich wollen die modernen Antiautoritäten dieselben Effekte über das Solidaritätserlebnis erreichen. Sie übersehen aber dabei, daß die Qualität einer Anerkennung von ‚oben' durch Gleichheitserlebnisse nicht zu erreichen ist." Dabei „sind wir heute noch nicht einig, ob nicht doch, mit Rousseau gedacht, Autoritätsverhältnisse der natürlichen Abfolge von Brutpflege und Ablösung entsprechen." (S. 70)

Der Erfahrung einer Fabrik hielte dieser Satz auf sich allein gestellt, nicht stand. Danach müßte eine Betriebsrat z.B. grundsätzlich mehr Ansporn und Ermutigung durch das Lob des Chefs erfahren als durch die Zustimmung der Kollegen, für die er etwas durchgesetzt hat. Auch schließt G. Höhler die Möglichkeit der Selbstbetätigung und Selbstkorrektur in der Produktion aus. Habe ich einen Stuhl produziert, der wackelt, bin ich – an sich – ohne Boss und Kontrolleur fähig, den Fehler zu korrigieren und Befriedigung beim Funktionieren des Produkts zu empfinden.

Etwas mehr Chancen hat so ein Satz schon in den undurchsichtigeren Bereichen der Büros und Universitäten. Da schreibt vielleicht schon einmal jemand ein Buch, um von „oben" gelobt zu werden.

Gewiß ist aber, daß eine so windschiefe Behauptung andre Sätze braucht, die sie abstützen.

Wo solche Hilfssätze finden? Die Berufung auf Rousseau gibt nicht viel her. Ergiebiger ist der Bezug auf den oft zitierten A. Gehlen. Dieser hatte die These vertreten, daß der Mensch als Mängelwesen Institutionen brauche. Kennzeichen menschlicher Würde sei es dann, sich von den Institutionen verzehren zu lassen.

Darüber hinaus stehen aber geistige Stützer bereit, die G. Höhler nicht nennt, die aber – möglicherweise ohne den Willen der Autorin – im Bewußtsein der Leser verstärkend hinzutreten. In einer seiner letzten Schriften „Politische Theologie II" greift der über neunzigjährige Carl Schmitt auf den Satz von Thomas Hobbes zurück „auctoritas, non veritas facit legem" (Die Setzung aus Autorität, nicht die Begründung aus der Wahrheit begründet ein Gesetz). Der Zusammenhang mit unserer Stelle ist klar: es kann nicht lange diskutiert werden über eine Maßnahme. Ihre Verhängung von oben muß das Gewissen beruhigen und alle Bedenken ausräumen.

## *Jüngers oberste Schale*

Jünger wird von G. Höhler ebensowenig erwähnt wie C. Schmitt. Daß er gleichwohl präsent ist, soll hier nur kurz angedeutet werden.

Über Jüngers theoretisches Hauptwerk „Der Arbeiter" schreibt sein alter Kampfgefährte Niekisch: „So hat ein Arbeiter keinen menschlichen Zug, durch den ein realer Arbeiter angesprochen werden könnte." Das ist als Lob gemeint, enthält aber eine vernichtende Kritik. Was soll ein Porträt, mit dem der Porträtierte nichts anfangen kann?

Und warum erkennt der reale Arbeiter sich im „Arbeiter" nicht wieder? Weil Jünger seinem Begriff der Arbeit den der Produktion sorgfältig ferngehalten hat. Jünger geht vom Soldaten aus und von dessen ins Leere verlaufender Tätigkeit. Für diesen ist die Behauptung unbestreitbar, daß er sich nicht an einem Produkt orientieren kann. Er ist auf Fremdbestimmung angewiesen, um überhaupt zu funktionieren. Da bei Jünger Produktion als Stoffwechsel mit der Natur ausfällt, erscheint die Erde (und Natur überhaupt) bei ihm konsequent als unberührt und unberührbar. In scheinbarer Ehrfurcht verharrt unser Autor vor ihr als letzter Instanz; tatsächlich versetzt er sie in den Zustand der Leichenstarre.

Leere Arbeit – unberührbare Natur; diese Elemente finden wir auf der untersten Ebene, im Zitat aus G. Höhler, wieder. Die Natur in uns, die angeblich Brutpflegeverhalten und Ablösung fordert, ist auch für sie Instanz über allen Instanzen. Ist es der großen Erzieherin noch nie in den Sinn gekommen, daß die Natur um und in uns vielleicht auf unseren bewußten Eingriff wartet und angewiesen ist? Schließlich sind menschliches Bewußtsein und Arbeitsfähigkeit doch selbst Produkte der Natur, nicht etwa ein fremd Hinzutretendes.

## *Vom Streit über Wörter und Schriftsteller*

Die allzuknappen Hinweise sollten nur eins erläutern: Ideologie besteht nicht in unmittelbarer Beeinflussung, noch weniger in Verführung. Sie besteht aus der Bildung eines Blocks von Vorstellungen, Ideen, Gedanken, die so manchem keine Bewegung mehr erlauben, der sich darin gefangen findet. Es gibt kein Hilfsmittel dagegen, als seine Gegenminen zu legen. So wie es den Vertretern der Herrschaft immer neu gelingt, sich Gedanken unter den Nagel zu reißen, die ursprünglich im Kampf gegen sie entwickelt worden waren, so müssen wir uns bemühen das Netz, das uns gefangennehmen will, immer neu aufzudröseln.

Deshalb auch die Hartnäckigkeit, mit der wir uns mit Jünger beschäftigen. Gewiß: plumpe Versuche; aber vielleicht der Lage angemessener als der Feinsinn derer, die allein die Frage nach einer möglichen Verknüpfung von Literatur und Politik als banausisch und verbohrt abgetan haben.

*F.G.*

# Zum Preis: Nein! – Jünger Lesen: Wieso?

Das Resümee eines Artikels im Frankfurter „Pflasterstrand" zur Jünger-Debatte lautet: „Preis nein – Jünger lesen ja". Jünger ist also in der Debatte. Der Zweck der (CDU-Politiker)-Übung ist erreicht? Muß man jetzt Jünger gelesen haben? Ich habe ihn nicht gelesen.

Aber bei der Preisverleihung war ich in der Paulskirche. Mein Interesse für Jünger ist danach das gleiche: nur als Ideologe, als Prä- und Nachfaschist interessant.

Draußen Demonstranten, Grüne, Asta, SPD, demokratischer Kulturbund mit Flugblättern. Drinnen gelichtete Reihen. Die Prominenz des Landes dem Anlaß entsprechend würdig vertreten durch einen Herren Abs. Dafür auf nüchternen Magen gleich zwei Laudationes: eine Apotheose vom OB Wallmann und eine Apologie von einem Jobst Siedler.

Die Apotheose: „Die Kraft das Unvermeidliche in Würde hinzunehmen", die Werte der „Gelassenheit, Überlegenheit, Furchtlosigkeit und Tapferkeit" seien – laut Wallmann – Kerngehalt des Jüngerwerkes.

Die Apologie: Wolf Jobst Siedler, von Fest vorgeschlagener Verleger, Freund und Gefängnisteilhaber von Jüngers gefallenem Sohn, sucht die „Einheit von Jüngers Werk" in der Suche nach der metaphysischen Grundlage der Erscheinungen, der Dechiffrierung der Sprache des Seins.

Nur indirekt kam die politische Kritik an Jünger, die vor der Tür stand, in Andeutungen zum Vorschein.

Jünger hatte es leicht: Jeder Autor einer bestimmten Größe hat seine Feinde, so tat er kund, wohl wissend, daß er groß sei.

Es war absolut notwendig, daß die Grünen im Römer die Frage in aller Schärfe aufwarfen: Wer war und ist Ernst Jünger?

Der Weg vom Nationalrevolutionär bis in die Paulskirche sei ganz normal, meinte Ernst Jünger in der Paulskirche. Und: „Uns Deutschen fehlte ein Garibaldi, und bei der Linken ein Jakobiner Club.", bemerkte er im Spiegelinterview (33/82).

Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß *konservative* Ideologie sich nur auf eine „Grundordnung" beziehen kann. Die Ordnung ist für sie ein Wert an sich: geordnete Verhältnisse, geordnete Massen – Ordentliches, ... Soldatisches, etc. Es geht nicht nur um Jünger, es geht auch um die, die ihn ehren (SPD-Flugblatt) – auch in der SPD und ... der Linken. Es geht nicht *nur* um Antisemitismus, Antidemokratismus, „Amoralisches" etc. „Intellektualismus", Konservatismus, Elitismus und rationalistischer (berechnender) Subjektivismus liegen dicht beieinander. Der der „Läuterung des Ernst Jünger" muß dort liegen, wo sich die Welt für ihn „aus einem Zweck- und Kampfgegenstand in ein Schauspiel" verwandelt hat (Spiegel 33/82), ungefähr zu dem Zeitpunkt, wo er sich zu den Nationalsozialisten auf Distanz begab, wie vorher schon zu den italienischen Faschisten, weil letztere ihm zu liberal, erstere zu irrational waren.

Viele Kriegsfaschisten wurden Nachkriegschristen. Die CDU hat sie gesammelt. Nicht wenige rationale Präfaschisten, wie Carl Schmitt und Ernst Jünger, wurden in den 50er Jahren Väter der Verfassungs*interpretation* und der herrschenden Kunstideale, einer verlogenen Rationalität und einer verlogenen Emotionalität.

Die durch die Preisverleihung aufgeworfene Frage ist eine *rein* politische. Sie zielt auf den rationalen Kern des Faschismus: den – deutsch-gründlich – ins Totale geträumten Traum von dem (die Geschichte beendenden) vollkommenen („starken") Staat, von der Auflösung des Individuums in die absolute Harmonie mit dem Ganzen, und sei sie brutal erzwungen. Das Nationalistische ist ihm nur äußere (historische) Form, insoweit es sich um die Utopie des absoluten Monopols, „des totalen Staates" (C. Schmitt), der „totalen Mobilmachung" (Jünger) handelt. Es ist diese *offene* Frage, die gefährlich ist, weil naheliegend und falsch an der Jünger „jenseits" aller Politik festzuhalten scheint.

Die Mythen der absoluten Herrschaft des (Staats-)Monopols, der (Maschinen-)Technik, der normierten Bürokratie – und der Konflikt des Träumers mit seinem Traum, das ist *nicht* nur Jünger. Das ist eine reale Frage, die der Faschismus nur radikal und bewußt – zumindest Mussolini – aufgeworfen hat. Sie tangiert auch Sozialisten und Kommunisten. Die Masse muß sich dreinschicken – „ICH" aber nicht. Wie mach' ich das?

Der pflichtbewußte Ordnungs- und Stilfanatiker und der Subjektivist, der die Niederungen der geschichtlichen Kämpfe aus Generalstabsetagen durchs Champagnerglas beobachtet – beides ist Jünger, der Anarch. Ein „anständiger" Mensch, wie er in Krisenzeiten gebraucht wird – ein schlichter, „gehobener" Soldat der Überlebenskunst.

Ihn lesen? Wozu? *Dietrich Alemann*



## *Fernsehtip*

In deutscher Erstaufführung ist der Chabrol-Film **„Blutsverwandte"** nun zu sehen. Wie der Titel schon andeutet, konzentriert sich die kriminalistische Story auf die Verwicklungen einer Familie. *Samstag, 4.9., 22.55 Uhr im ARD* – Der Film **„Schöne Tage"** basiert auf dem Roman von Franz Innerhofer, der sich mit stark autobiographischen Zügen mit den provinziell-unterdrückerischen Verhältnissen auf einem Bauernhof auseinandersetzt. „Erzählt wird die Geschichte von jemandem, der ein auch politisch selbständiges Bewußtsein sucht und allen Widerständen zum Trotz er selbst werden will. Und doch ist es nicht die Geschichte eines einzelnen." *Sonntag, 5.9., 20.15 Uhr im ARD* – Die Komödie **„Über allen Gipfeln Ruh"**. Ein deutscher Dichtertag um 1980", von Thomas Bernhard, ist nicht nur eine Farce über hohle Phrasen in der Kunst und über das Kunstgeschäft, sondern zugleich auch eine boshafte Karikatur auf den Kult des Goethe-Jahrs. *Sonntag, 5.9., 21.30 Uhr im ZDF* – Die Probleme eines „Aufsteigers" – vom Bandarbeiter zum Angestellten – bilden den Mittelpunkt des Films **„Niemandsland"**. *Montag, 6.9., 21.20 Uhr im ZDF* – Nach der Sophokles-Tragödie **„König Ödipus"** drehte Pier Paolo Pasolini 1967 seinen Spielfilm. Der in der KP Italiens organisierte, später ermordete Filmemacher und Schriftsteller („Freibeuterschriften"), inszenierte hier keineswegs unblutig das griechische Stück. Dem Film werden marxistische Interpretationsmuster zugeschrieben. Die muß man entdecken. *Montag, 6.9., 23.00 Uhr im ARD* – Sehenswert ist Rainer Werner Fassbinders Fernsehfilm **„Bolwieser"** nach dem Roman von Oskar Maria Graf allemal, auch wenn er zugunsten der im Roman vorgenommenen Schilderung des klassischen deutschen Kleinbürgers mehr die individuelle Tragödie des Stationsvorstehers Bolwieser hervorgehoben hat. *Dienstag, 7.9., 22.05 Uhr und Donnerstag, 9.9., 22.05 Uhr im ZDF*